

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 17. Juli 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Lehrer und Schüler.

I.

Im nachfolgenden soll die grundsätzliche Frage der Budgetbewilligung nicht erörtert werden. Nicht nur weil die Partei in den Diskussionen vor und nach dem Nürnberger Parteitag mit gewohnter Gründlichkeit und Rücksichtslosigkeit die Frage behandelt hat; nicht nur deshalb, weil Zeiten wie die gegenwärtigen, wo die Partei vor Kampflust brennt, bei den kommenden Wahlen ihre ganze Kraft einzusetzen, um ein Stück vorwärts zu kommen, nicht dazu geeignet sind, sondern vor allen Dingen deswegen, weil diese Frage, so wichtig und bedeutungsvoll sie an sich ist, doch zurücktritt hinter die andere der Aufrechterhaltung der Disziplin und der Einheitlichkeit unserer Aktion. Deshalb wird, wie wir glauben, auch das Bild der Gruppierung auf dem Magdeburger Parteitag ein ganz anderes sein als in Nürnberg. Denn die Frage, die zu so unruhiger Zeit durch das Vorgehen der badischen Fraktion gestellt ist, ist eine Frage, die in ganz gleicher Weise alle Richtungen innerhalb der Partei und alle Zweige der Arbeiterbewegung berührt.

Es ist vor allem auch das gewerkschaftliche Interesse, das die Wahrung der Disziplin gebieterisch erheischt. Als nach der Beendigung der Bauarbeiter-Aussperrung die Erfolge der Gesamtbewegung durch die Sonderaktionen einzelner lokaler Gruppen in Frage gestellt schienen, hielt sich Genosse Hebel verpflichtet, mit dem ganzen Feuer seiner Beredsamkeit einen Appell an die Widerstrebenden zu richten; und unsere Parteipresse kam in allen Orten, an denen es nötig war, vor allem auch in Leipzig, in vollem Umfange ihrer Pflicht nach, dafür zu sorgen, daß die Minorität sich den Beschlüssen der Majorität und ihrer Vertreter, der verantwortlichen Genossen der Zentralinstanzen, sich unterordne. Das war selbstverständlich, und ebenso selbstverständlich muß es sein, daß jene Genossen, die in Partei und Gewerkschaft an hervorragender Stelle stehen, auch in dieser ganz gleich gearteten Situation für die demokratische Verfassung der Partei mit aller Kraft und Energie sich einsetzen werden, ganz gleich, ob sie in manchen anderen Fragen übereinstimmen oder nicht. Auch diejenigen Genossen, die in der prinzipiellen Frage der Budgetbewilligung dem in Nürnberg von den süddeutschen Genossen vertretenen Standpunkt zuneigten, stehen jetzt vor einem ganz anderen Problem. Denn es handelt sich auch für sie jetzt nicht um die Budgetfrage, sondern um die organisatorische Grundfrage jeder Parteibetätigung. Und, wie immer auch die Anschauungen über einzelne Fragen auseinandergehen mögen, in dieser Frage kann es zwischen Parteigenossen bei ruhiger Ueberlegung und unboreingenommener Prüfung keine Meinungsverschiedenheiten geben. Denn gesetzt den Fall, die Genossen, die man als Revisionisten zu bezeichnen pflegt, hätten die Majorität in der Partei, so müßten auch sie die Unterordnung der Minorität verlangen, soll nicht jede Parteitätigkeit unmöglich werden. Indem die badische Fraktion das außer acht gelassen, hat sie sich eben nicht etwa nur zu einer Richtung in der Partei in Widerspruch gesetzt, sondern zur Gesamtpartei. Es ist schon so: auf der einen Seite steht die deutsche Arbeiterbewegung, auf der anderen die badische Landtagsfraktion.

Diese hat selbst dafür gesorgt, daß an dieser bedauerlichen Tatsache kein Zweifel sein kann. Denn indem sie es unterlassen hat, sich mit dem Parteivorstand in Verbindung zu setzen, hat sie nicht nur den Nürnberger Beschluß außer acht gelassen; sie hat auch gegen die Resolution Frohme gehandelt, jene Kompromißresolution, für die die meisten süddeutschen Genossen und alle mit ihnen Sympathisierenden gestimmt haben. Denn auch diese Resolution, an die die badische Fraktion, deren Führer für ihre Annahme so eifrig eingetreten waren, moralisch gebunden war, verlangte ausdrücklich das vorherige Einvernehmen mit dem Parteivorstand.

Aber gerade weil die Sachlage so klar liegt und wir die Hoffnung hegen dürfen, daß der Parteitag mit überwältigender, an Einmütigkeit grenzender Majorität das Verhalten der badischen Fraktion als mit den Grundlagen der Partei unvereinbar ansehen wird — und je einmütiger diese Stellungnahme sein wird, desto leichter, rascher und ruhiger wird der schlimme Fall zum Ruhen der Gesamtpartei erledigt werden —, braucht auch über diese Seite der Frage, nachdem sie einmal dargestellt und klargemacht worden, nicht allzuviel gesprochen werden. Und so darf man sich darauf beschränken, dem Verhalten der badischen Fraktion ein paar Worte zu widmen, indem man sich einmal auf den Boden der opportunistischen Auffassung stellt und von hier aus die Frage nach der Klugheit jener Politik erhebt, auf die die badischen Parlamentarier merkwürdigerweise so stolz zu sein scheinen.

II.

Auch außerhalb Deutschlands ist die Frage der Budgetabstimmung schon erörtert worden. Aber dabei war stets vorausgesetzt, daß eine Regierung von den sozialdemokratischen Stimmen abhängig sei. Dadurch entstände eine Situation, in der die Partei Zugeständnisse erheblicher Art erringen könnte. Durch wertvolle Konzessionen, die die Machtstellung der Partei erhöhen, die Kampfbereitschaft der

Arbeiter stärken können, müsse die Regierung die Stimmen der Arbeiterpartei erkaufen. Der Fall ist konstruiert und kommt in Wirklichkeit kaum vor, da die bürgerlichen Parteien sich zehnmal eher vereinigen, als der Sozialdemokratie eine so entscheidende Rolle einräumen, und dies um so weniger, je entwickelter die Klassengegensätze sind. In Deutschland ist dieser Fall überhaupt ausgeschlossen. Hier und hier allein besteht nämlich das Dogma, es sei eine Pflicht aller Parteien, stets und unter allen Umständen das Budget anzunehmen. Das Dogma ist von den Regierungen erfunden worden, von diesen Bureaucraten, die darin mit Recht die wichtigste Vorbedingung ihrer Unabhängigkeit sehen. In England oder Belgien oder Frankreich oder auch Oesterreich würde die bürgerliche Opposition einfach hohnlachend die Zumutung zurückweisen, für das Budget der ihr feindlichen Regierung zu stimmen. Das geht soweit, daß etwa die liberale Regierung Englands moralisch bankrott würde, wenn die Konservativen für das Budget stimmten. Die Regierung erschiene als Gefangener ihrer Feinde und müßte in kürzester Zeit zurücktreten.

Wäre die bürgerliche Opposition Deutschlands nicht so völlig verkrüppelt, so wäre auch für sie dieser Standpunkt selbstverständlich. Der bayerische Etat z. B. zeigt deutlich die Herrschaft des Zentrums; nichts natürlicher, als daß die Liberalen einen solchen Etat ablehnten. Dasselbe ist im Reich der Fall; der Etat spiegelt schon weil er auf der letzten Finanzreform beruht, die Herrschaft des Schnapsblocks wider; die liberalen Parteien müßten ihn verweigern. Die allgemeine Zustimmung zum Etat ist es, die das absolutistisch-bureaucratische, von den Parteien unabhängige, unparlamentarische Regierungssystem im Reich wie in den Einzelstaaten überhaupt erst möglich macht. Ohne Etat kann die Regierung nicht existieren; der Etat wird ihr aber nur von der Regierungspartei bewilligt; sie wird damit abhängig von der Partei — eine parlamentarische Regierung. Zugleich wird die regierende Partei von dem Volke mit der ganzen und ungeteilten Verantwortung belastet. Es ist der wertvollste Bestandteil des parlamentarischen Budgetbewilligungsrechts, daß das Budget abgelehnt werden kann, und zwar in seiner Gesamtheit. Erst das und das allein gibt dem Parlament Macht über die Regierung. Wer das in Abrede stellt, ist der Feind des parlamentarischen Regierungssystems oder hat von dessen parlamentarischen Bedingungen keine Ahnung.

Man versteht jetzt, warum die Regierungen Deutschlands und die Junker und Aristokraten, die durch diese Regierungen herrschen wollen, ohne selbst die ganze Verantwortung zu übernehmen, mit solchem Eifer und mit solch unermüdlichem Nachdruck das Dogma wiederholen, keine Partei habe das Recht, das Budget abzulehnen. Das sei eine Sache des hehren Staates, der über den Regierungen und Parteien in erhabener Höhe thronet; in Wirklichkeit ist das dumme Dogma die Vorbedingung der Unabhängigkeit der bureaucratischen Regierung von der Volksvertretung, und es wäre die dringendste Aufgabe, um zu einer Gesundung unserer politischen Verhältnisse und zu parlamentarischen Regierungsformen zu gelangen, die bürgerlichen Parteien, die in Opposition sich befinden, zur Ablehnung des Budgets zu erziehen. Statt dessen ist es den Regierungen gelungen, eine sozialdemokratische Parlamentsfraktion zu der bureaucratisch-absolutistischen Aushöhlung des parlamentarischen Budgetrechtes zu erziehen!

Das dieses Dogma, das nur in Deutschland so unverbrüchlich gehalten wird, überhaupt sich befestigen konnte, läßt sich historisch leicht verstehen. Es war die zerschmetternde Niederlage, die die preussische Fortschrittspartei in ihrem Kampfe mit Bismarck erlitt, die den bürgerlichen Parteien ein für allemal die Lust zu Kraftproben mit den Regierungen benahm. Bismarck verstand es dann, diese Stimmung zur Befestigung dieses Dogmas zu benutzen, das die Regierungsmacht von den Parteien löst. Unsere badischen Genossen ahnen ja gar nicht, wie schrecklich verpreußt sie sind; sie, die so staatsmännisch überlegen auf uns arme in Dogmen besangene Marxisten herabbliden: sie sind die wirklichen Dogmatiker; sie sind allerdings keine Marxisten, aber die Gefangenen und Getäuschten Bismarcks.

Aber wirklich nicht die Schüler dieses Realpolitikers. Hat sich einmal die Annahme des Budgets durch alle bürgerlichen Parteien wie in Deutschland befestigt, so hört das Budget auf, ein Kampfojekt zu sein. Die Regierung ist der Annahme stets sicher, sie hat nicht den mindesten Grund, auf die einstimmige Annahme besonderes Gewicht zu legen. Ob die Annahme mit Dreiviertelmajorität oder einstimmig erfolgt, hat keine irgendwie reale Bedeutung, und der Minister müßte schon recht verdreht sein, dessen ästhetisches Gefühl gerade nur durch eine einstimmige Annahme befriedigt wird. Und während die Budgetfrage außerhalb Deutschlands immerhin erster Erörterung unterliegt, weil die Budgetabstimmung über das Schicksal der Regierung entscheidet, also diese von der Sozialdemokratie bis zu einem gewissen, allerdings wegen des sofort einsetzenden Widerstandes der bürgerlichen Parteien stets sehr beschränktem Grade abhängig machen kann, ist in Deutschland die Regierung von vornherein unabhängig. Die Budgetbewilligung verliert jeden politischen Sinn, die Politik der Bewilligung wird völlig irreal und imaginär. Es bleibt wirklich nichts übrig, als die Spekulation auf das ästhetische

Bedürfnis des Ministers oder eines in den realen politischen Verhältnissen unerfahrenen Monarchen. Man befriedigt eine Marotte, um Regierung und Krone bei guter Laune zu erhalten. Und weil man nicht sicher ist, diese gute Laune durch eine gerade für die also Geehrten bedeutungslose Abstimmung wirklich zu sichern, macht man einen Schritt weiter — den Schritt zu Hofe. Denn Budgetbewilligung und Hofgang gehören — in Deutschland — unbedingt zusammen. Sie entspringen derselben Quelle, der Ueberzeugung, die proletarischen Interessen zu fördern, indem man Regierung und Krone durch persönliche Liebenswürdigkeiten günstig stimmt.

III.

Jetzt erkennen wir den wirklichen politischen Lehrmeister unserer badischen Genossen. Es ist Wilhelm II. Zwischen Deutschland und den anderen Staaten bestehen ernste, gefährdende Interessengegensätze. Wilhelm II. weiß das und möchte gern die daraus entstehenden Gefahren abschwächen. Die Mittel scheinen ihm einfach. Den anderen Staaten wird erzählt, die militärischen Rüstungen, die unaussführliche Flottenvermehrung haben ja gar keine Bedeutung. Bedeutung hat doch nur das persönliche Verhalten, die große Friedensliebe des Kaisers. Die Gegensätze sind also gar nicht so schlimm. Und Wilhelm II. beweist es durch die Tat; er schickt den Amerikanern Statuen, den Engländern Kriegspläne, empfängt Franzosen und sagt ihnen Liebenswürdigkeiten. Er kann ja nichts dafür, daß das draußen nicht leicht ernst genommen wird, daß die anderen auf die Liebenswürdigkeit, die mit der Abneigung gegen jede Verständigung über Flottenfragen und dergleichen so wohl vereinbar ist, sich nicht verlassen wollen. Wilhelm II. ist es ernst damit, und er versteht es nicht, daß er so oft mißverstanden wird. Man hat das Stimmungspolitikal, dekorative Politik genannt; man kann es fast, seit Bismarck tot ist, die offizielle deutsche Politik nennen.

Und dekorative wilhelminische Politik ist die Politik unserer badischen, so staatsmännisch veranlagten Genossen. Sie sind wahrhaftig gelehrige Schüler des erhabenen Lehrers. Sie haben keine Statuen, aber sie haben ihre Stimmen, die sie verschlecken; sie haben keine Tachten, auf denen sie empfangen können, aber sie vertrauen der bestrickenden Liebenswürdigkeit, die sie bei Hofe anwenden wollen. Aber in Einem, fürchten wir, haben sie ihren Meister nicht erreicht. Alle Liebenswürdigkeit hielt Wilhelm II. oder seine Ratgeber nicht ab, mit aller Kraft die realen Grundlagen seiner Macht auf das eifrigste zu verstärken. Wir fürchten, die badischen Genossen sehen nur auf's Dekorative, nur auf die Stimmung. Arme Teufel, die sie sind, zahlen sie zudem mit einem Gute, das ihnen nicht allein gehört. Sie geben die Grundlage ihrer Macht preis, die rücksichtslose Führung des Klassenkampfes, die unablässige Aufklärungsarbeit und selbst die Geschlossenheit der Partei, deren Glied sie sind und deren Vertretung ihnen anvertraut ist. Dekorative Politik und Untergrabung der wirklichen Grundlagen ihrer Macht — die badischen Abgeordneten sind weit hinter Wilhelm II. zurückgeblieben! Es ist Zeit, daß die Partei sie aus dieser Schule nimmt, in der sie nichts Nützliches gelernt haben, und ihnen die Elemente der Politik in Erinnerung ruft. Verneinung sind sie ja, hoffen wir, daß sie in der bisherigen Schule nicht schon gänzlich verblüdet worden.

Hoch, hoch und abermals hoch!

Das offiziöse Depeschembureau meldet aus Karlsruhe, 16. Juli: Heute vormittag um 10 Uhr wurde der badische Landtag durch Staatsminister Freiherrn v. Dusch geschlossen. Der Minister hielt eine Ansprache, in der er einen Rückblick auf die geleistete Arbeit warf und betonte, daß der Weiterentwicklung der Staatsfinanzen nicht ohne Sorge entgegenzusehen werden könne. Die wenig befriedigenden Betriebsergebnisse der badischen Staatsbahnen und die hohen Anforderungen des Eisenbahnbaues der letzten Jahre hätten ein solches Steigen der Eisenbahnschuld zur Folge gehabt. Es bleibe die Aufgabe der Regierung, dieser unerfreulichen Entwicklung nachträglich entgegenzuwirken. Der Versuch, im Hinblick auf die Erhöhung der Ausgaben eine Steigerung der Einnahmen aus dem Personenverkehr durch eine Aenderung der bestehenden Tarife herbeizuführen, sei leider zunächst von keinem Erfolg begleitet gewesen, werde aber zu geeigneter Zeit wiederholt werden. Die Versammlung brachte sodann ein Hoch auf den Großherzog aus, wobei auch ein Teil der Sozialdemokraten anwesend war, die sich ebenfalls während des Hochs auf den Großherzog von den Sitzen erhoben.

Nach der „Voss. Ztg.“ nahmen an der Guldigung zehn sozialdemokratische Abgeordnete, darunter die Genossen Frank, Kolb und der Vizepräsident Geiß teil.

Aber bischöfliche Gnaden!

Man schreibt uns aus Bayern:

Auch in Bayern hat man das Zweikammernsystem. Nur heißt das, was man in Preußen das Herrenhaus nennt, die Kammer der Reichsräte. Zu diesen gehören verfassungsgemäß auch 4 hohe geistliche Würdenträger oder, wie ein richtiger preussischer Leutnant sagen würde, 4 Oberbongon, und zwar die 2 bayerischen Erzbischöfe, denen nebenbei bemerkt der sehr nach christlicher Demut schmeckende Titel Erzeleuzer zukommt, und ein Bischof, den die Krone ernannt, sowie der Präsident des Oberkonsistoriums. Der jetzt in der Reichsratskammer sitzende Bischof heißt Senle, war unseres Wissens

Die Inflation-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonienzeile oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 25 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

früher Kapuziner, also Mitglied eines Ordens, der besonders scharf ist und manchmal auf einzelne Teile des Volkes losgelassen wird, um ihm mit dem höllischen Feuer gründlich einzuhaken. Wir haben selbst eine junge hübsche Katholikin gekannt, die von einem Kapuzinerpater ins Wasser und damit in den Tod getrieben wurde. Der Kapuziner hatte ihr nämlich wegen ihrer Absicht, einen Protektanten zu heiraten, derart zugeföhrt, daß sie sich zuletzt verzweifelt ertränkte.

Bischöfliche Gnaden Denke — ein Bischof hat Anspruch auf den ebenfalls sehr demütigen Titel Bischöfliche Gnaden — ergriff nun am 13. Juli d. J. in der Reichsratskammer das Wort, weil der bayerische Verkehrsminister das Ansinnen, den süddeutschen Eisenbahnerverband zu unterdrücken, abgelehnt und dabei gesagt hatte, die Geschichte des Christentums lehre, daß große Bewegungen mit Gewalt nicht aus der Welt zu schaffen seien. Bei der Gelegenheit hat Bischöfliche Gnaden Denke bewiesen, daß er, trotzdem er sein ganzes Leben der Gottesgelahrtheit und Christus gewidmet hat, die Evangelien nicht kennt. Er weiß tatsächlich nicht einmal, was der Stifter seiner eigenen Religion gesagt hat. Bischöfliche Gnaden behauptete nämlich: Zwischen Christentum und Sozialdemokratie gebe es gar keine Analogie. Das Christentum habe sich mit der sozialen Frage jahrhundertlang nicht beschäftigt. Paulus der Apostel habe immer darauf hingewiesen, sich in die gegebenen sozialen Verhältnisse zu schicken: „Wer Anecht ist, soll Anecht bleiben, wenn er nicht freiwillig von seinem Herrn der Anechtschaft entlassen wird. Das Christentum hatte also mit der Sozialdemokratie auch in dieser Beziehung nicht die geringste Beziehung oder Berührung.

Der arme Bischöfliche Gnaden ist also die Geschichte von dem reichen Jüngling, der zu Christus kam und ihn um Aufschluß bat, wie er das ewige Leben gewinnen könne, unbekannt, Christus rief dem jungen Mann, er möge seinen Besitz verkaufen und den Erlös den Armen schenken. Da troch dem Jüngling eine Laus über die Reber und er schließlich betäubt von demselben, bekanntlich hat Christus noch oft in ähnlichem Sinne gesprochen. Auch er war der Meinung, daß hierin eben Brot genug für alle Menschenkinder wachsen würde, wenn es nicht so große Geldsäcke gäbe. Nur hat er die soziale Frage in anderer Weise, nämlich durch die Pflicht des Herrschens, lösen wollen. Dabei hat er auch etwas gesagt, wonach für die Erbgrößen, die Bischöfe und auch die Päpste im Himmelreich kein Platz ist. Er meinte bekanntlich, eher gehe ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein Reicher in das Himmelreich gelange. Ein Erbgrößer aber hat ein möbliertes Palais als Dienstwohnung und jährlich 30 000—38 000 Mark bar, ein Bischof ist ebenso angenehm einlogiert, und beträgt sein Gehalt etwa 20 000 Mark und der Papst ist vielfacher Millionär. Also wird es da mit dem Himmelreich nichts werden. Bischöfliche Gnaden, wie wird Ihnen jeht?

Wem gehören die Sparkasseneinlagen?

Vor etwa Jahresfrist sahen wir uns genötigt, dem Preussischen Statistischen Landesamt seine unerhört tendenziösen Aufmachungen über die Sparkasseneinlagen, ihr Wachstum und ihre Verteilung vorzuhalten. Wir führten damals, wie schon wiederholt vorher, auf Grund von Durchschnittsberechnungen den Nachweis, daß der weitaus größere Teil sogar der Sparkasseneinlagen nicht Eigentum des Proletariats und der kleinen Leute ist, sondern der Angehörigen der bemittelteren und wohlhabenden Schichten.

Unsere Kritik hat den erfreulichen Erfolg gehabt, daß das Preussische Statistische Landesamt nun selbst Durchschnittsberechnungen angestellt hat, die, wie es ja gar nicht anders sein konnte, unsere Feststellungen nun bestätigen! Wir lesen darüber in der „Konf. Korresp.“:

Die Verteilung der Sparkasseneinlagen nach Kontenklassen ist auf Grund der vorhandenen ziffernmäßigen Unterlagen vom Königlich Preussischen Statistischen Landesamt einer Schätzung unterzogen worden und zwar in runden Zahlen derart, daß ersichtlich wird, welche Summen wenigstens und welche höchstens auf jede Kontenklasse treffen können. Von den rund 8,4 Millionen Büchern bis zu 60 M. glaubt die Statistik folgen zu können, daß sie im Durchschnitt nicht auf weniger als 20 und nicht auf mehr als 40 M. lauten werden. Dies würde dann ergeben wenigstens 68, höchstens 134 Millionen Mark, ferner bei den 1,6 Millionen Büchern über 60 bis 150, durchschnittlich 90 bis 120 M., 144 bezw. 192 Millionen Mark, bei den 1,5 Millionen von über 150 bis 300, durchschnittlich 200 bis 250, 800 bezw. 376 Millionen Mark, bei den 1,7 Millionen Mark über 300 bis 600, durchschnittlich 400 bis 500 M., 680 bezw. 800 Millionen Mark, zusammen bei den Büchern bis 600 M. 1192 bezw. 1553 Millionen Mark. Werden dann weiter berechnet für 2,1 Millionen Bücher von 600 bis 1500 M., durchschnittlich 900 bis 1200 M., 1800 bezw. 2520 Millionen Mark, für 0,9 Millionen von 1500 bis 3000, durchschnittlich 2000 bis 2500 M., 1800 bezw. 2250 Millionen Mark, so ergeben sich für 1/2 Millionen Bücher bis zu 8000 M. 4882 bezw. 6823 Millionen Mark, wahrscheinlich also zwischen 5 und 6 Milliarden, so daß von dem Gesamtbetrage von 9578 Millionen 3250 bezw. 4881 Millionen Mark, also wahrscheinlich zwischen 3 und 4 Milliarden für die 0,68 Millionen Bücher mit mehr als 3000 Mark Einlage übrig bleiben werden. Der Anteil der kleinen Konten wird wohl dem oben geschätzten Mindestbetrage etwas näher als dem Höchstbetrage liegen, da mit steigender Höhe der Einlagen die Bücher immer seltener werden.

Aus diesen Zahlen ergibt sich also, prägnanter zusammengefaßt das folgende: Auf 8,2 Millionen Sparkassenbücher mit Einlagen bis zu 600 M. entfallen von insgesamt 9573 Millionen Einlagen nur 1350 Millionen, sofern wir als Durchschnittsanlage für die vier untersten Klassen der Bücher 100, 170, 330 und 750 M. rechnen. Nehmen wir noch alle Bücher bis zu 1500 M. Einlage hinzu, so entfallen auf diese Einlagen der nichtbestehenden Klasse nur 3500 Millionen, während die Einlagen der Bestehenden sich auf rund 6000 Millionen beziffern!

Nach solchen Feststellungen wird man wohl endgültig darauf verzichten, sich auf die Sparkasseneinlagen als auf ein Zeichen des wachsenden Wohlstandes der — Arbeiterklasse zu berufen!

Politische Ueberblick.

Berlin, den 16. Juli 1910.

Wahrheit!

Das „Berl. Tagebl.“, das zu den eifrigsten Verfechtern des Großblocks von Baffermann bis Bedel gehört, beklagt es, daß die reaktionäre Presse die offene Darlegung unserer sozialdemokratischen und republikanischen Ueberzeugung für ihre Sammlungspropaganda ausnütze und dadurch die Großblockidee schädige. Wir haben diese Ausnützung wirklich vorausgesehen, trotzdem aber im vollen Bewußtsein unserer Verantwortlichkeit unser Programm in den Vordergrund gerückt. Wir wissen natürlich, daß in den nächsten Reichstagswahlen

nicht die Entscheidung über die Herrschaft des Bürgerturns fallen wird; wir geben ohne weiteres zu, daß es sich nur um die, an sich allerdings sehr bedeutungsvolle Frage nach den Formen, in denen diese Herrschaft ausgeübt wird, und nach den Schichten, die sie ausüben, handeln kann. Wir halten es für ein wichtiges Interesse des Proletariats, alles zu tun, was die liberal-feudale Reaktion schwächt und sich innerhalb der Grenzen, die durch das proletarische Interesse gezogen sind und wozu auch die volle Selbstständigkeit der sozialdemokratischen Aktion bei den Hauptwahlen gehört, bereit, die bürgerlichen Gegner der Reaktion zu unterstützen. Aber es hieße, das proletarische Interesse auf schwerste Schäden, wenn wir irgendwie unsere Endziele verhüllen oder abschwächen wollten. Davon kann keine Rede sein und dazu ist auch unserer Ueberzeugung nach in der Gesamtpartei keine Neigung. Die bürgerlichen liberalen Parteien müssen sich schon als das nehmen, was wir sind: die Verfechter der Emanzipation des Proletariats, dessen Endziel ist die Erringung der vollen Demokratie, die nur die republikanische Staatsform gewährt und die Erringung der kapitalistischen Produktionsweise durch die sozialistische. Wirkliche Liberale und das sozialistische Proletariat können zusammen ein Stück der Wegstrecke frei machen, die heute von der Reaktion verlegt ist. Danach trennen sich unsere Wege wieder vollkommen. Will der Liberalismus diese gemeinsame Arbeit verrichten, gut. Aber wir opfern deswegen auch nicht ein Tipfelchen unseres Programms oder unserer Propaganda und Agitationsfreiheit. Verlagt der Liberalismus, so werden wir unsere Arbeit allein verrichten müssen.

Wir verhehlen auch dies nicht, daß die Erringung der Demokratie letzten Endes nach unserer Ueberzeugung den proletarischen Emanzipationskampf gewaltig fördern wird und nicht den Liberalismus. Die Liberalen sind der entgegengesetzten Ueberzeugung. Den Entscheid darüber wird die Geschichte fällen.

Das „Berl. Tagebl.“ mag uns gering achten, weil wir so gar nicht auf „Taktik“ ausgehen, sondern mit voller Offenheit und Wahrheit aussprechen, was ist, natürlich nach unserem besten Wissen. Aber wir sind eine demokratische Partei und eine Partei der Volksmassen. Diese müssen stets wissen, um was es sich handelt, um mit ganzem Bewußtsein und voller Verantwortlichkeit selbst ihre Politik bestimmen zu können. Deshalb halten wir jede Verhüllung unserer Ziele für die verfehlteste Politik und wollen nie anders scheinen als wir sind und bleiben: die Partei des um seine Befreiung kämpfenden arbeitenden Volkes.

Gefändnisse einer schönen Seele.

Die „Deutsche Tagesztg.“ veröffentlicht einen sehr wütenden und deshalb sehr komischen Artikel über die Ursachen der „roten Flut“. Die Hauptschuld an unseren Erfolgen schreibt sie natürlich der „Stuppelosen Hege“ der liberalen Parteien gegen die Ablehnung der Erbschaftsteuer zu. Als Mitschuldigen aber bezeichnet das Wänderblatt den Fürsten Bälou, der mit dem Worte von dem „freudhaften Spiel“ der Konserverativen die Weise intoniert habe. „Wie hätte die unwahrscheinliche Hege so dreist ihr Haupt erhoben, wenn nicht jene haltlose Verdächtigung über die Lippen des Staatsmannes gekommen wäre, der den Zusammenbruch seiner solch instruktiven Politik“ niemals den Konserverativen hätte in die Schuhe schieben können. Mitschuldig ist natürlich auch der arme Reichsmann, der dieser „Hege“ nicht mit geeigneter Energie und Tapferkeit entgegentrat.

Es ist natürlich sehr amüsan, wie diese agrarischen Reichslangler von den Junkern wie Hausnechte geschüttelt werden; umso amüsanter, wenn man die schleimigen Lobeserhebungen noch in Erinnerung hat, die Herr Dertel dem weiland „agrarischen Reichslangler“ so oft gelungen hat.

Aber ein anderes ist noch häßlicher. Die „D. Tagesztg.“ meint: „Ein Zu- oder Abnehmen der Sozialdemokratie hängt keineswegs in entscheidendem Maße davon ab, ob eine gute und sachlich berechtigte Politik gemacht wird oder nicht; daß vielmehr auch die sachgemäße und notwendige Politik zur Verstärkung der Sozialdemokratie beitragen muß, sobald sie eine materielle Belastung der Massen bringt; ganz gleichgültig, ob diese Belastung auf eine andere Weise wieder zehnt- und hundertfach ausgeglichen wird. Da die Masse für die bewideltsten Vorgänge des Wirtschaftslebens naturgemäß wenig Verständnis hat und deshalb der Irreführung und Hege ziemlich wehrlos ausgeliefert ist.“

Die „D. Z.“ kann sich offenbar eine sachgemäße und notwendige Politik ohne Belastung der Massen gar nicht vorstellen. Im übrigen schwätzt die „D. Z.“ ungewöhnlich dummes Zeug. Es ist zwar im allgemeinen schon richtig, daß unsere Gegner machen können, was sie wollen, wir wachsen immer weiter und werden immer stärker. Aber so ganz einflusslos sind unsere Gegner doch nicht. Eher, wenn Ebre gebührt: Die Finanzreform des schwarzblauen Blokes und namentlich die Weigerung der Junker, zu den Lasten des Staates auch nur das Bescheidenste beizutragen, hat Laufende Indifferente aufgerüttelt und unserer Agitation zugänglich gemacht. Sie hat uns mächtig gefördert.

Zu dem Urteil aber über die Dummheit der Massen ist die „D. Z.“ wirklich nicht berechtigt. Es ist eine ganz unberechtigte Verallgemeinerung von Erfahrungen, die sie sich aus dem Verkehr mit ihren bekanntlich „minder intelligenten“ Lesern gebildet hat.

Eine beispiellose Rohheit.

Am Donnerstagabend gelangte in der Sitzung des Altonaer Stadtverordnetenkollegiums der von uns als „beispiellose Rohheit“ charakterisierte Vorgang bei Prüfung der Polizei- und Schäferhundbe auf der Rennbahn Altona-Bahrenfeld zur Sprache. Die sozialdemokratische Fraktion hatte eine von uns in der Freitagnummern veröffentlichte Interpellation eingereicht, die vom Genossen Dr. Herg begründet wurde. In kräftigen Worten geißelte unser Genosse den empörenden Vorgang und verlangte Antwort.

Senator Dr. Horbeck, der stellvertretende Polizeichef, meinte etwas von oben herab, die Sache gehe eigentlich die Stadtkollegien gar nichts an, weil die Polizei nicht dem Magistrat, sondern dem Regierungspräsidenten unterstehe. Nur weil die Zeitungen inoffiziell berichtet hätten, wolle er darauf eingehen. Von einer „hundsöttischen Rohheit“, wie das „Echo“ schreibt, könne keine Rede sein; so schlimm sei die Sache nicht. Im selben Atemzuge gab der Herr Senator aber zu, daß der Fürsorgezögling Friedrich in den Oberschenkel gebissen wurde, „weil er infolge eines mißverständlichen Signals davonlief“. Man erfuhr weiter von dem Senator, daß nicht die Polizei, sondern ein Komitee, an dessen Spitze ein Herr Gaajo-Berlin steht, die Prüfung der Polizeihunde veranstaltet hat. Dieser Herr habe sich an den Direktor der Fürsorgeanstalt gewandt und die Erlaubnis erhalten, eine Anzahl Kinder als Versuch-

objekte zu verwenden! Da es sich nur um „Nasenarbeit“ gehandelt habe, sei die Polizei nicht eingeschritten. Die Staatsanwaltschaft habe auf eine Anzeige des Dr. Kulla diesem mitgeteilt, daß das Verfahren eingeleitet sei, weil kein Schuldiger festzustellen gewesen sei. Es liege auch keine Fahrlässigkeit vor, weil der Hund gut dressiert und der Unfall nicht vorausgesehen gewesen sei.

Also nicht einmal fahrlässige Körperverletzung nimmt die Staatsanwaltschaft an! Tatsächlich liegt aber mindestens grobe Fahrlässigkeit vor, für die nicht nur der Veranstalter der „Prüfung“ verantwortlich ist. Wie die „Gefälligkeit“ des Direktors der Fürsorgeanstalt zu qualifizieren ist, wollen wir gar nicht erst kennzeichnen. In anderen Dingen, z. B. bei der angeblich veranstalteten Demonstration nach Schluß der Altonaer Wahlrechtsversammlungen, hat man sich schnell einen „Schuldigen“ herausgeholt, wie die Verurteilung des Genossen Stadtverordneten Kürbis beweist. Eine Hundehetze auf mehrlose Kinder kann nicht geahndet werden, weil — kein Schuldiger zu ermitteln ist. So geschehen in einem Lande mit vollendeten Rechtsgarantien!

Die Altonaer Stadtväter beruhigten sich bei dieser Erklärung und lehnten eine Besprechung der Interpellation ab!

Einschränkung des Einjährigen-Privilegs.

Die bayerische Regierung trägt sich, wie im Landtage mitgeteilt wurde, mit dem Gedanken, das Einjährigen-Privileg von dem Besitz des Abiturientenexamens abhängig zu machen. Damit würde das Einjährigen-Privileg noch exklusiver wie bisher schon gemacht, es würde damit zu einem Privilegium nur der reichsten Leute. In Preußen will man angeblich diese Neuerung nicht mitmachen, sondern es bei dem bisherigen Zustande bewenden lassen.

Im Reichstage wird natürlich auch im kommenden Winter wieder mit allem Nachdruck die Beseitigung dieses Vorrechts der reichen Leute verlangt werden. In Frankreich kennt man diese Institution längst nicht mehr. Dort müssen die Söhne der reichen Leute genau so als gewöhnliche Soldaten einrücken, wie die Söhne aus dem Volke auch. Der Unterschied ist nur der, daß sie bereits nach kurzer Zeit, wenn die erste Ausbildung beendet ist, zu Vorgesetzten befördert werden.

Man darf wohl annehmen, daß in Deutschland die bürgerlichen Kreise einer allgemeinen Herabsetzung der Dienstzeit eher zugänglich werden, wenn das heute bestehende Vorrecht der zugehörigen Klasse — ihre Söhne nur ein Jahr dienen zu lassen — böslich beseitigt wird!

Die das Zentrum Arbeiterinteressen vertritt!

Die M.-Gladbacher „Westd. Arbeiter-Zeitung“ gibt die Zuschrift eines katholischen Arbeiters wieder, worin sich dieser bitter über die zentrumsmäßige Vertretung der Arbeiterinteressen beschwert. In einer westfälischen Industriestadt beabsichtigt man zurzeit einen christlichen Konsumverein zu gründen. In dieser Stadt gehöre auch der Vorort M. Als man dort vor sechs Jahren einen „Männerverein“ gegründet hatte, seien schon Stimmen laut geworden, die für einen Arbeiterverein eintraten. Es habe aber geheißen, der Männerverein ersetze den Arbeiterverein. „Er hat aber bis heute vollständig versagt“. Als die Konsumvereinsfrage in einer Versammlung erörtert werden sollte, habe der Vorstand, in dem selber kein Arbeiter sitze, eine Einladung erhalten, diese sei aber in den Papierkorb gewandert. „Bringt mal ein Mitglied irgend eine Sache vor, die den Arbeiter interessiert, wie aus ein Kommando schreit man ihm entgegen: „Das gehört nicht hierher!“ Der Verein besteht zu 90 Proz. aus Arbeitern und doch ist davon keiner im Vorstand.“

Es sind ja „brave“ Zentrumsarbeiter, die zu 90 Proz. in diesem katholischen Männerverein Mitglied sind, sonst würden sie sich natürlich eine solche Behandlung nicht gefallen lassen. Der Eisenberg fordert die Gründung eines katholischen Arbeitervereins. Für die Art der Behandlung von Arbeiterinteressen ist der Fall ja typisch. Das Zentrum will „alle Stände“ Hebevoll vertreten. Es sängt aber erfahrungsgemäß bei den honorigen Leuten mit der Zustimmung der Gnaden an, so daß für den „Pöbel“ nichts mehr übrig bleibt. Und der Weg vom katholischen Männer- über den Arbeiterverein zur Fachabteilung und zur „parteilichen“, „christlichen“ Gewerkschaft wird nicht vom Zufall gewiesen, sondern entspringt immer der Stärke der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung.

Bezeichnend ist auch, daß das M.-Gladbacher Zentrumsarbeiterblatt sich so weit zentrumsmäßig fählt, daß es die Klage des katholischen Arbeiters in die „Diskussionsrede“ verweist, wofür die Redaktion nur die „pregefehlte Verantwortung“ übernimmt. Als vor etlicher Zeit den dummen Arbeitern mit dem „akademischen Studium bei Arbeiterlöhnen“ eine neue Tonne zum Spielen hingeworfen wurde, wurden die Zuschriften nicht so behandelt.

M.-Gladbacher Arbeiterfürsorge!

Die antisemitische Börse.

Die Prospekte von Gesellschaften, deren Aktien an der Börse zugelassen werden, müssen außer im „Nachanzeiger“ noch in anderen Blättern veröffentlicht werden. Seit langem war dafür in Berlin der „Börsen-Courier“ und die „Börsen-Zeitung“ bestimmt. Das soll nun anders werden. Herr Witting, geborener Wittfornoll, Direktor der Nationalbank, Bruder Gardens, früherer Oberbürgermeister von Posen und persona gratissima beim Kaiser, also ein „großes Tier“, hat, wie auf der Börse erzählt wird, der Zulassungsstelle vorgeschlagen, welche Ungerechtigkeit in der einseitigen Bevorzugung dieser beiden Zeitungen liegt. Die Zulassungsstelle konnte sich der Argumentation eines so hervorragenden Mannes nicht entziehen. Herr Witting steht der alldemokratischen antisemitischen unter Bülow offiziellen „Tägl. Rundschau“ nahe. Die Zulassungsstelle beschloß, einen Turnus einzurichten und demnach die „Tägl. Rundschau“ als ein Publikationsorgan zu bestimmen. Um aber auf die nicht immer antisemitischen Gefühle der Börsensucher Rücksicht zu nehmen, wurde der Kreis der Publikationsorgane auch durch die Einbeziehung des „Sozial-Anzeigers“ und des „Berl. Tagebl.“ erweitert.

So müssen die Beamten der Berliner Börse für das Wohl-ergehen eines antisemitischen Blattes sorgen, denn Herr Witting ist seinen früheren Glaubensgenossen gegenüber ein harter, aber einflussreicher Herr. Man darf sich neugierig sein, ob nicht diese Selbstverleugung, die so viele Inzerate trägt, den antisemitischen Furor der „Z. N.“ wenigstens so weit er zugleich ein börsenfeindlicher ist, beeinflussen werde.

Decorative Politik.

Aus Kristiania wird telegraphiert: Wilhelm II. hat sich durch König Haakon erboten, dem norwegischen Volke als Dank für die gastfreie Aufnahme während seiner Nordlandreisen eine Freitisch-Statue zu schenken. Der Kaiser hat eine Anhöhe im Sognefjord bei Framnes in der Nähe von Freitichs Grab für die Aufstellung der Statue in Aussicht genommen. König Haakon dankte namens des norwegischen Volkes für diese Aufmerksamkeit.

Beschleunigung der Reichstagswahlen in Preußen.

Der preussische Minister des Innern hat eine Verfügung erlassen, wonach Erzsatzwahlen zum Reichstage in Preußen innerhalb des Zeitraumes von 70 Tagen nach Erledigung des Mandats vorzunehmen sind. Nur wenn diese Frist nicht ausreicht, soll eine hinaus-

Schließung bis auf höchstens 90 Tage erfolgen. Diese Anordnung entspricht der bekannten, vom Reichstage angenommenen Resolution.

Eine Antwort des Volkes

auf die schändliche Vergewaltigung der sozialdemokratischen Abgeordneten im preussischen Abgeordnetenhause war die letzte Tage in Magdeburg stattgehabte Volksversammlung unter freiem Himmel, in der der Abgeordnete Adolf Hoffmann-Berlin über: „Des Volkes Wahlrecht, des Königs Willkür und des Papstes Engherz“ sprach. Etwa 8-10000 Männer und Frauen füllten den geräumigen Garten des Luisenparks bis auf den letzten Nagel. Der Redner wies nach, wie das Dreiklassenparlament die Mittel zur besseren Befolgung der unteren Beamten und staatlichen Arbeiter verweigert, nach oben die Gelder aber mit vollen Händen auswirft. Die Engherzinterpellation sei nichts weiter als eine Komödie gewesen, um das Volk, besonders aber die Zentrumswähler über die Verrätereien des Schnapsbundes zu täuschen. Das Volk werde sich nicht täuschen lassen. Es werde in erster Linie ein freies Wahlrecht erobert und damit das Ende der Junkerherrschaft herbeiführen. Die jetzige Gärung im Volke müsse weiter geschürt werden, damit die Reaktionen bei den nächsten Reichstagswahlen die Quittung für die Ausraubung des Volkes erhalten. Die Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Nach einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde die preussische Wahlrechtsmarke stillschweigend gefangen.

Boykottierende Offiziere.

Mittwoch und Donnerstag tagte in Breslau der Verband deutscher Lohnführer und Arbeiter, auf welchem u. a. auch über die sogenannten Krämpferwagen beim Militär gesprochen wurde. Von allen Seiten beklagten sich die Führer lebhaft darüber, daß die Offiziere diese doch eigentlich nur für dienstliche Zwecke von Geldern der Steuerzahler angeschafften Wagen sehr mißbrauchten. Nicht nur in Dienstfahrten benutzten sie diese für Dienstzwecke, sondern auch recht komfortabel eingerichteten Wagen, sondern nicht mehr noch für Jagd- und Spazierfahrten! Die steuerzahlenden Droschken hätten dann das Recht, denn wenn die Offiziere die Krämpferwagen mal nicht benutzten, führen sie mit der billigeren Elektrischen. In Dresden sei man sogar genötigt gewesen, die Hilfe des Kriegsministers gegen diesen Mißbrauch anzurufen. Aber damit sei man böse hineingefallen: Anstatt Hilfe hatten die Petenten Stodschläge auf den Wagen, denn seit jener Zeit hätten die Offiziere für die Reittage (auf welche doch die Droschken angewiesen seien) über die Droschken den Boykott verhängt! Diese Mitteilung rief lebhaften Unwillen hervor und man beauftragte den Zentralvorstand, sofort Schritte dagegen zu tun.

Wenn also Arbeiter künftig zu dem Mittel des Boykotts greifen, werden sie sich von jetzt ab stets darauf berufen können, daß ja sogar Offiziere dies Kampfmittel anwenden.

Noch etwas vom Boykott.

Die konservative „Schlesische Zeitung“ schreibt unterm 15. Juli:

„Hier Boykott, Fleischboykott, Butterboykott. Der Boykott ist ein Akt der Selbsthilfe. Ursprünglich von Arbeitern organisiert, um günstigere Arbeitsbedingungen zu erzwingen oder auch Geldstrafe zur Vergabe ihrer Säle für Arbeitervereinsammlungen zu machen, ist er in neuester Zeit immer häufiger auch von weiteren Kreisen versucht worden, um mehr oder minder unberechtigte oder unerträgliche Preis-erhöhungen zu verhindern.“

Der Boykott ist ein gesetzlich nicht verbotenes Mittel der Selbsthilfe. Doch verlangt es in der Regel da, wo es von nichtorganisierten Kreisen gegen Lebens- und Genußmittel angewendet wird, die mehr oder weniger unentbehrlich geworden sind.“

Schade, daß sich die „Schlesische Zeitung“ nicht mehr zu erinnern weiß, wie oft Arbeiter wegen Boykotts bestraft wurden und wie oft sie diesen Bestrafungen zugejubelt hat.

Gegen die polnischen Hyzantiner.

Der polnische Wahlverein für die Stadt Herne nahm in seiner letzten Versammlung Stellung gegen das Verhalten der polnischen Landtagsfraktion bei der Abstimmung über die Erhöhung der Willkür des Königs. Dies habe, weder den Gefühlen noch den Interessen des polnischen Volkes entsprochen.“

Ein hartes Urteil

fällte das Kriegsgericht der 17. Division in Lübeck gegen den Ausreiter Stoffer des Infanterieregiments „Lübeck“. Stoffer desertierte in Gemeinshaft mit einem anderen Soldaten, vertauschte seine Uniform mit Zivilkleidern, die er bei einem Einbruch erbeutet hatte und verübte später noch einige Einbrüche, um sein Leben fristen zu können. Vor Gericht geberdete sich Stoffer wie nachlässig; er beschimpfte die Richter und wollte gegen den Vertreter der Anklage stillos werden. Das Urteil lautete gegen den Angeklagten, der allerdings auch im Zivilleben schon einiges auf dem Kerbholz hatte, auf sechs Jahre Zuchthaus. Der Verteidiger will gegen dieses Erkenntnis Berufung einlegen, da St. anscheinend nicht zurechnungsfähig ist.

Oesterreich.

Trennung von den Christlichsozialen.

Wien, 16. Juli. 9000 Angestellte der städtischen Straßenbahn hielten eine Versammlung ab behufs Gründung einer neuen Organisation, um sich von der christlichsozialen Partei, zu deren unbedingten Anhängern sie gehörten, loszumachen. 5000 Angestellte sind der neuen Organisation bereits beigetreten.

Frankreich.

Sozialpolitische Vorlagen.

Bevor das Parlament in Paris ging, hat Viviani eine Reihe sozialpolitischer Entwürfe eingebracht. Der eine betrifft die Einführung des 10 stündigen Maximalarbeitstages. Das Millerand'sche Gesetz von 1900 setzte diesen nur für „gemischte“ Betriebe fest, d. h. für solche, wo Frauen und jugendliche Personen neben erwachsenen Männern beschäftigt werden. Seine Durchführung hatte unzulänglich gewisse nachteilige Nebenfolgen, die von der bürgerlichen Presse heuchlerisch gegen den geschlichen Arbeiterstand überhaupt ins Feld geführt werden. In manchen Betrieben wurden, um den Bestimmungen des Gesetzes auszuweichen, die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter entlassen, und die Lehrlingsausbildung hat in mehreren Gewerben darunter gelitten. Gegen die allgemeine Zehnstundenarbeit lassen sich diese Argumente indes nicht gebrauchen, und so müssen sich die großkapitalistischen Organe, wie der „Temps“ und das „Journal des Debats“, die die Feindseligkeiten gegen den neuen Entwurf schon begonnen haben, auf allgemeine Phrasen über den „Interventionismus“ beschränken.

Der Vivianische Entwurf setzt hauptsächlich folgendes fest: In den Fabriken, Werkstätten und auf den Bauplätzen, sowie in Bergwerken, Tagbau und Steinbrüchen, wo die Arbeitsdauer nicht durch Spezialgesetz geregelt wird, weiter in den Transportunternehmungen und den Zweigindustrien der genannten Unternehmungen, gleichviel welcher Natur sie sind, ob öffentlich, privat, weltlich oder religiös, selbst wenn sie den Charakter des gewerblichen Unternehmens oder der Wohlthätigkeit haben, soll die effektive Arbeit der erwach-

senen männlichen Arbeiter 10 Stunden nicht überschreiten. Diese Bestimmung tritt jedoch erst 4 Jahre nach der Kundmachung des Gesetzes in Kraft. Bis zu zwei Jahren nach der Kundmachung soll die Arbeit im Maximum 11 Stunden, von zwei Jahren an 10 1/2 Stunden betragen. Eine Verlängerung der Arbeitstage bis zu 12 Stunden ist allgemein an 60 Tagen im Jahre zugelassen, in bestimmten, durch ein Reglement zu bestimmenden Industrien an 90 Tagen. Dieses Reglement soll auch die für vorbereitende und Ergänzungsarbeiten, für Unglücksfälle oder wegen vis major notwendigen Ausnahmen festsetzen, sowie die Aufgaben und Rechte der Gewerbeinspektion in bezug auf die Handhabung dieses Gesetzes.

Der zweite Entwurf regelt die Ruhezeit in den Magazinen und Bureaus. In den Magazinen, Geschäftsläden, kaufmännischen und industriellen Bureaus wie in ihren Zweigabteilungen soll der täglichen Arbeit jeder beschäftigten Person eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 11 Stunden folgen. Ein Reglement kann diese Ruhezeit indes für bestimmte Kategorien von Etablissements auf 10 Stunden herabsetzen. 10 Stunden Ruhezeit gilt auch als allgemeine Uebergangsbestimmung während zweier Jahre. Ausgenommen von der obligatorischen Ruhepause sind die Unternehmungen, die nur Familienmitglieder beschäftigen. — Wie man weiß, hat die gleiche Ausnahme die Bestimmungen über die Sonntagruhe im Handel zum großen Teil wirkungslos gemacht. — Von Wichtigkeit ist der Artikel 2 der Vorlage, der besagt, daß auf Antrag von drei Vierteln der interessierten Unternehmer der Gemeinderat die Schließung der Läden zu einer bestimmten Stunde festsetzen kann, für eine oder mehrere Kategorien von Magazinen, die die gleiche Art von Geschäften betreiben und sich an die gleiche Kundenschaft wenden. Ein Appell an den Staatsrat mit aufschiebender Wirkung ist zugelassen.

Weiter hat der Arbeitsminister eine Reform der Gewerbegerichte beantragt und einen Entwurf über den kollektiven Arbeitsvertrag vorgelegt. Mit diesem erklärt sich die Kapitalistenpresse noch am ehesten einverstanden, aber nur „im Prinzip“. Als Vorbedingung für seine Annahme fordert sie die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften, die sie mit der Haftpflicht identifiziert.

Die Sozialisten werden natürlich alles daran setzen, die Vivianischen Entwürfe im Interesse der Arbeiterschaft zu verbessern. Die Hindernisse des sozialpolitischen Fortschritts sind indes in Frankreich jetzt noch größer, als in den letzten Jahren. Hat doch die stark manchesterliche „demokratische Linke“ und der mittelständlerische Radikalismus gegenüber dem „Radikalsozialismus“ an politischem Gewicht gewonnen. Der sozialreformatorische Eifer mancher Radikalsozialisten blühte freilich auch nur auf dem Grund der sicheren Ueberzeugung, daß der Senat ja doch über die Interessen des Ausbeutertums wachen werde.

Spanien.

Die Lage in Barcelona.

London, 16. Juli. Der „Daily Telegraph“ meldet: Wenige Stunden vor der Abreise des Königs aus San Sebastian erhielt der General Eschaur, Chef des Militärkabinetts, ein langes Telegramm. Dieses Telegramm betraf, wie es heißt, die Vorgänge in der Stadt und in der Provinz Barcelona, wo ernste Ereignisse auszubrechen drohen. In allen Bezirken Barcelonas potraulieren Artikelabteilungen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Die Truppen sind Kriegsmarschmächtig ausgerüstet und mit scharfen Patronen versehen, da man eine neue Volksbewegung befürchtet. Andererseits sind ungünstige Meldungen aus Afrika eingetroffen, speziell aus Melilla, wo eine Verschlimmerung der Lage befürchtet wird. Ein Vertreter des „Daily Telegraph“ hat in verschiedenen spanischen Städten längs der spanischen Küste eine Untersuchung vorgenommen. In diesen Städten wurden zahlreiche spanische Deserteure, die gelegentlich des marokkanischen Feldzuges aus Spanien geflüchtet waren, gesehen. Sie hatten sich geweigert, sich in die Reihen der nach Marokko abgehenden Truppen einzustellen zu lassen. Die Mehrzahl dieser Leute sind Revolutionäre. Sie alle befinden sich in einer großen Aufregung. Agitatoren versuchen sie zu überreden, Waffen zu bilden, die Grenze zu überschreiten und gewaltam nach Barcelona vorzubringen, wenn die Annelite, die von ihnen verlangt wurde, nicht bewilligt werden sollte. Andererseits beraten die Sozialisten und Republikaner, die in der Provinz Barcelona wohnen, um einen neuen Generalstreik zu proklamieren, der demnächst verhängt werden soll.

England.

Epidemische Verschwendung.

London, 15. Juli. Auf einem Bankett der Bankiers und Kaufleute von London sagte Lloyd George, alle Nationen schienen von einer epidemischen Verschwendung angesteckt zu sein. England habe die Führung hierin übernommen, aber habe auch das größte Reich zu verteidigen. Alle Nationen trügen die Verantwortung. Man müsse auf den Tag hoffen, an welchem ein besseres Versehen unter den Völkern Platz gegriffen haben werde.

Rußland.

Selbstcharakteristik.

Des Organ des Russischen Volksverbandes, „Russ. Slowo“, veröffentlicht folgende interessante Charakteristik ihres ehemaligen Präsidenten Grafen Konowitsch. Der Graf K. begann seine Karriere in der Flotte, wo er aber bald auf einen Spruch des Ehrengerichts der Offiziere hin den Dienst quittieren mußte. Hierauf wurde er Kreisdeputierter in Pskow. Hier ließ er sich aber einen Diebstahl zuschulden kommen und wurde im Laufe von 24 Stunden von den obersten Administrationsbehörden ausgewiesen. — Am Odeßer Horizont tauchte der Graf vor nicht langer Zeit auf in der Rolle eines Aufsehers der Matrosenwäscherei. Hierauf, nach den Oktobertagen (während der Revolution), nahm er durch einen Zufall und dank seinem hohen Titel die Ehrenstelle eines Präsidenten des in Odeßa eröffneten „Russischen Volksverbandes“ ein. Von diesem Augenblick an beginnt die politische Karriere des Grafen. Die politische Tätigkeit des Grafen Konowitsch kann man mit wenigen Worten charakterisieren. Eine ungläubliche Frechheit, verblüffende Dummheit, Mißbrauch der religiösen und patriotischen Gefühle des russischen Volkes, Ausbeutung der russischen Arbeiter durch verschiedene aufgebauete Unternehmungen, Verschleuderung von Volksgeldern, eine Saat der Zwietracht im Kreise des Verbandes, völlige Unduldsamkeit einer fremden Meinung gegenüber und das gräßliche: „Ich spucke auf alle und auf alles“.

Der Graf hat ein schweres Verbrechen verübt: er hat dem Triumph der russischen nationalen Idee in Odeßa eine empfindliche Wunde zugefügt; er hat wie eine betrunkenen Raketenkugel auf die Ideale des russischen Volkes gespielen. . . . Jeht muß er fortgehen. . . . Seine käufliche schmutzige Seele wird niemals Vergebung finden, da das betrogene russische Volk ihn verflucht hat. . . . Graf K. wird fortgehen mit einem neuen Namen: „Judas der Verräter“.

Es ist das ein würdevolles Zitat aus dem Volksverbändlerblatt mit Weibehaltung aller „wahrhaft russischen“ Ausdrücke des

Originals, Ein Stück Autobiographie des Russischen Volksverbandes selbst.

Persien.

Ein politischer Mord.

Wie aus Teheran telegraphiert wird, wurde von vier Unbekannten der höchste Priester Seid Abdulkah durch zwei Revolvergeschüsse in seiner Wohnung ermordet. Seid Abdulkah war Führer der reaktionären geistlichen Partei des Parlaments und eine Kreatur der Russen. —

Aus der Justizkommission.

(Sitzung vom 16. Juli 1910.)

Die Diskussion über die Bestimmungen über die Privat- und Nebenklage wurde fortgesetzt. Beim § 387 wurde auf Antrag der Konservativen ein § 387a angenommen, nach dem vor dem Haupttermin der Amtsdichter bei einer Privatklage noch einen Sühnetermin anberaumen kann.

Nach dem § 392 soll das Verfahren nach dem Tode des Privatklägers eingestellt werden. Ein Antrag Gröber forderte, daß die Ansprüche auf eine Buße des Privatklägers auf dessen Erben übergehen sollen. Der Regierungskommissar wendete sich aus Gründen formaler Schwierigkeiten dagegen. Doch wurde der Antrag angenommen.

Der § 394 besagt, daß die Staatsanwaltschaft nach der Eröffnung des Hauptverfahrens bis zum Eintritt der Rechtskraft des Urteils die Verfolgung der Sache übernehmen kann. Das eventuell bereits erlassene Urteil wird aufgehoben. Der Privatkläger wird dann Nebenkläger. Ein Antrag Engelen verlangte, daß die Ueberweisung einer Privatklage an die Staatsanwaltschaft zur öffentlichen Verfolgung nur auf Beschluß des Gerichts in erster oder zweiter Instanz in der Hauptverhandlung stattfinden kann. Der Antragsteller berief sich auf die Erfahrungen im Rolke-Garden-Prozess, da die damaligen Vorgänge lebhaft Bedenken gegen die Unparteilichkeit der Staatsanwaltschaft bei der Uebernahme der öffentlichen Klage erwecken müssen. Der § 394 wird in der Hauptsache in der Regierungsfassung angenommen.

Eine Privatklage kann nach dem § 386 bis zum Erlass des Urteils in der Berufungsinstanz zurückgenommen werden. Unsere Genossen beantragten, die Jurisdiktion bis zur Verhängung des Urteils in der Revisionsinstanz zulässig sein zu lassen; auch sollte eine einmal zurückgenommene Privatklage nicht wieder aufgenommen werden können, auch im Wege der öffentlichen Klage nicht. Der Antrag wurde abgelehnt.

Nach dem § 397 gilt die Privatklage für zurückgezogen, wenn der Privatkläger zur Hauptverhandlung weder erschienen noch vertreten ist. Dazu beantragten unsere Genossen, daß in diesem Falle die Klage nur auf Antrag des Klägers als zurückgenommen gilt. Dieser Antrag wurde ebenfalls abgelehnt.

Beim § 400 beantragten unsere Genossen, daß die Nebenklage erhoben werden kann, wenn der Vorgang, auf den sich dieselbe bezieht, innerhalb des letzten Jahres seit der Erhebung der Privatklage liegt. Der Antrag wurde abgelehnt. Auch sollte auf Antrag der Sozialdemokraten die Nebenklage auch in der zweiten Instanz erhoben werden können. Dagegen wendeten sich ebenfalls die Regierungsveteren. — Ein Antrag der Konservativen und des Abg. Gröber wollte bestimmen, daß die Nebenklage sich auch gegen eine Frau richten kann, für welche der Ehegatte die Privatklage erhoben hat. Alle diese Anträge wurden abgelehnt.

Durch die Schaffung eines § 400a begnadeten unsere Genossen, auch einem durch öffentliche Klage verfolgten das Recht der Nebenklage zu geben. Diese Forderung wurde schon früher im Reichstag erhoben, aber abgelehnt. Der Regierungsveteren meinte, dem Antrage könne nicht stattgegeben werden, weil derselbe der ganzen Struktur des Prozessverfahrens widerspreche. Der Antrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen, des Fortschrittlers und der Polen abgelehnt.

Ohne Änderungen wurden die Paragraphen bis 409 angenommen. Damit ist der zweite Abschnitt erledigt. Die Kommission vertagte sich darauf bis zum 20. September.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Der Staat, die Industrie und der Sozialismus.

Unter diesem Titel erscheint soeben im Verlage von Raben u. Co. die erste Broschüre einer Sammlung aus der Feder des Genossen Parvus. Diese erste Broschüre trägt den Subtitel: Das soziale Problem unserer Zeit. In 5-6 Wochen soll die zweite Broschüre folgen mit dem Titel: Die Banken, der Staat und die Industrie; nach Ablauf derselben Frist die dritte Broschüre mit dem Titel: Die Verstaatlichung der Banken und der Sozialismus. Der Preis der ersten Broschüre beträgt 40 Pf.

Zugleich erscheinen bereits jetzt die drei Broschüren in einer besseren Ausgabe zusammengefaßt als Buch im Preise zu 3 M.

Der leitende Gedanke dieser Sammlung ist, nach dem Leitwort des Verfassers, den wirtschaftlichen Ideengehalt unserer Agitation den Forderungen der Realität anzupassen. Das ist die Richtlinie; das Programm selbst ist so umfassend, daß es gewiß nicht in der Kraft des einzelnen liegt, es zu erfüllen. Es sind neue wirtschaftliche Momente entstanden, die erfüllt werden müssen; ein neues Tatsachenmaterial hat sich angehäuft, das die alten Gedankengänge des Sozialismus unterläßt und neu belebt — wer auf dieses Forschungsgebiet sich begibt, kann aus dem Vollen schöpfen.

Jede Broschüre behandelt ein eigenes Thema; sie sind aber miteinander innig verbunden durch die Zusammenhänge der kapitalistischen Produktion und darum durch den fortlaufenden durch alle Verhältnisse durchzuführenden Beweis der Unvermeidlichkeit, Zweckmäßigkeit, Durchführbarkeit und des nahen Heranrückens der sozialen Revolution.

Arbeit bringt immer Erfolg!

Der Jahresbericht des Sozialdemokratischen Vereins Breslau ist wieder in der erfreulichen Lage, über schöne Erfolge als Resultat eifriger Parteiarbeit zu berichten. Und alle und alles haben dazu beigetragen: Kollegen und Genossen, Gegner und Feinde, Finanzreform und Willkür, Wahlrechtskampf und Schnapsbrot. Der vorjährige Bericht verzeichnete 6428 Mitglieder, der diesmalige 1747 mehr, nämlich 8173. Ende 1908 waren darunter nur 393 weibliche, diesmal 1023, die durch Extraaugmentationen erobert wurden. Noch vor 10 Jahren zählte der Verein kaum 800 Mitglieder, 1906 bereits 4273, 1908 (Schlacht am Striegauer Platz, abgehaltene Hand, Verhaftung dreier Redakteure usw.) 7437. Von diesen traten über 1500 dem selbstständig gewordenen Landkreise bei, so daß der Verein somit 6700 Mitglieder zählen würde! Und wäre nicht die Bauarbeiterausperrung gewesen: der Verein zählte außerdem noch 400 Mitglieder mehr. Velder haben viele Bauarbeiter dem Verein den Rücken gelehrt — hoffentlich nicht für dauernd! In ähnlicher Weise gestalteten sich die Erfolge bei der Arbeit für das Parteiblatt am Orte, die „Volkswacht“. Noch im Jahre 1905 mußte es sich mit 15 000 Abonnenten begnügen, heute hat es deren 38 000, das sind in 5 Jahren eine Zunahme von 21 000! Die meisten davon wurden in politisch erregten Zeiten, während geschäftiger Verfolgungen usw. gewonnen. Auch das Bildungsbedürfnis der Mitglieder des Vereins ist in schönem Steigen begriffen. Die Zahl der Bücherausgaben der circa 2000 Bände umfassenden Bibliothek ist in den 6 letzten Monaten allein um 30 Proz. gestiegen. — Der Kassendbericht verzeichnet bei einer Einnahme von 30 621,07 M. eine Ausgabe von 28 500 M. Die ja in Breslau besonders eifrig betriebene Verfolgung der Sozialdemokraten brachte unserer Partei neben den oben geschilderten Erfolgen auch über 2000 M. Gerichtskosten und über 12 Monate Gefängnis ein. Aber noch nie war trotz alledem die Kampfeslust der Mitglieder größer als gerade jetzt!

Gewerkchaftliches.

Selbtschwarze Streikbrecherkompagnien.

Die gelben Streikbrecherhirsch des Brauereigenossenbundes erhalten Sukturs vom „christlichen“ Hilfs- und Transportarbeiterverbande. Diese christliche Organisation, die durch ihre fortgesetzten Verrätereien und durch ihre Unfähigkeit in gewerkchaftlichen Fragen ihre Mitgliederzahl in zwei Jahren von 15 470 auf 13 750 herunterorganisiert hat, die an chronischem Geldmangel leidet, muß es wohl sehr schmerzhaft empfinden, daß es mit der „christlichen“ Bewegung auch in der Schweiz ebenso faul ist. Sie benutzt deshalb den Kampf der Brauereiarbeiter in der Schweiz, um die striktsche Bewegung in der Schweiz durch Zufuhr von Streikbrechern zu fördern. Die „Gewerkchaftsstimme“, das Organ des christlichen Verbandes, fordert in Nr. 28 vom 14. Juli die Mitglieder auf, „nach der Schweiz zu gehen und dort in Arbeit zu treten“. Die „Gewerkchaftsstimme“ führt dann auf, welche Streikbrecherforten in der Schweiz gebraucht werden, wie hoch der Lohn ist, den sich die Brauereiarbeiter in der Schweiz bisher erkämpft haben und der nun den Streikbrechern winkt und fügt dann bei:

„Wir bemerken noch, daß die Reisekosten den Kollegen vergütet werden. Die Garantie dafür übernimmt der christlich-sozialistische Gewerkchaftsbund. Die Kollegen aus Deutschland und Oesterreich wollen sich bei Eintreffen in der Schweiz in St. Gallen wenden an den Kollegen Sekretär Briemeier, Wassergasse Nr. 11, l. Die zureisenden Kollegen aus Süddeutschland wenden sich nach Basel an Sekretär J. G. R. v. S. Sulzgerstr. 10, l. Von dort aus erfolgt die Zuweisung an die Arbeitsorte.“

Also ein richtig organisierter Streikbrecherbetrieb gemeinsam mit den gelben Hirschen des Brauerbundes, der seine Streikbrecher auch an die oben genannten christlichen Arbeitersekretäre dirigiert. Und damit man eine Begründung für die Streikbrecherlieferung hat, arbeitet die „Gewerkchaftsstimme“ nach dem Rezept der Hirsche und erzählt allerlei Märchen vom Terrorismus der Genossen. Sie weiß aber sehr gut, daß die Schweizer Brauereiarbeiter durch ihre Forderung der Regelung des Arbeitsnachweises nur ihre alten Mitglieder und Familienväter vor der Maßregelung, dem Ausbungen durch die Unternehmer, schützen wollen; sie weiß auch, daß in der Schweiz von einer christlichen Organisation der Brauereiarbeiter keine Spur zu finden ist, aber durch diese Streikbrecherlieferung hofft sie eine solche zu schaffen. Das ist der einzige Zweck, weshalb der christliche Transportarbeiterverband mit dem gelben Brauerbund gemeinsame Sache macht, beide von dem gleichen Wunische befeelt.

Der von dem Zentralblatt der christlichen Gewerkchaften als „verlumpftes Organisationsgebilde“ und als Streikbrecheragentur bezeichnete gelbe Brauerbund mit dem christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband zum gemeinsamen Tun vereinigt; Hirsch-Dunderfische und christliche Streikbrecher Arm in Arm — ein Schauspiel für Götter!

Die würdigen Komplizen werden sich wohl verrechnen.

Berlin und Umgegend.

Dankende Ablehnung einer „Wohlfahrtsbeirichtung“.

Die Firma Pintsch A.-G. hat die in ihrem Betriebe beschäftigten Arbeiter kürzlich durch die Mitteilung überrascht, daß sie ihnen Dienstalterszulagen gewähren und einen „Arbeiterrat“ einrichten will. — Eine Würdigung dieser Versicherung aus Unternehmerrücksichtungen fand am Freitag in einer zahlreich besuchten Betriebsversammlung der Arbeiter der Firma Pintsch statt. Der Referent erinnerte daran, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Firma Pintsch schon vor einigen Jahren wiederholt einer berechtigten Kritik in der Öffentlichkeit unterzogen wurden. Seitdem habe sich an diesen Verhältnissen nichts gebessert. Besonders müsse betont werden, daß immer noch die 9 1/2 stündige Arbeitszeit besteht, während schon im Jahre 1906 die Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit gefordert wurde, die in dem Industriezweige, welchem die Firma angehört, allgemein üblich, ja in manchen Betrieben noch kürzer ist. Zwar habe die Firma Pintsch 1906 eine Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht gestellt, aber bis jetzt, wie gesagt, nicht gewährt. Statt dessen komme sie jetzt mit der Verbeihung von Dienstalterszulagen, die nach einer ununterbrochenen Tätigkeit von 4-9 Jahren 30 Mk. betragen und nach 25 Jahren mit 150 Mk. ihren Höhepunkt erreichen soll. Das macht also eine nachträgliche Zulage von 2 Pf. für jeden Arbeitstag, der in 25 Jahren geleistet worden ist. — Auch eine Krankheitskasse will die Firma einrichten, wozu die Arbeiter Beiträge zu leisten und die Firma Zuschüsse geben will. — Der Referent führte verschiedene Beispiele dafür an, daß derartige „Wohlfahrtsbeirichtungen“ in anderen Betrieben nicht zum Wohle der Arbeiter, sondern nur zum Wohle der Unternehmer betrieben werden. Die Arbeiter der Firma Pintsch wollen gern auf solche „Wohlfahrtsbeirichtungen“ verzichten, sie fordern aber, daß ihnen ausreichende Löhne, sowie eine Arbeitszeit wie sie andere Betriebe haben, gewährt werden. — Der von der Firma betriebene „Arbeiterrat“ soll aus Proporzionalwahlen hervorgehen. Obgleich diese Einrichtung nicht den Forderungen der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes entspricht, würden sie sich doch an den Wahlen beteiligen, um nicht den Anhängern anderer Organisationen und den Unorganisierten das Feld zu überlassen. Ihre Aufgabe würde dann sein, den Arbeiterrat so zu reformieren, daß er als eine wirkliche Vertretung der Arbeiter angesehen werden könne.

Die Diskussionsredner teilten den Standpunkt des Referenten vollkommen. Auch die beschönigenden Ausführungen eines Herrn, der die Absichten der Firma in richtigem Licht malte, konnten daran nichts ändern. Es wurde dem Herrn entgegengehalten, daß man kein Vertrauen haben könne zu den angeblich guten Absichten einer Firma, welche die Arbeiter jahrelang mit Versprechungen auf Verkürzung der Arbeitszeit hingehalten, diese aber nicht erfüllt habe. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche die Direktion ersucht, von der beabsichtigten Gründung einer Hilfskasse Abstand zu nehmen, da Kassen genug bestehen, denen sich die Arbeiter anschließen können.

In einer zweiten gleichfalls angenommenen Resolution wird erklärt, daß die Versammlung mit Rücksicht auf die im Betriebe herrschenden Verhältnisse sich an den Wahlen zum Arbeiterrat beteiligen, es aber einer späteren Versammlung überlassen, Direktiven für die Verbesserung dieser Einrichtung zu geben.

Die streikenden Schmiede versammelten sich am Sonnabend morgen, um zu hören, welche Antwort die Innungsmeister auf das jüngste Schreiben der Streikleitung zu geben hätten. In diesem Schreiben wurden neben einer Darlegung der Sachlage einige Worte zum Ausgleich der bestehenden Differenzen in Vorschlag gebracht. Für die Berliner Innung antwortete der Obermeister W. A. R. in drei Zeilen:

„Der Vorstand lehnt es ab, eine Antwort zu geben und mit Ihnen die Streikleitung ist gemeint zu verhandeln.“

Von den Meistern in Charlottenburg und in Nixdorf war keine Antwort eingegangen. Für Nixdorf ist die Streikangelegenheit heimatlich erledigt dadurch, daß außer zwei Meistern alle den Vertrag mit dem Zentralverbande unterschrieben haben. Im ganzen sind etwa hundert Unterschriften eingelaufen und nicht eine Unterschrift ist zurückgezogen worden, wie es 1906 in den vier Tagen des damaligen Kampfes mehrfach vorkam.

Trotz aller polizeilichen Drangsalierung waren die Streikposten in den letzten Tagen eifriger denn je und es gelang ihnen, etwa 20 Arbeiter aus den verschiedenen Betrieben herauszulassen und zum Anschluß an den Streik zu bewegen. Zur Förderung des Kampfes hat die Verbandsleitung beschlossen, auch den unorganisierten

Arbeiter, die sich am Streik beteiligen, eine Unterstützung zu gewähren.

Achtung, Rasthühner, Spanner und Träger! Die Sperre über die Firma Otto Stüwe ist aufgehoben. Die Forderungen der Organisation sind seitens des Herrn Stüwe unterchristlich anerkannt. Der Sektionsvorstand.

Zum Streik der Hafnarbeiter in Spandau.

Zu dem bereits in der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ gemeldeten Abwehrstreik der Hafnarbeiter ist folgendes zu berichten: Die Firma R. Thoma, die Pächterin des städtischen Hafens, hat es von jeher verstanden, die Interessenlosigkeit ihrer Arbeiter auszunutzen. Erst im vorigen Jahre gelang es, die Arbeiter der Organisation zuzuführen. Die Arbeiter glaubten nach den Debatten im Spandauer Stadtparlament, daß die Stadt als Inhaberin des Hafens auf den Pächter einwirken würde, damit dort menschenwürdige Zustände geschaffen würden. Nichts von alledem ist eingetreten. Hinzu kam noch, daß Herr Thoma die Alfordlöhne um 12 1/2 Proz. reduzierte, so daß die Kohlenarbeiter trotz ihrer anstrengenden, gefährlichen und schmutzigen Arbeit im Alford nur einen minimalen Lohn bei 10-12 stündiger Arbeitszeit verdienen können. Dazu kommt noch, daß die Leute des öfteren tagelang ausgehen und bei Schiffahrtsschluß auf 2-3 Monate Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Die Arbeiter haben deshalb, als jedes Verhandeln ergebnislos verlaufen war, am Freitag die Arbeit einmütig niedergelegt. Sie sind nicht länger gewillt, in einem demütigen, lebensgefährlichen, kräftezerreibenden und jedem modernen hygienischen Anforderungen hohen sprechenden Betriebe Leben und Gesundheit aufs Spiel zu setzen.

So ist dort von Arbeiterschuhvorrichtungen überhaupt nichts vorhanden. Mit 1 Meter langen Bretstangen müssen die Arbeiter unter die Eisenbahnwaggons klettern und dieselben in Bewegung setzen. Erst im vorigen Jahre passierte es, daß einem Arbeiter beide Füße glatt abgefahren wurden. Den Bedauernswerten ließ man dann ohne jede Hilfe im Sand liegen, so daß derselbe infolge des großen Blutverlustes verstarb. Kein Verbandsgehalt, was in jedem kleinen Geschäft, ja Haushalt, zu finden, war hier, wo mit Unfällen jeden Tag zu rechnen, vorhanden. Wirklich herrliche Zustände auf einer städtischen Hafenanlage! Auch die Beschaffenheit des Arbeitsmaterials spottet jeder Beschreibung. Die Seile der Strangreißer werden solange benutzt, bis sie reißen und der Greifer mit voller Ladung (zirka 80-50 Zentner Kohlen) in den Kahn hinabstürzt. Dies ist bereits fünfmal vorgekommen. Wie leicht kann es deshalb passieren, daß eine ganze Arbeiterkolonne erschmetert wird, da aus Sparsamkeitsrücksichten die Seile nie von fachkundigen Leuten geprüft werden. Zum Ausladen von Blechplatten, die jede Last etwa 40-50 Zentner beträgt, sind betriebsfähige schlechte abgenutzte Greifzangen vorhanden, daß des öfteren die ganze Last in das Wasser oder den Kahn stürzt, so daß es als ein Wunder anzusehen ist, wenn dabei noch keinerlei größere Unglücke passiert sind.

Trinkwasser ist bis heute für die Arbeiter noch nicht vorhanden, ebenso fehlt jedwede Waschanlage für dieselben, so daß die Leute gezwungen sind, am Abend wasser Schmutz und Kohlenstaub in ihre Behausung zu gehen. Das Waschen in der Havel ist seitens der Spandauer Polizeibehörde verboten worden, da dies angeblich die „Ausflügel auf den Dampfern“ fördern würde.

Wir möchten deshalb an den Herrn Oberbürgermeister Koehe, als Chef der Spandauer Polizeibehörde, die ja jetzt mit zweibeinigen und vierbeinigen Polizisten und Polizeihunden dem Unternehmertum zur Hilfe eilen und die „nützlichen Elemente“ unter sicherer Bedeckung nach dem Hafen geleiten und abends wieder abholen, die Anfrage richten, ob es nach den Vorschriften der Arbeiterschuhgesetzgebung zulässig ist, daß derartige Zustände, die Leben und Gesundheit eines Teils der Spandauer Steuerzahler ständig gefährden, in einem Betriebe herrschen. Es wäre Pflicht der Polizeibehörde, hier nach dem Rechten zu sehen.

Deutsches Reich.

Zum Streit bei der Hagen-Schwelmer Eisenindustrie.

Die unter Vorsitz des Regierungspräsidenten v. Galle im Rathaus zu Hagen zwischen Vertretern des Arbeitgebervereins und der Arbeitnehmer der Hagen-Schwelmer Metallindustrie gepflogenen Verhandlungen zwecks einer Einigung haben mit einer kurzen Mittagspause fast 10 Stunden in Anspruch genommen. In den Abendstunden des Freitag hatte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge vor dem Rathaus eingefunden, die erwartungsvoll auf das Ergebnis der Verhandlungen wartete. Gegen 10 Uhr abends waren die Beratungen beendet. Das Resultat der Verhandlungen wurde jedoch einer gegenseitigen Vereinbarung zufolge streng geheim gehalten. Die gemachten Vorschläge sollen den beiderseitigen Versammlungen alsbald zur Kenntnis gebracht werden. Bestern hielten bereits die streitenden Parteien Versammlungen ab, um die Vorschläge zu beraten. Auch soll es sich danach entscheiden, ob am Dienstag früh die Arbeit wieder aufgenommen werden kann oder nicht.

Verurteilte Aussperrung.

Das Gewerkschaftsgericht in Dresden fällte gestern nach einer Herold-Meldung einen so günstigen Schiedsspruch für die noch immer ausgesperrten Dachbeder, daß die Aussperrung sofort aufgehoben wurde.

Ausland.

Verhandlungen in der englischen Baumwollindustrie.

Auf einer Zusammenkunft der Arbeitgeber und Arbeiter der Baumwollindustrie, welche heute abend in Manchester stattfand, hat man einstimmig den Beschluß gefaßt, dadurch eine Regelung der Lohnfrage anzumempfehlen, daß die Arbeitgeber die Forderung einer Ermäßigung um fünf Prozent unter der Bedingung zurückziehen sollen, daß innerhalb der nächsten fünf Jahre keine Forderung einer Erhöhung oder einer Verminderung erhoben werden soll. Diese Regelung hat in Lancashire große Befriedigung hervorgerufen.

Zum bevorstehenden amerikanischen Eisenbahnerstreik.

Die Situation der Arbeiter der Pennsylvaniaischen Eisenbahnen ist sehr kritisch. Die Forderungen der Angestellten haben nicht die Genehmigung der Direktoren erlangt und 10 000 Eisenbahnangestellten der Sektion Pittsburgh wollen dem Beispiel ihrer Kollegen im Osten folgen und haben für den Generalstreik gestimmt. — Aus Soranton (Pennsylvania) wird gemeldet, daß die Delaware und Potomac Railroad nach Verhandlungen mit den verschiedenen Kategorien ihrer Angestellten sich bereit erklärt hat, die Gehälter der Angestellten beträchtlich zu erhöhen. So erhalten die Maschinenführer allein 12 Proz. mehr als bisher. Mit Rücksicht auf den drohenden Streik hat die Präfektur von Philadelphia alle Polizeibeamten, die sich augenblicklich auf Urlaub befinden, telegraphisch zurückberufen.

Soziales.

„Sozialdemokratische Konsumvereine.“

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ polemisiert in ihrer Nr. 28 gegen die „Konservative Korrespondenz“, die über „sozialdemokratische Konsumvereine“ etwas dahergesaselt hatte. Die „Konservative Korrespondenz“ hatte unter anderem geschrieben: „Wanz offen hat die „Neue Zeit“, Nr. 6 vom 6. November 1906, es als „Vogelstrauchpolitik“ erklärt, die Zugehörigkeit der Konsumvereine des Zentralverbandes zur politischen Sozialdemokratie zu leugnen.“

Daraufhin antwortet die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“: „Bei solcher Sachkenntnis braucht es nicht wunderzunehmen, daß als Beweis für den „sozialdemokratischen“ Charakter des Zen-

tralverbandes deutscher Konsumvereine die „Neue Zeit“ aufmarschieren muß. Dieser Kronzeuge wird kaum überall anerkannt werden.“

Auf den ersten Blick macht die betreffende Notiz der „Konservativen Korrespondenz“ aus der „Neuen Zeit“ den Eindruck einer großen Fälschung. Und das ist sie auch. Wir brauchen nur die Stelle aus dem Artikel der „Neuen Zeit“ abjudizieren, um dies darzutun. Es wird dort erwähnt, daß der theoretische Satz, die Konsumgenossenschaften sollten „alle“ Konsumumenten umfassen, in der Praxis keine Geltung habe; denn tatsächlich wirken auch auf das Gebiet der Konsumgenossenschaftlichen Organisation die Machtgruppierungen der Parteien und Klassen zurück. Es ist Vogelstrauchpolitik, dies zu leugnen.“ Was die „Konservative Korrespondenz“ aus dem Satz macht, ist ihr eigenes Fälschwerk.

Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ hätte im Interesse der Konsumgenossenschaftsbewegung besser getan, der Sache etwas mehr auf den Grund zu gehen, als in dem hochtrabenden, hohen, phrasenhaften Sentiments von sich zu geben. Durch Zufall fanden wir auch, daß in der „Konsumgenossenschaftlichen Korrespondenz“ zwar der Artikel aus der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ abgedruckt worden ist, aber ohne das Fälscherstückchen der „Konservativen Korrespondenz“ und ohne die tiefinnige Entgegnung der Redaktion der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“. „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ und „Korrespondenz“ stehen aber unter einer Redaktion. So ist nur zweierlei denkbar. Entweder die Redaktion der „Rundschau“ sah ein, daß sie einen Bod geschossen hat oder aber sie glaubte, den Parteiblättern nicht den Abdruck der tiefgründigen Polemik mit der „Konservativen Korrespondenz“ in der ursprünglichen Form zumuten zu können! Der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ ist im Interesse der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung dringend zu raten, etwas größere Gründlichkeit und Kenntnisse sich an Stelle ihrer hohlen, überhebenden Vegeiferung der sozialdemokratischen Organe anzueignen.

Klage eines Stadtverordneten gegen einen Stadtverordnetenbeschluss.

Einen Vorgang aus dem kommunalpolitischen Leben betraf ein interessanter Rechtsstreit, der das preussische Oberverwaltungsgericht beschäftigte. Die Wahl eines Beigeordneten (Ratstratsmitgliedes) in Anklam war auf einen Herrn Koderot gefallen. Dieser erklärte demnach, er nehme die Wahl nicht an, weil abgelehnt worden sei, bei Normierung des Gehalts seine frühere Dienstzeit in einer anderen Kommune anzurechnen. Darauf beschloß der Wahlausschuss, daß der Stadtverordnetenversammlung die Wahl eines anderen vorgeschlagen werden solle. Die Angelegenheit wurde lebhaft unter den Stadtverordneten, denen an der Wahl W.'s gelegen war, besprochen. Ein Stadtverordneter Oldenburg beschwerte im Anschluß an eine solche Besprechung an W., er solle nur seine Bedingung fallen lassen und die Wahl annehmen, das weitere würde sich dann schon finden; man werde ihm später schon das Gewünschte zugestehen. Dies wurde bekannt und festgestellt, daß der Stadtverordnete Professor Weintler mindestens an dem Entschluß, zu beschließen, beteiligt war. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß dann in einer nächsten Sitzung, Herrn Professor Weintler, der früher Vorkieser war, ihre Mißbilligung auszusprechen. Der Beschluß, der ihm schriftlich zugestellt wurde, wurde damit begründet, daß in seinem Verhalten die vorgeitliche Veröffentlichung eines Kommissionsbeschlusses liege und daß er gegen die Interessen der Stadtverordnetenversammlung gehandelt habe. — Weintler sah diese Mißbilligung als eine Strafe an und klagte gegen die Stadtverordnetenversammlung im Verwaltungsstreitverfahren, indem er sich auf die §§ 10 und 11 des preussischen Zuständigkeitsgesetzes berief. Im § 11 ist das Verwaltungsstreitverfahren gegeben gegen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die von dieser gemäß § 10 gefaßt worden sind. Dazu gehören Beschlüsse über die Nachteile, welche gegen die Mitglieder der Stadtgemeinde wegen Nichterfüllung der ihnen nach dem Gemeindeverfassungsgesetz obliegenden Pflichten, sowie über die Strafen, welche gegen Mitglieder der Gemeindevertretung wegen Zuwiderhandlung gegen die Geschäftsordnung nach Maßgabe der Gemeindeverfassungsgesetze zu verhängen sind.

Der Bezirksausschuss wies die Klage als überhaupt unzulässig ab, weil der Beschluß der Stadtverordneten weder als ein dem Kläger auferlegter Nachteil erscheine, noch als eine Strafe erscheine. Die Geschäftsordnung kenne die Strafe der Mißbilligung nicht. Somit hätte W. überhaupt keinen Anspruch auf das Klagerrecht. Professor Weintler legte Berufung ein.

Das Oberverwaltungsgericht setzte am Dienstag den Mißbilligungsbeschuß der Stadtverordnetenversammlung außer Kraft. Es wurde ausgeführt: Das Oberverwaltungsgericht habe Zweifel gehabt, ob die Klage gegeben gewesen sei. Hier sei nun dem Kläger die Mißbilligung ausgesprochen worden, auch habe man ihm den Beschluß schriftlich zugestellt. Unter den hier obwaltenden Umständen habe das Gericht in der Mißbilligung eine Strafe gesehen. Im Gegenjah zum Bezirksausschuss nehme es deshalb die Zulässigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens an. Die Stadtverordnetenversammlung sei aber nicht berechtigt gewesen, den Beschluß zu fassen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ründigung des deutsch-japanischen Handelsvertrages.

Berlin, 16. Juli. (W. T. V.) Der hiesige japanische Botschafter hat dem Auswärtigen Amt im Auftrage seiner Regierung eine Note übermittelt, durch welche der deutsch-japanische Handels- und Schiffahrtsvertrag und der Konsularvertrag vom 4. April 1896 sowie die Nachtragskonvention nebst Tarif zu ersterem Vertrage vom 26. Dezember 1898 zum 17. Juli 1911 gekündigt werden.

Amnestie in Frankreich.

Paris, 16. Juli. (W. T. V.) Gelegentlich des Nationalfestes am 14. Juli hat auf Vorschlag des Justizministers der Präsident der Republik eine Anzahl Vergnadigungen oder Straferleichterungen von Beurteilten, die sich in Neu-Kaledonien oder Guyana befinden, verfügt. Die Zahl der von der Amnestie Betroffenen beträgt 178.

Beim Fischen mit Dynamit ertappt.

Marseille, 16. Juli. (W. T. V.) In der Nähe von Marseille fischten drei Individuen mittels Dynamit. Durch die fortwährenden Detonationen wurden in der Nähe befindliche Fischer darauf aufmerksam. Sie wollten dies Treiben verhindern, wobei sich die drei mit Revolvern zur Wehr setzten. Zwei der Individuen wurden von den Fischern getötet.

Die Polizei gegen streikende Arbeiter.

Sibao, 16. Juli. (W. T. V.) Hier ist ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, der an Ausdehnung zunimmt. Die Gendarmerie ging gegen einen Trupp Streikender vor, die versuchten, Verhaftungen zu verhindern und verteidigte sich mit Gewehrschüssen. Ein Streikender wurde verwundet. Truppen sind in das Auslandsgebiet abgegangen.

Die Cholera in Rußland.

Petersburg, 16. Juli. (W. T. V.) Seit gestern sind dreizehn Personen an der Cholera erkrankt; fünf sind gestorben. Die Städte Petersburg, Samara, Simferopol und Noworossisk sind für choleragefährlich, das Gouvernement Orel für choleraverdächtig erklärt worden.

Die badische Parteifrage.

Die Parteipresse hat bis jetzt nur zum Teil und meist in knapper Form zu der Budgetbewilligung der Mehrheit der badischen Landtagsfraktion Stellung genommen. Sie begnügt sich entweder damit, die offenbar erst kurz vor Redaktionsschluss eingegangene telegraphische Nachricht ohne jeden Kommentar wiederzugeben, oder aber — in Erwartung näherer Information über die Gründe der badischen Genossen — einzuweichen nur mit kurzen Randglossen zu versehen.

Die badische Parteipresse legt ausführlich die Gründe der Budgetabstimmung dar. Um unsere Leser so objektiv als möglich zu informieren, geben wir einen Artikel der „Karlsruher Volksstimme“, der gleichlautend noch von mehreren anderen badischen Parteiblättern gedruckt wird, im vollen Wortlaut wieder, trotzdem wir gestern bereits nach telegraphischer Meldung einen Auszug daraus gebracht hatten. Wenn das Karlsruher Parteiorgan davon spricht, daß die „Stimmungsfrage“ bereits wieder beginne, so wird es uns ehrliebterweise zugestehen müssen, daß wir alle Pflichten einer loyalen Auseinandersetzung zu erfüllen bestrebt sind. Ueberhaupt wäre es besser, wenn die badischen Verteidiger der Budgetbewilligung den Vorwurf der Stimmungsfrage nicht erheben würden. Denn gegen die Verletzung eines Parteitagbeschlusses sofort entschiedenen Protest zu erheben, ist doch wohl nur Pflicht der Parteipresse und Parteiorganisationen!

Der Artikel der „Karlsruher Volksstimme“ lautet:

„Gestern spielte sich noch ein politisches Ereignis ab, das in den nächsten Tagen der Gegenstand politischer Erörterungen in den Zeitungen aller Parteien auch außerhalb der gelb-roten Grenzpfähle bilden wird. Das Finanzgesetz wurde mit allen abgegebenen Stimmen bei drei Stimmhaltungen (Wed. Ronsch und Stodinger) angenommen. Es stimmte also auch die sozialdemokratische Fraktion mit Ausnahme der oben genannten drei Abgeordneten für das Budget. Genosse Dr. Frank begründete dieses Votum:

„Es läge nahe, durch die Ablehnung des Finanzgesetzes dagegen zu demonstrieren, daß wir noch immer nicht als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Mit Rücksicht auf die politische Situation aber, wie sie sich in der letzten Zeit gestaltet hat, verzichten wir auf diese Demonstration und stimmen für das Finanzgesetz.“

Das sind nur zwei kurze Sätze, aber sie besagen für den Kenner der badischen Politik genug, um die Gründe zu erforschen, welche die sozialdemokratische Fraktion veranlaßten, diesen schwerwiegenden und verantwortungsvollen Beschluß zu fassen. Die Frage: „Für oder gegen das Budget?“ war für die sozialdemokratische Fraktion gleichbedeutend mit der Frage: Für oder gegen das Interesse der sozialdemokratischen Partei und des badischen Volkes, soweit es gewillt ist, der liberal-konservativen Reaktion Halt zu gebieten. Noch am Tage vor der Abstimmung war die Fraktion entschlossen, gegen das Budget zu stimmen. Sie hatte Gründe, die eine solche Abstimmung gerechtfertigt hätten — wenn die politische Situation nicht im letzten Augenblicke eine entgegengesetzte Abstimmung zu einer zwingenden politischen Pflicht gemacht hätte.

Durch die erfolgreiche politische Mitarbeit und die kluge Taktik der sozialdemokratischen Fraktion, die auch von ihren erbittertesten Feinden unumwunden anerkannt werden muß, ist die liberal-konservative Reaktion in Baden arg ins Gebränge gekommen. Die Jahrzehnte hindurch erprobte und immer erfolgreiche gerissene Taktik des Zentrums, seine politischen Gegner zu zersplittern, immer mit zwei Eifen im Feuer operierend, ist in Baden gegenüber der von der Sozialdemokratie befolgten Taktik zusehends geworden. Zum ersten Male mußten es die Zentrumsdiplomaten erleben, daß ihre Diplomatenkünste nicht mehr nützen, sobald es gelang, der Reaktion eine aktionsfähige Mehrheit entgegenzusetzen. Das ist in Baden mit dem Großblock erstmals gelungen und zwar mit einem Erfolg, der weit über die Grenzen Badens hinaus von großer Bedeutung ist.

Was dem Zentrum in der zweiten Kammer nicht gelungen war, das wollten die konservativ-liberalen Junker in der ersten Kammer bevorzugen, die Aktionsfähigkeit des Großblocks dadurch unmöglich zu machen, daß sie den Minister, der Unwirschhaft hat, zukünftiger Staatsminister zu werden und der

dringend verdächtig ist, sich mit dem Großblock abfinden zu wollen, zu stützen.

Herr v. Bodman ist, wie Genosse Dr. Frank einmal sagte, eine komplizierte Natur; von den badischen Ministern ist er zweifellos der weitaus tüchtigste und begabteste. Zwar schleppt er das Bleigewicht veralteter Traditionen am Bein, aber schon mehr wie einmal hat er ein überraschendes Verständnis für die moderne gesellschaftliche Entwicklung und die in ihr wirkenden Kräfte bewiesen. So passiert es ihm, einmal nach links, dann wieder nach rechts anzusteuern. Dazu kommt die zweifelhafte schwierige Stellung, die er in der gegebenen politischen Situation der Krone gegenüber hat. Das alles muß man kennen, wissen und berücksichtigen, wenn man die oft widerspruchsvolle Haltung dieses Ministers verstehen und begreifen will.

Seit Monaten ist es öffentliches Geheimnis, daß die liberal-konservative Reaktion Herrn v. Bodman das selbe Schicksal zu bereiten bestrebt ist, dem seinerzeit Minister Schenkel zum Opfer gefallen ist. Die Zentrumspresse behnte hinter ihm her, wie die Jagdhunde hinter einem angezogenen Wild. In der ersten Kammer sollte der letzte tödliche Schuß abgefeuert werden. Die andern Minister hatten alle ihre Gesandtschaften unter Dach und Fach gebracht. Herr v. Bodman hat dem Landtag die wichtigste Vorlage mit dem Gesetzentwurf betreffend die Reform der Gemeinde- und Städteordnung vorgelegt. Gelingt es ihm nicht, ihn durchzubringen, dann ist seine Ministerlaufbahn ziemlich sicher abgeschlossen.

Am Donnerstag nachmittags sollte die Entscheidung fallen. Der brutale Klassenegoismus einiger „liberaler“ Kommerzienräte kam den liberal-konservativen Junkern zustatten und so holte denn der ultramontane Junker von Stodinger zu dem vernichtenden Schloß aus, indem er darauf abhob, daß die Sozialdemokratie, die er als eine schwere politische Krankheit charakterisierte, in Baden ungleich stärker gewachsen sei als im Reich. Das sei die Folge einmal der klugen Taktik des Revisionismus, der eine schleichende und daher noch gefährlichere Krankheit sei, wie der Radikalismus in der Sozialdemokratie. Dann aber schob er die Schuld für dieses starke Wachsen der Sozialdemokratie auf die Konzeptionspolitik gegenüber derselben, wie sie insbesondere von dem Minister v. Bodman betrieben werde. Diesen charakterisierte er quasi als Führer des Großblocks und als Schrittmacher der Revolution, die unfehlbar komme, wenn mit der Konzeptionspolitik nicht baldigt Schluß gemacht werde. Eine solche Konzeptionspolitik sei auch die demokratische Ausgestaltung der Gemeinde- und Städteordnung, die den Einfluß der Sozialdemokratie steigere. Geschlossen stimmten die Junker deshalb gegen die Vorschläge der Kommission, um so das Gesetz und damit Herrn von Bodman zu Fall zu bringen.

Dieser antwortete nicht mit den sonst üblichen Phrasen und Entrüstung, sondern er legte ein politisches Glaubensbekenntnis ab, wie es bislang noch kein deutscher Minister abzugeben wagte. Er erklärte, daß er zwar manche der sozialdemokratischen Bestrebungen beläugle, so die gegen die Monarchie und gegen die Gesellschaftsordnung gerichtete; andere Bestrebungen der Sozialdemokratie dagegen seien berechtigt und die Staatsklugheit erfordere, diesen Bestrebungen entgegenzukommen. Wörtlich führte er dann aus: Die Sozialdemokratie ist eine großartige Bewegung zugunsten des vierten Standes, der gegenüber man prüfen, wagen und wagen müsse.

Man denke sich nur die Möglichkeit, ein preussischer Minister würde im preussischen Abgeordnetenhaus unter ähnlich gelagerten Verhältnissen eine solche Erklärung über seine Stellung gegenüber der Sozialdemokratie abgeben und man wird sich über die politische Bedeutung und Tragweite der v. Bodmanschen Äußerungen ohne weiteres klar. Ein solcher Minister ist in Preußen nicht nur, sondern auch in verschiedenen anderen deutschen Staaten heute noch undenkbar.

Die Ablehnung des Budgets an dem auf diese denkwürdige Auseinandersetzung zwischen dem politischen Minister Badens und den Vertretern der Reaktion auf der Adelsbank der ersten Kammer folgenden Tage seitens der Sozialdemokratie hätte nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als daß die sozialdemokratische Fraktion dieses politische Glaubensbekenntnis des Ministers von Bodman, das für die künftige Gestaltung der politischen Verhältnisse Badens von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist, schließlich ignorierte und damit diesen Minister der Nachsucht der liberal-konservativen Junker geopfert hätte. Wer auch nur ein klein wenig Verständnis für diese politische Situation hat, der gegenüber sich die sozialdemokratische Fraktion in diesem Augenblick befand, wird ihre Zustimmung zum Budget sicher verstehen

riefige Summen — und um ihr Familienschicksal zu verbessern, verläumdet sie keine Demütigung. Im Lande sah sie alles Geschehen als eine persönliche Familiengeschichte auf, auch ganz wie ihr Lieblingsromanschreiber.

Der Geist Lafontaines aber waltet nun über den heutigen Historikern Luise. Ist's nicht ganz wie ein Still Defestrierer aus untergeordneten Verhältnissen, wenn Baillet, der letzte Biograph der Königin bei der Schilderung des Tages von Tilsit sich wie folgt verhält: „Die Schönheit der Königin strahlte niemals heller als in den dunklen Tagen von Tilsit. Die glänzenden großen Augen in Schimmer leicht verblüht, die sonst schon zur Fülle neigende Gestalt, die jetzt durch zehrenden Kummer zu zartem Ebenmaß verfeinert, dergeistig schien, gehüllt in ein weiches silberdurchwirktes Kreppkleid, dessen Falten anmutig an den schlanken Gliedern herabfloßen, auf dem biegsamen Hals das stolz erhabene Haupt unter dem Perlendiadem — so stand Königin Luise da, in Schmerz und Trauer, in hingebendem Opfermut eine ruhrende Verkörperung von Frauenschönheit.“ Es fehlt nur noch eine nähere Angabe über die historisch-dramatischen Strümpfe dieses Tages, um die ganze Schlichtigkeit des Textes zu erkennen, den das alles nicht rührte!

Indessen dieser Baillet, der als Archivbeamter aus geheimen Quellen schöpfen darf, hat sich das eine Verdienst um die Geschichtsforschung erworben, wenn auch nur um die Personallisten: er hat die Luiselegenden, deren neuer Vergoldung durch die 300 Quartseiten seines Buches („Königin Luise. Ein Lebensbild. 1908“) gewidmet waren, endlich totgeschlagen. Es gibt dreierlei Arten von Geschichtsforschung. Die dümmste ist die Verschweigung von Tatsachen, die klügere die Gruppierung von Tatsachen, die wirksamste die umdeutende Kommentierung der lediglich genau mitgeteilten Tatsachen — im Vertrauen auf die unheimliche Macht gedruckter Werturteile. Baillet bevorzugt die letzte Art, wenn er auch die beiden anderen nicht durchaus verschmäht. Dennoch bleibt seine Enthüllung einer verborgenen Urkunde unbegründet. Denn er vermag sie selbst durch keinen Kommentar in ihrer Wirkung wieder zu beseitigen. Er muß sich mit dem frommergebenden Stohleuser begnügen, er wünschte, das Dokument hätte nie existiert. Der Fall ist nicht anders zu erklären, als daß Baillet, der schon Jahre vor dem Erscheinen seines Buches sein Luise-material gründlich ausgedeutet hatte, doch für dieses selbst ein sensationelles Schaustück liefern wollte; die revolutionäre Literateneitelkeit sagte über den gutgesinnten Archivar:

Es war schon bekannt, daß Luise noch im Jahre von Tilsit, trotz ihrer Erfahrungen beabsichtigte, dem Kronprinz noch einmal ihre menschlich fühlende Brust zu bieten, als Wittstetterin zum Kaiser nach Paris zu fahren. Die Dame hielt es nicht mehr aus in dem östpreussischen Sibirien, und die Schreckensbotschaft, daß Napoleon für 50 Millionen Domänen in der Elbengegend konfiszierete, machte sie vollends geneigt, jedes Mittel zu versuchen, um Napoleon zu beeinflussen. Hatte Luise schon jämmerlich geliegt, daß der Teufel über die polnischen Domänen verfiel hatte (die Preußen doch erst frisch ihren

und zu würdigen wissen. Das war ein historischer Augenblick, der, wenn er verpaßt wurde, auf Jahre hinaus unsere politische Verhältnisse zugunsten der schwarz-blauen Reaktion beeinflusst hätte. Und das einer völlig nutzlosen Demonstration wegen, die nur die eine praktische Folge gehabt hätte, daß das Zentrum nicht durch eigene Klugheit, sondern durch die Unklugheit seines gefährlichsten Gegners wieder festen Boden gefaßt und seine politischen Chancen dadurch erheblich verbessert hätte. Die sozialdemokratische Fraktion hat also nur das getan, was die Klugheit, die Pflicht und das Interesse der Partei und der großen Mehrheit des badischen Volkes ihr geboten haben. Das Gegenteil wäre ein ungerühmlicher politischer und taktischer Frevel gewesen, der sich bitter, sehr bitter gerächt hätte.“

Eine Würdigung dieser Darlegungen findet der Leser in unserem heutigen Leitartikel.

„Hamburger Echo“:

„Wir wissen bisher nicht, ob Frank über die „besonderen politischen Verhältnisse“ noch weitere Bemerkungen gemacht hat. Aber die Einleitung der von ihm abgegebenen Erklärung hätte für die Fraktion, von der sich drei Genossen trennten, Veranlassung sein müssen, entschieden gegen das Gesamtbudget zu stimmen und der Regierung das Vertrauensvotum zu verweigern, die noch immer nicht die völlige politische Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Staatsbürger anerkennen will.“

Das allein schon hätte Grund genug sein müssen dafür, daß die badische Fraktion eine gegenteilige Stellung eingenommen hätte. Aber die Badenfraktion Parteiparlamentarier haben doch wohl auch die Pflicht, sich Parteitagbeschlüssen zu fügen. Der Parteitag in Nürnberg hat vor zwei Jahren nach langen, heftigen Auseinandersetzungen beschlossen, daß die damals zur Erörterung stehende Budgetbewilligung in Baden, Württemberg und Bayern nicht mit den in Lübeck und Dresden beschlossenen Resolutionen vereinbar sei, daß grundsätzlich die Verweigerung des Budgets aufrecht erhalten werden müsse. Danach durfte man, trotz der von den Süddeutschen verfolgten gegenteiligen Auffassung, wohl annehmen, daß sie sich dem Parteitagbeschlusse fügen würden.

Statt dessen haben jetzt die badischen Abgeordneten in einer Form das Gegenteil getan, die wie eine direkte Provokation der Gesamtpartei aussieht. Sie geben Gründe an, die sie veranlassen müßten, gegen das Budget zu stimmen, und stimmen dann für dasselbe. Das ist eine Art des Verfahrens, wie es bisher in der Partei noch nicht dagewesen ist, und sicher wird unter den Parteigenossen helle Entrüstung über diese absichtliche Richtachtung der Parteitagbeschlüsse entstehen. Und mit Recht. Die vor zwei Jahren in Nürnberg stattgehabten Debatten sind auf diejenigen, die sie zur einheitlichen Taktik zurückzuführen sollten, wirkungslos gewesen und auf dem diesjährigen Parteitag wird die Frage von neuem behandelt werden müssen. Sollten die Badenfraktion das provozieren? Auch dann haben sie einen verkehrten Weg eingeschlagen. Es kann sie niemand hindern, anderer Meinung zu sein, als die Mehrheit der Partei im ganzen Reich. Wenn sie sich durch deren Beschlüsse beeinträchtigt fühlen, so sollen sie versuchen, den Parteitag zu einer anderen Meinung zu bekehren. Aber sich einfach über die Parteitagbeschlüsse hinwegzusetzen und ihnen entgegenzuhandeln, das heißt, die Partei selbst in schwerster Weise brastieren und ihre Aktionen lähmen. Dagegen muß mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden.“

„Bremer Bürger-Zeitung“:

„Wir befürchten nur, daß die Arbeiterschaft diesen neuesten Streich der Badenfraktion etwas anders beurteilen wird, zumal es schwerlich plausibel gemacht werden kann, daß die politischen Verhältnisse in Baden so „besonders“ sind, eine Budgetbewilligung geraten erscheinen zu lassen. Gibt doch die französische Erklärung selbst zu, daß von einer „völligen politischen Gleichberechtigung der sozialdemokratischen Staatsbürger“ auch in Baden nicht die Rede sein kann. Aber trotzdem erteilen Sozialdemokraten der badischen Regierung ein Vertrauensvotum... Uebrigens bekanntlich nicht zum ersten und wohl auch nicht zum letzten Male — trotz aller Resolutionen der sozialdemokratischen Parteitage. Es ist einfach ein Skandal!“

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“:

„Wir sehen in der Zustimmung der badischen Genossen zu dem Budget einen groben Verstoß gegen die Parteizucht und die Beschlüsse sozialdemokratischer Parteitage. Die Beschlüsse der Parteitage in Lübeck (1901) und Nürnberg (1905) lassen keinen Zweifel darüber, daß die sozialdemokratischen Vertreter im Reichs-

Western abgenommen hatte), so betrachtete sie den Verlust eines Teils der preussischen Domänen als direkte Vererbung ihrer Familie. 27 Marschällen und Generälen hat er die Domänen des Königs in Polen vererbt und dem Sachsenkönig das ausgelegene, unguetliche, höchst unglückliche Land, was so betrogen sei, wie noch keines“, hatte sie im August an ihre Brüder geschrieben. Jetzt, im Herbst des Jahres, betrug sie das Papier mit diesen entsetzten Befehlsbefehlen: „Kaiser Napoleon nimmt die Domänen des Königs in Besitz und läßt sie für sich durch Verpfändungen, die er dazu bestimmt, administrieren... Wir haben alles verloren. Leben tun wir noch, und dieses Leben weniger unangenehm zu machen, kann jetzt unser einziger Trost sein. Ein Klima zu suchen, was milder ist und gesünder als die Sumpfer Preußens, bleibt uns also noch übrig. Wir müssen doch nun bald dieses Land räumen, welches einer Wüste täglich ähnlicher wird... Und wir trotz unserer Familie nehmen den Wanderstab in Händen, und suchen einen Winkel, wo es sich besser leben läßt als hier.“ Von Salz und Brot ist hier nicht mehr die Rede, auch nicht von Ehre und Recht, nur noch im weiteren Verlauf von der Welt, in der das Laster gedeiht — dem König „seine“ Domänen zu nehmen.

Stein verhinderte diese Reise nach Paris, nicht aber den Brief, den Baillet zum ersten Male veröffentlicht. Luise hat eigentlich zweimal an Napoleon geschrieben. Das erstmal richtet sie ihre Wünsche an ihre in Paris lebende Schwester Therese, die sie Napoleon übermitteln sollte. Ohne den Erfolg erst abzuwarten, schrieb sie ungefähr den gleichen Text dann an den Kaiser unmittelbar. Dieser Brief Luises an Napoleon vom 4. November 1807 lautet in der Waidischen Uebersetzung:

„Eure Prinzessin, der diesem Briefe unmittelbar folgen wird, ist mit Vorschlägen für Eure Majestät beauftragt, deren glücklicher Ausgang uns vor allem am Herzen liegt. Wünschenwert unter jedem Gesichtspunkt ist die Herstellung eines guten und dauernden Einvernehmens zwischen Frankreich und Preußen. Ich habe meiner Schwester, der Prinzessin von Thurn und Taxis, geschrieben, daß ich aber nicht weiß, ob sie Gelegenheit gehabt hat, Eure Majestät von dem Inhalt meines Briefes zu unterhalten oder ihn zu Ihrer Kenntnis zu bringen, so wage ich hier nochmals zu wiederholen, was den glühendsten Wunsch meines Herzens ausmacht.“

Die Räumung des Landes, welches durch die Anwesenheit der Armeen entsetzlich leidet; seine Hilfsquellen werden unweidbringlich vernichtet, wenn das so fortgeht; es wird sich nie erholen können und keine Hoffnung mehr bieten, weder uns noch unseren Freunden. Da Gott Majestät der untrübe sein können, so berauben Sie sich selbst einer Hilfsquelle, auf die Sie sicher rechnen dürfen. Die nahe Rückkehr nach Berlin ist noch eine natürliche Folge von dem, was ich Eurer Majestät dargelegt habe. Sie ist besonders wünschenswert für mich, die mehr als irgend eine andere körperlich und geistig leidet. Als zärtliche

Luise an Napoleon.

Zum 10. Juli.

Die zum heroischen Drama aufgeputzte Affäre von Tilsit, die Begegnung von der Königin Luise und Napoleon, ist in allen Einzelheiten jetzt hinlänglich bekannt. Wir wissen, wie sich die Königin zu dem Kaiser drängte, der sie nicht eingeladen hatte; wie sie versuchte einen von Hardenberg aufgegebenen Zug — in der Rolle der gänzlich unpolitischen Mutter und Gattin — herzusetzen, während sich Napoleon galant nach der Herkunft ihres entzündenden Kleides erkundigte; wie die Frau, die doch ihre so lange unumschmeißliche und daher überschätzte Liebeshörigkeit von dem eben noch als dem aus dem Not emporgelommenen Teufel beschimpften Kaiser günstiger Bedingungen zu erweichen hoffte, dann von dem gewaltigen Manne selbst erheblich bezugert wurde und in strahlender Biederkeit einer geglätteten Mißton die Szene verließ.

Selbst als sie ihre Zustimmung eingelesen hatte, daß sich Napoleon in seiner Politik nicht durch eine anmutige Frau beeinflussen ließ, klammerte sie sich mit erneuten Witten, bei gemeinsamen Dienern, an den Kaiser, so daß dieser schließlich unwillig sagte: „Wie können Sie mir noch zu guterletzt etwas abpressen wollen.“ Als sie endlich die Ausdruckslosigkeit ihrer Bemühungen erkennen mußte, schmähete sie den Unerbittlichen wieder, während Napoleon sich sehr nobel über sie äußerte: „Sie ist nie meine Freundin gewesen, ich weiß es wohl, aber ich verzeihe es ihr leicht. Als Frau hatte sie es nicht nötig, die politischen Interessen genau abzuwägen. Sie ist für ihre Impetuosität bestraft, aber schließlich, sie hat Charakter im Unglück bewiesen. Sie hat mir über ihre Stellung mit vielem Interesse gesprochen, ohne irgend einen Schritt zu tun, der ihre Würde beeinträchtigen könnte.“

In den Briefen Luises aus der Remeler Zeit ist viel von Tugend und Enttugung die Rede. So schreibt sie z. B. an ihren Vater: „Auf dem Wege des Rechts leben, sterben, ja, wenn es sein muß, Brot und Salz essen, nie, nie werde ich unglücklich sein... Nur Unrecht, nur Unzuverlässigkeit des Guten unsererseits bringt mich zu Grabe.“ Es wäre eine nicht unzulässige literarhistorische Aufgabe, zu untersuchen, wie Luise in ihren schriftlichen Wehrungen durch den Stil des deutschen Lafontaine, der ihr Lieblingsautor war, wie er von der edlen Philisterweisheit verhallungen ward, beeinflusst wurde. Tied hat diesen Kaiser Luises als den „großen Bach“ geschildert, der so klar fließt, daß man jeden Kiesel auf dem Grunde zählen kann, und „seinem Wesen nach Unschuld und Liebe“, in jedem Tropfen voll Sägigkeit ist. Der behandelte in hunderten von Händen, die mit lehrhaften Briefen angefüllt waren, den Sieg der Tugend durch ihre Standhaftigkeit nach langem unbedienten Blick. In diesem Geist schrieb auch Luise ihre Briefe. Der Stil ihres Lebens war anders; sie dachte nicht daran, sich mit Salz und Brot zu begnügen — in den Hungertagen des Volkes verslang der Postsaat

Kog sowohl wie in den Eingeländlungen gegen das Budget zu stimmen haben. Nur eine Ausnahme läßt die Nürnberger Resolution zu: Die Zustimmung zum Budget ist dann gestattet, wenn die Ablehnung durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde. Daß eine solche Gefahr vorliegt, geht aus der Erklärung, die der Abg. Dr. Frank für die sozialdemokratische Landtagsfraktion abgegeben hat, nicht hervor.

Nach der Annahme der Budgetresolution auf dem Nürnberger Parteitag gaben 67 Delegierte aus Bayern, Württemberg, Baden und Hessen eine Erklärung ab, in der sie sagten, daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten werden müsse. Wurde diese Erklärung damals von vielen Delegierten als das Produkt einer momentanen Verärgerung der süddeutschen Delegierten angesehen, so dürfte die Zustimmung im badischen Landtag gezeigt haben, daß das eine Täuschung war. Wir müssen es auf das schärfste verurteilen, daß sich die badischen Genossen außerhalb der Beschlüsse der Gesamtpartei stellen. Die Wiederholung und Nachahmung eines solchen Vorgehens muß schwere Gefahren für die Einheit und Schlagfertigkeit der Gesamtpartei mit sich bringen, die Einheit und Schlagfertigkeit der Partei, die jetzt notwendiger ist denn je. Den Gegnern kann nichts lieber sein, als daß jetzt, kurz vor der nächsten Reichstagswahl, ein neuer Kantapfel in unsere Partei hineingebracht wird. Ist das Verantwortungsgefühl der badischen Parteigenossen gegenüber der Gesamtpartei so schwach entwickelt?

„Lübecker Volksbote“:

„Der Nürnberger Parteitag hat sich im Prinzip gegen die Bewilligung des Budgets einer gegnerischen Regierung ausgesprochen. Nur dann, wenn durch die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets erreicht wird, können unsere Genossen für das Budget eintreten. Dieser Fall liegt hier zweifellos nicht vor. Und deshalb haben unsere badischen Genossen durch ihr Verhalten dem Parteiinteresse nicht gedient; sie verdienen den schärfsten Tadel. Parteitagbeschlüsse müssen unter allen Umständen von jedem Genossen, auch wenn er Abgeordneter ist, hochgehalten werden, das kann und muß die Partei verlangen. So viel für heute! Es ist gewiß nicht angenehm, daß gerade jetzt, wo die Situation für uns eine so äußerst günstige ist, dieser Kantapfel in unsere Reihen hineingebracht worden ist. Das darf aber die Parteipresse nicht abhalten, klipp und klar zum Ausdruck zu bringen, was ist.“

„Braunschweiger Volksfreund“:

„Sie können von der Großherzoginreue nun einmal nicht lassen, die Republikaner um Kolb und Frank.“

Magdeburger „Volksstimme“:

„Der Schritt unserer badischen Kammerfraktion ist durchaus geeignet, das unliebsamste Kuschen in allen parteigenössischen Kreisen zu erregen, und wir zweifeln nicht, daß er auf dem Magdeburger Parteitag einen lebhaften Nachhall finden wird. Bekanntlich gab die badische Fraktion gemeinsam mit der württembergischen und der bayrischen den Anlaß zu den stürmischen Auseinandersetzungen auf dem Nürnberger Parteitag, die noch lange Zeit in der Partei nachhallen. Nun schien jene Sachlage durch die politischen Vorgänge der letzten Jahre bereits in Vergessenheit zu geraten. Die Gegner hatten der Partei Arbeit über Arbeit zugehoben, und ein Erfolg hatte sich an den anderen gezeigt. Wir glauben bereits, daß die bevorstehenden Reichstagswahlen des nächsten Jahres ihre Schatten auf den diesjährigen Parteitag werfen würden, das heißt, daß die bevorstehenden Kämpfe die inneren Auseinandersetzungen in der Partei verhindern würden. Nun wird durch die Abstimmung der badischen Fraktion der Streit von Nürnberg wieder aktuell. Die Bayern und Württemberger haben bei der letzten Abstimmung über ihren Etat die Zustimmung verweigert. Sie waren so klug, nicht eine offene Bruchlinie der Mehrheit der Parteigenossen vorzunehmen, wie sie zweifellos jetzt in Karlsruhe vor sich gegangen ist.“

Man kann der Meinung sein, daß der Nürnberger Beschluß über die Budgetbewilligung eine unndige Verschärfung der Lübecker Resolution darstellt, und, wie es von allen Kämpfern auch in Nürnberg zum Ausdruck gebracht wurde, die Frage, ob Zustimmung oder nicht, absolut nicht als eine grundsätzliche, sondern nur als eine tatsächliche, von Fall zu Fall zu entscheidende betrachtet. Aber das parteigenössische Bewußtsein und die selbstgeschaffene, ebenso freiwillige wie notwendige Disziplin erfordern es, dem Beschluß des Parteitags nicht offenen Widerstand entgegenzusetzen. Das versichert auch die Sympathien, die den Budgetbewilligern noch 1908 entgegengebracht wurden.

Zwar handelt die Mehrheit der badischen Landtagsfraktion genau nach der Erklärung, die die 66 süddeutschen Delegierten

abgegeben haben und in der sie für sich und ihre Landesorganisationen in allen ihre Landesangelegenheiten betreffenden tatsächlichen Fragen die Selbstbestimmung in Anspruch nahmen. Inwieweit handelt sie also durchaus konsequent. Aber sie handelt mit ihrer Zustimmung zum Budget auch ebenso bewußt gegen den im Nürnberger Beschluß niedergelegten Willen der Parteimehrheit. Und gegen diese offene Provokation erheben wir auf das entschiedenste Einspruch...“

Nach den Mitteilungen des „Volksfreunds“ handelt es sich also um ein parlamentarisch-taktisches Manöver, das unsere Genossen den Treibereien der Zentrumsjesuiten entgegenzusetzen. So lassen sich zwar Widerstandsgründe anführen, aber an der Tatsache wird nichts geändert, daß um eines vorübergehenden parlamentarischen Erfolges willen die Genossen aus der badischen Kammer die Partei in die Gefahr erster innerer Konflikte treiben. Bei reiflicher Ueberlegung ihres Handelns werden sie hoffentlich selbst zum Bewußtsein kommen, daß ihr Beschluß vom Mittwoch besser war als der vom Donnerstag.“

„Freie Presse“, Elberfeld

„Mit diesem Votum hat die badische sozialdemokratische Landtagsfraktion sich in flagranten Widerspruch zu dem Nürnberger Parteitag gesetzt. Nach unserer Kenntnis der Dinge hielt man es noch vor wenigen Tagen auch bei der Mehrheit der Fraktion für ganz selbstverständlich, daß der Nürnberger Beschluß befolgt werden müsse. Nur Kolb blühte sich dagegen auf, er meinte, man müsse diesen Beschluß „unter die Füße nehmen“.“

Er hat gesagt: Aber was wird die Partei im allgemeinen dazu sagen? Es ist ganz ausgeschlossen, daß sie sich es gefallen lassen kann, daß so mit Parteitagbeschlüssen umgesprungen wird. Als die Sache vor zwei Jahren auf dem Nürnberger Parteitag eine so umfangreiche Debatte hervorrief, versuchten die badischen Genossen, sich hinter formelle Gründe zu verschließen und den Eindruck zu erwecken, daß ihre damalige Zustimmung nicht in Widerspruch stehe mit den Beschlüssen des Dresdener und des Lübecker Parteitags. Diesmal müssen sie auf diesen Entschuldigungsgrund verzichten. Sie werden jetzt offen bekennen müssen, daß sie der Partei eine andere Taktik geben wollen und daß sie diese Taktik auch üben wollen, ganz gleich, wie die Parteitagbeschlüsse lauten. Ihre Annahme, daß in Baden es keine Klassenherrschaft und keine Klassenregierung gebe, weshalb die bisher in der Partei geltende Taktik in Baden keine Gültigkeit haben könne, ist doch zu kurios, als daß sie viele Anhänger in der Partei finden könne.“

„Märkische Volksstimme“:

Wir müssen den Vorgang und das Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion für höchst befremdlich ansehen. Wenn Genosse Frank etwas „im Namen der Fraktion“ erklärt, dann muß auch die gesamte Fraktion für diese Erklärung durch ihr Votum eintreten. Das letztere ist nicht geschehen; drei Fraktionsmitglieder verließen den Saal und gaben somit zu verstehen, daß sie nicht von einer Budgetbewilligung wissen wollen. Wir müssen gefehen, ohne zu prüfen, wer richtig gehandelt hat, daß das Verhalten der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in einem wenig schmeichelhaften Lichte erscheint.“

„Brandenburger Zeitung“:

In Baden hat man sich wieder eine Extratour gesehnt, die geradezu ein Höhepunkt auf das sozialdemokratische Empfinden ist und eine Verachtung von Parteitagbeschlüssen bedeutet... Der Weisfall aus dem Herzen des Großblods wird unseren badischen Parteigenossen am allerwenigsten über das Verdammungsurteil der sozialdemokratischen Gesamtpartei hinweghelfen. Es ist zwar bedauerlich, daß gerade wieder unmittelbar vor dem Parteitag ein Konflikt herausbeschworen wird, der den gerade jetzt angeführten Reichstagswahlen so notwendigen einmütigen Kampf gegen unsere Gegner nachteilig beeinflussen könnte. Aber nach all den höfischen Seitenprüngen im süddeutschen Wetterwinkel der Partei wird die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie keinesfalls umhin können, ein ernstes Wort mit den badischen Regierungsfremden zu reden. Eine so offene Mißachtung bindender Parteitagbeschlüsse lag nicht einmal bei der geschickten interpretierten süddeutschen Budgetbewilligung vor zwei Jahren vor; zur Sicherheit hatte man nun den Lübecker und Dresdener Beschlüssen noch die Nürnberger Resolution angefügt, aber — wie man sieht — hat auch dieser Wunsch der überwältigenden Majorität nicht vermocht, der Budgetbewilligung in Baden einen Riegel vorzuschreiben. Man weiß nicht, was man schmerzlicher bedauern soll, den Mangel an Disziplin, den unsere badische Landtagsfraktion bewiesen hat, oder den Verlust parteigenössischen Empfindens, das jedem Sozialdemokraten einfach verbieten muß, im Klassenkampf irgendwelche opportunistische Zugeständnisse nach der monarchischen Seite unter Verengung des republikanisch-demokratischen Gesichtsfeldes zu machen.“

„Düsseldorfer Volksblatt“:

Die Zustimmung zum Budget des Klassenstaates oder dessen Ablehnung ist also für die sozialdemokratische Fraktion des badischen Landtages — wie sie schon in früheren Fällen erklärt hat — eine reine Opportunitätsfrage — das Prinzip ist für sie Oeluba, eine abgetane Sackel. Was die badische Regierung sehnlichst, genau so wie die preussische, Sozialdemokraten nicht als vollberechtigte Staatsbürger behandeln — eine Tatsache, die Dr. Frank selbst in seiner Erklärung hervorhob — mag das badische Oberhaus die Gemeindeordnung zum Nachteil der unteren Volksklassen verschlechtern — die Opportunität (lies: badische „Großblodpolitik“) verlangt, daß Sozialdemokraten der Regierung des Klassenstaates die Mittel zum Regieren bewilligen!

Was ärgert diese Genossen dabei die vom Nürnberger Parteitag in der Frage der Budgetbewilligung neu festgelegten Richtlinien! Ueber solche „Zwangsreden des Prinzipals“ setzt man sich lähn hinweg; man treibt eben „praktische Politik“.

Wir sind wirklich gespannt, wie die badischen Budgetbewilliger diesen neuen Grobverstoß gegen Parteitagbeschlüsse diesmal „rechtfertigen“ werden — Wird die Partei auch diese Herausforderung schweigend hinnehmen?

„Frankfurter Volksstimme“:

Auch wir halten nicht bloß die letzte Abstimmung unserer badischen Genossen, sondern ihr ganzes Verhalten in Sachen der badischen Gemeindewahlreform nicht für sehr glücklich, weil sie es unterließen, irgendeine umfassendere Bewegung für das allgemeine, geheime und direkte Wahlrecht zu entfesseln und sich sehr schnell mit weniger als Halbheiten zufriedeln gaben. Deshalb konnte dann der badische Ministerpräsident so wohlfeile Vorbeeren als Verteidiger einer staatsmännlich gemäßigten Sozialdemokratie ernten und die Versuchung entstehen, ihm durch die Bewilligung des Budgets für seine verhältnismäßig vernünftige Haltung zu danken.“

„Freie Presse“ (Straßburg):

Die „Straßburger Post“ singt bereits in ihrer heutigen Morgenausgabe ein Preislied auf die staatsmännliche Einsicht der badischen Sozialdemokratie, das sehr verdächtig klingt. Wir unterbreiten für heute noch nicht in der Lage, ein definitives Urteil über die Stellungnahme der badischen Genossen abzugeben. Dazu müssen wir erst die eigentliche Begründung zu ihrem Votum durch die badische Landtagsfraktion abwarten. Aber so viel sei heute schon gesagt: Liegen nicht wirklich triftige Gründe für die Zustimmung zum Budget vor, so ist dieselbe nicht zu billigen. Der Nürnberger Parteitag hat nur für Ausnahmefälle die Zustimmung zum Budget zugelassen. Man braucht in diesem Parteitagbeschlusse noch lange nicht der politischen Weisheit letzten Schluß zu erwidern — und auch wir gehören zu diesen lehrerischen Elementen — aber davon ist doch unbedingt festzuhalten, daß Parteitagbeschlüsse nicht ohne weiteres ignoriert werden dürfen. Es ist das gute Recht der badischen Genossen, gegen Beschlüsse der Partei, die sie für falsch halten, mit aller Energie anzukämpfen und deren Abänderung zu erstreben. Solange jedoch die Beschlüsse Geltung haben, sind sie auch einzuhalten.“

„Neußische Tribüne“:

„Die langen und heftigen Debatten auf dem Nürnberger Parteitag sind also für die Sach gewesen, der rechte Flügel unserer Fraktion im badischen Landtag geht seine eigenen Wege, unbeeinträchtigt von den Willen der Gesamtpartei. Wir hoffen, daß man bald näheren Aufschluß über diese bestreudende Abstimmung erhält.“

„Dresdener Volkszeitung“:

„Es ist ersichtlich, daß die sozialdemokratische Fraktion unter dem Eindruck besonderer politischer Vorformnisse den Entschluß, ihre zuvor beschlossene Haltung zu ändern, sehr schnell gefaßt hat. Anscheinend hat die überaus reaktionäre Haltung der Ersten Kammer und andererseits die verhältnismäßig entgegenkommende Haltung des Regierungsvertreters Ministers v. Bodman unsere Parteigenossen zu der Ansicht gebracht, daß es in solcher Situation nicht angängig sei, von unserer Seite der Regierung durch Ablehnung des Finanzgesetzes das schärfste Mißtrauen auszusprechen.“

Wir bezweifeln, ob es wohlgetan ist, bereits gefaßte Entschlüsse so schnell umzuändern. Man muß doch annehmen, daß der zu vorige Beschluß der Fraktion, das Budget abzulehnen, ein wohlernogener war. Dann aber ist es doch sehr bedenklich, sich von Ereignissen des Augenblicks, wenn sie auch von Bedeutung sein mögen, allzu schnell und allzu weit umstimmen zu lassen. Es ist dies aber um so bedenklicher, wenn es sich um eine politische Aktion handelt, die in unserer Partei so stark umstritten ist, wie die Frage der Zustimmung zum Budget in den Einzelstaaten.“

Die in dieser Frage auf dem Nürnberger Parteitag gefaßte Resolution fordert die Verweigerung des Budgets seitens der sozialdemokratischen Fraktionen, „es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde“. Wir werden die weiteren Mitteilungen der badischen Genossen abwarten, um zu beurteilen, ob sie zu dem Glauben berechtigt sein können, daß ihre Abstimmung sich mit dem Nürnberger Beschluß vereinbaren läßt.“

„Schwäbische Tagewacht“:

Die Zustimmung der Sozialdemokraten zum Budget wird sich mit dem Vorlaut des Nürnberger Parteitagbeschlusses schwer vereinbaren lassen. Es wird aber sachlich zu prüfen sein, ob unter den besonderen politischen Verhältnissen Badens ein Abweichen von jenem Beschluß sich rechtfertigt. Dabei wird insbesondere die Frage zu stellen sein, ob unsere badische Fraktion, die seit den letzten Wahlen zur Verhütung einer Zentrumshegemonie in allen größeren politischen Aufgaben mit den Liberalen zusammenarbeitete, bei der Schlußabstimmung diese Bilanz auflösen und die Annahme des Budgets von der Haltung des Zentrums abhängig machen sollte. Wir sind der Meinung, daß das nur im allerdringendsten Notfall geschehen dürfte. Wenn so unsere badischen Parteigenossen diese Budgetzustimmung als einen exzeptionellen Fall betrachten und behandeln, so wird ihre Zustimmung in der Partei wenig Tadel finden.“

„Fränkische Tagespost“:

„Es kann den badischen Genossen der Vorwurf der Mißachtung von Parteitagbeschlüssen, der Verleugnung und Untergrabung der demokratischen Grundbedingungen der Partei usw. um so weniger gemacht werden, als sie mit der Mehrheit der anderen süddeutschen Delegierten auf dem Nürnberger Parteitag ihm die Zustimmung für die Fragen der Landespolitik, bei aller Anerkennung, abtraten.“

Ein Parteiblatt tadelte es, daß die drei badischen Genossen, die sich der Abstimmung enthielten, nicht den Mut hatten, gegen die Mehrheit der Fraktion zu stimmen. Demgegenüber wird uns mitgeteilt, daß ein Fraktionsbeschlusse bestand, die ihnen nur die Möglichkeit ließ, den Saal zu verlassen.

Aus der Frauenbewegung.

Das Frauenstimmrecht vor dem englischen Unterhaus.

Aus London wird uns geschrieben: Die zweite Debatte über die Frauenstimmrechtsvorlage bot ein Schauspiel dar, wie man es im englischen Unterhaus bisher noch nicht erlebt hatte. Auf dem klassischen Boden konstitutioneller Parteiregierung fiel für dieses eine Mal die Schranke der Partei. Sowohl die Regierung wie die Opposition gab es ihren Anhängern völlig frei, wie sie sich zur Vorlage stellen wollten. Noch mehr, ein Minister bekämpfte die Ansichten des anderen, ein Parteiführer sprach gegen den anderen, und lokale Anhänger argumentierten gegen ihre Führer. Das verlogene Ideal des bürgerlichen Parlamentarismus schien plötzlich verwirrt zu sein: es war nicht mehr das Kampffeld, auf dem die Vertreter der verschiedenen Gesellschaftsklassen ihre unvereinbaren Interessen gegeneinander verfechteten, sondern ein nationaler Debattierklub, wo ein Redner die anderen durch geistreiche Argumente zu überzeugen sucht, und wo alle uneigennützig nur dem Besten des Volkes und Staates dienen wollen. Und nun gar die Debatte selbst! Der Redakteur hat seine Not, in der Fülle der auf ihn einströmenden ungewohnten und verwirrenden Eindrücke sich einen klaren Blick zu bewahren für das Wesentliche und das Nebenfällige, für das Wahre und das Falsche. Jeder Redner sucht sich im besten Lichte zu zeigen, will so klug, so weise und so geistreich wie nur möglich erscheinen, als gälte es die ersten Ehren in einem Turnier davonzutragen, und nicht eine Frage von gewaltiger praktischer Bedeutung zu entscheiden. Da führen dieselben Voraussetzungen bei verschiedenen Rednern zu entgegengesetzten Schlüsfolgerungen, und grundverschiedene Annahmen zu denselben Ergebnissen. Hier wird eine gute Sache mit schlechten Argumenten verteidigt und dort ein unwürdiges Ziel mit einwandfreien Argumenten begründet. Das ganze Unterhaus erfüllt eine Atmosphäre völliger Unverantwortlichkeit. All dies ist natürlich nur möglich weil die Abgeordneten sehr wohl wissen, daß ihre Reden und ihre Stimmen noch keine unmittelbaren praktischen Folgen nach sich ziehen werden. Und dennoch fühlt man klar aus der Debatte selber heraus, daß die Frage gehört von rein akademischer Interesse zu sein. Ja, wenn die Frage des Frauenstimmrechts in England bisher noch keine unmittelbare praktische Frage war, dann hat sie diese wunderliche Debatte dazu gemacht; von nun drängt sie zur endgültigen Entscheidung hin.

Auf der Tagesordnung stand die zweite Lesung der neuen Frauenstimmrechtsvorlage, der sogenannten *Verföhrungs-vorlage*. Diesen Namen verdient sie in nur sehr bedingtem Maße, Sie „verföhnt“ weder die grundsätzlichen Gegner des Frauenstimmrechts überhaupt, noch auch die entschiedenen Anhänger des allgemeinen Wahlrechts für beide Geschlechter. Aber sie verleiht einen Teil jener grundsätzlichen Anhänger des Frauenwahlrechts, die gegen die frühere Vorlage der Suffragettes, die sogenannte *Limited Bill*, schwerwiegende Bedenken hegten, und zwar merkwürdigerweise sowohl jene, die sie für zu weitreichend, so revolutionär hielten, wie auch jene, denen sie nicht demokratisch genug war. Dieses Kunststück vollbringt die neue Vorlage dadurch, daß sie zwar einer halben Million weniger Frauen das Stimmrecht gibt, als es die *Limited Bill* getan hätte, aber so, daß diese halbe Million nicht emanzipierter Frauen zumißten den bestehenden Klassen angehören. Auf diese Weise wird der stark plutokratische Charakter der *Limited Bill* in der neuen Vorlage einigermaßen gedämpft.

Mutter liegt mir die Erziehung meiner Kinder sehr am Herzen, hier kann nicht dafür gesorgt werden. Meine Gesundheit ist völlig zerstört, da ich das feuchte und kalte nordische Klima nicht vertragen kann. Ich wage dies als einen der Gründe bei Ew. Majestät geltend zu machen, denn ich weiß aus eigener Erfahrung und aus allen Berichten über mich, daß Sie sich für meine Person interessieren. Eure Majestät kennen mein Vertrauen zu Ihnen; ich habe Ihnen darüber in Briefen gesprochen, und ich schmeichle mir, daß Sie diesmal der Stimme Ihres Herzens folgen und Preußen, dem König und mir das Glück zurückgeben werden, ein Glück, dessen Wert wir doppelt schätzen werden, wenn wir es aus den Händen Ew. Majestät empfangen.“

So schrieb Luise an den Rotenproffen, so ohne Würde, so bettelhaft, so selbstschuldig — nur für sich, um aus diesem Nadel erlöst zu werden, und für die liebe Familie — nur so unglaublich leicht. Denn Napoleon reagierte natürlich auf den Bittbrief nicht.

Luises Schwester Theresie aber antwortete, und in wenigen Zeilen sprach sie mehr Wahrheit aus, als alle preussischen Hofhistoriker seit einem Jahrhundert aufgebracht haben: Napoleon, schrieb die Schwester, schiebe alle Schuld an den Schwierigkeiten der Lage auf Preußen, und indem sie dieser Auffassung beipflichtete, fügte sie hinzu: „Ueber Engel, alle Deine Entschlüsse sind so klug geworden, fasse auch den, diese Sache zu einem guten Ende zu führen.“

Wie wäre: Wenn man schon durchaus denn aus Medlenburgischem Fürstengeschlecht eine Heilige für Preußen stiften will, eignet sich Schwester Theresie nicht am Ende besser für diese Rolle?

Notizen.

— Frederik van Eeden hat eine Tragikomödie „Hsbrand“ der Neuen Freien Volksbühne zur Eröffnung im Neuen Volkstheater überlassen. Ferner wird das Neue Volkstheater die Komödie „Gnadenbrot“ von Ivan Turgenjew in einer neuen deutschen Bearbeitung von Dr. Adolf Hey in der am 1. September beginnenden Spielzeit zur Aufführung bringen.

— Französisches Musikfest in München. Vom 18. bis 20. September wird in der Ausstellung München 1910 unter dem Patronat der Französischen Gesellschaft der Musikfreunde das erste französische Musikfest veranstaltet. Zweck dieses Festes ist die Entdeckung der französischen klassischen und modernen Komposition systematisch darzustellen. Das Fest wird sich in drei Orchesterkonzerte und in zwei Kammermusik- und Liedermatinee gliedern. In die Ausführung werden sich die bedeutendsten französischen Künstler: Komponisten, Dirigenten, Instrumental- und Vokalisten teilen.

In der Debatte hatten hauptsächlich die folgenden Auffassungen gultig. Die Redner der Arbeiterpartei befürworteten die Vorlage, weil sie ihrer Ansicht nach der erste Schritt zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts sei, das dann nicht mehr lange auf sich warten lassen könnte. Diese Ansicht wurde von verschiedenen liberalen und konservativen Rednern geteilt, die aber aus eben diesem Grunde die Vorlage auf wärendst bekämpften. Lloyd George und Winston Churchill bekämpften die Vorlage, weil sie un-demokratisch sei und den späteren Sieg des allgemeinen Wahlrechts aufhalten müßte. Der konservative Walfour und andere teilten diese Anschauung und liehen der Vorlage gerade deshalb ihre Unterstützung. Einige bekämpften die Vorlage, weil sie praktisch sämtliche verheiratete Frauen vom Stimmrecht ausschließt, ein Umstand, der gerade wieder andere dazu bewog, die Vorlage zu unterstützen. Schließlich gab es Redner, die jede Form des Frauenstimmrechts grundsätzlich bekämpften, wie namentlich der Premierminister Asquith auf der liberalen Seite und der Ex-Schatzkanzler Austen Chamberlain auf der konservativen.

Das Ergebnis der Abstimmung ist bereits telegraphisch gemeldet worden: Die Vorlage wurde mit 209 gegen 190 Stimmen, also mit einer Mehrheit von 109 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. Bei der praktisch entscheidenden Frage aber, ob die Vorlage einem Ausschuss oder dem ganzen Hause zur detaillierten Beratung überwiesen werde, erhielt die Bill eine schwere Niederlage. Nur 175 stimmten für eine Ausschussberatung und 320 für eine Beratung durchs ganze Haus, eine Mehrheit von 145 Stimmen. Zu dieser detaillierten Beratung durchs ganze Haus wird es wegen Zeitmangels natürlich nicht kommen. Die Vorlage fällt somit ins Wasser.

Trotzdem ist die Debatte keineswegs resultatlos verlaufen. Sie hat die Luft geklärt und die ganze Frage um einen gewaltigen Schritt vorwärts gebracht. Ihr Fazit scheint uns folgendes zu sein: Die grundsätzlichen Gegner jedes Frauenstimmrechts sind logisch vernichtet. Nach den Reden des Kriegsministers Baldwin und des Ex-Premiers Walfour werden sie nicht wieder ihr Haupt erheben können. Die Anhänger der gegenwärtigen Verfassungsvorlage sowie jedes ähnlichen beschränkten Frauenstimm-

rechts haben eine schwere Niederlage erlitten, von der sie sich kaum jemals erholen werden. Die Wortführer der Arbeiterpartei, Schallerton, Keir Hardie und Snowden haben sich bei dieser Gelegenheit weder ihrer Aufgabe noch ihrer Verantwortung genachsehen gezeigt. Alle drei sprachen ohne Vorbehalt für die Vorlage, hofften, daß sie später zum allgemeinen Stimmrecht führen werde, und trösteten sich im übrigen damit, daß die Bill gar nicht so un-demokratisch sei. Dieses letztere Argument konnten Churchill und Lloyd George mit Leichtigkeit zerlegen. Churchill legte dar, wie ein reicher Mann allen seinen Töchtern und seiner Frau nach dieser Vorlage das Stimmrecht verschaffen könnte, während ein armer Mann nichts dergleichen tun könnte, wie die Bill demnach zum Pluralvotum für die Reichen führen würde, ein Argument, auf das es nichts zu erwidern gibt, weil seine Richtigkeit klar auf der Hand liegt, das aber allein genügen sollte, um die Vorlage in den Augen jedes Demokraten zu verdammen. Daß Arbeitervertreter dies von Ministern zu hören bekommen müssen, ist gewiß nicht erfreulich, um so weniger, als die Kongresse der Arbeiterpartei jahraus jahrein ausschließlich das allgemeine Männer- und Frauenwahlrecht forderben, ja mehr als einmal sogar unter ausdrücklicher Verurteilung jeder beschränkten Frauenstimmrechtsvorlage. Die Arbeiterfraktion hat sich jedoch noch niemals um diese Resolution gekümmert. Die Demokratie innerhalb der Arbeiterpartei läßt noch manches zu wünschen übrig.

Als wirklicher Sieger ist aus dieser Debatte das allgemeine Wahlrecht für beide Geschlechter hervorgegangen. Das muß heute sogar ein so steifnackiger Wahlrechtsfeind wie die „Times“ anerkennen. Jede Ausdehnung des Wahlrechts auf irgendeine Minderheit der Frauen würde zu ganz unerträglichen Absurditäten führen. Die Ueberzeugung, daß das Frauenwahlrecht nur in der Form des allgemeinen Stimmrechts in England durchgeführt werden kann, hat in den letzten Tagen zahllose Anhänger gewonnen. Der Gedanke kann einer halbigen Verwirklichung entgegengeführt werden, wenn man den Ministern zu verstehen gibt, daß es nicht genügt, wenn sie un-demokratische Vorlagen mit dem Hinweis auf ihre demokratischen Ueberzeugungen bekämpfen, sondern diese durch die Einbringung einer wirklich demokratischen Wahlrechtsvorlage betätigen müssen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Sechster Wahlkreis. Die Genossinnen der 3. Abteilung veranstalten am Mittwoch, den 20. Juli, einen Ausflug nach Zegel-Schulzendorf. Treffpunkt: Bahnhof Schönhauser Allee früh 10 Uhr, für Nachzügler nachmittags 3 Uhr im Restaurant „Cubertus“, Inhaber Mosch, in Schulzendorf.

Sechster Wahlkreis, 4. und 5. Abt. Mittwoch, den 20. Juli, Ausflug der Genossinnen nach Saathwinkel. Treffpunkt: vormittags 11 Uhr an der Endstation der elektrischen Bahn in Zegel. Dann Ueberfahrt nach Restaurant „Saathwinkel“ mit Dampfer (Fahrpreis ermäßigt). Für Nachzügler im selben Lokal.

Nebenische Kranken- und Sterbekasse Nr. 5, gegründet 1795- heute von 2 bis 7 Uhr Zahl- und Aufnahmestag bei Röber, Elisabethstr. 14.

Sozialdemokratischer Zentralwahlverein für den Reichstagswahlkreis Jütland-Schwedus-Krossen-Sommerfeld (Kreisbezirk Berlin). Dienstag, 21. Juni, abends 8¹/₂ Uhr, bei Eichhorn, Kopenstr. 47: Mitgliederversammlung.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15. 7.	am 14. 7.	Wasserstand	am 15. 7.	am 14. 7.
Remel, Müst	160	+15	Saale, Großh.	186	+24
Regel, Inkerburg	118	+10	Havel, Spandau	50	0
Reichel, Thon	54	+10	„ Rathenow	25	-4
Oder, Ratibor	270	+78	Spree, Soremborg	172	-10
„ Krossen	202	+17	„ Beeslow	75	+1
„ Frankfurt	210	-9	„ Rindow	-20	+27
„ Schrumm	81	+8	„ Rindow	50	-7
„ Landsberg	-5	+5	„ Rixdorf	688	-1
„ Borsum	-5	+5	„ Rixdorf	519	-20
„ Zeitz	108	+4	„ Rixdorf	587	-17
„ Dresden	-1	+1	„ Rixdorf	203	+29
„ Bors	274	+16	„ Rixdorf	—	—
„ Magdeburg	221	+12	„ Rixdorf	150	-14

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - Unterpegel.

Unsern Genossen und Abteilungsleiter
August Gerull
nebst Frau (29885)
zu ihrer am 18. d. Mts. stattfindenden Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche!
Die Funktionäre der 14. Abteilung, W. Wahlkreis.

Nach langen schweren Leiden entschlief heute mein lieber Mann und guter Vater, der Gastwirt und Zimmermann
Wilhelm Sauer mann,
Antonstraße 9.
Die trauernden Hinterbliebenen:
Emma Sauer mann, geb. Michael, 68
nebst Kindern.

Nach langem schweren Leiden entschlief sanft gestern nachmittag 4 Uhr meine liebe Frau, unsere herzengute Mutter, Schwieger- und Großmutter
Otilie Hermes
geb. Witte
im Alter von 56 Jahren 8 Monaten. Dies zeigt mit der Bütte um stille Teilnahme allen Freunden und Bekannten liebt und an im Namen der trauernden Hinterbliebenen
August Hermes,
Zegel, Schöneberger Str. 10,
am 15. Juli 1910.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. d. Mts., nachm. 3¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Zegeler Friedhofes aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Spandau.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 14. Juli, verstarb unser Mitglied, der Restaurateur
Emil Weiß
Kreuzstr. 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Montag, den 18. Juli, nachmittags 3¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in den Nischen aus statt. 287/19
Der Vorstand.

Statt besonderer Anzeige.
Am Freitag verschied plötzlich infolge Gehirnschlages mein unvergesslicher Bruder, unser lieber Onkel, der Genosse, Schuhmachermeister
Karl Friedrich
im 53. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrauert an
Emilie Kriening
geb. Friedrich,
Karl Schüler, Luise Schüler,
Wilhelm Schüler.
Die Beerdigung findet Dienstag nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Hondschießhofes (Nordend) aus statt. 46

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute.
Am 14. Juli starb nach langem Leiden unser Mitglied, der Zimmerer
Friedrich Nehls
im Alter von 60 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. d. Mts., nachmittags 3¹/₂ Uhr, vom Krankenhaus, Bernauerstraße 99, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
22976 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Tischler
Gustav Sauer mann
am Donnerstag nach langem Leiden im Alter von 60 Jahren sanft entschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrauert an
Berta Sauer mann geb. Matthes
und Tochter Frieda.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der St. Marien-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt. 20766

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.
Todes-Anzeige.
Am Freitag, den 15. Juli, starb unser Bundesgenosse
Artur Müller
(6. Abteilung).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Friedhofes in Weihensee aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
11/5 **Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Mannes
Otto Wolf
in derselben Weise weiterführe und bitte um geneigten Zuspruch
Frau Minna Wolf
Lichterfelde-West, Fontanestr. 7.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Gattin, unserer guten Mutter
Anna Krohn
sagen wir dem Wahlverein Tempelhofer, dem Gefangenen „Sangehüll“, Tempelhofer, den Ordnen der freien Volkshilfe, Abteilung 9, sowie allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
56
Johann Krohn nebst Kindern.
Dankagung.
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme beim Hinscheiden meines geliebten Mannes, unseres herzenguten Vaters
Max Bots
sagen wir hiermit allen Bekannten und Verwandten, insbesondere den Genossen des 4. Wahlkreises und seinen Kollegen unseren herzlichsten Dank.
Frau Bots nebst Kindern.
Dankagung.
Für die rege Beteiligung und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Professionsführers
22946
Gustav Mertens
insbesondere vom Verein deutscher Kaufher, Sparverein „Komet“, Lotterieverein 1903 und den Kollegen vom Fußballklub Heßfeld, sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Ehrene Anna Mertens nebst Sohn.
Dankagung.
Für die beim Hinscheiden meines lieben Mannes bewiesene Teilnahme sage ich allen Kollegen und Bekannten meinen herzlichsten Dank.
Charlottenburg.
Witwe Johanna Wolf
nebst Kinder.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Gustav Sauer mann
am 14. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 17. Juli, nachm. 4 Uhr, von der Halle des St. Marien-Friedhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Am 19. Juli starb unser Kollege, der Tischler
Franz Gilow.
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. Juli, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gefangenenschießhofes in Nordend aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Unterstützungsverein sämtlicher Berufe (Bezirk II).
Todes-Anzeige.
Am 15. Juli verstarb unser Mitglied, der Eisenblechschneider
Ferdinand Neumann
im 57. Lebensjahre. 29626
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 18. Juli, nachmittags 5¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Reinen Luffen-Friedhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Das Ideal
aller Damen ist ein junges, reines Gesicht, rosiges, jugendliches Aussehen, weiße, sammetweiche Haut und blendend-schöner Teint. Jede Dame wasche sich daher m.d. allein echten
Steckenpferd-Lilienmilch-Seife
v. Bergmann & Co., Radebeul. à St. 50 Pfg. Überall zu haben.
KIOS - Altona 2 Kurprinz 3 Bismarck 3¹/₂ Pfd.
Naxos 2 Abu Sekkim 3 Jockey 3¹/₂ Pfd.
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.
Lieferant der französischen Tabak-Regie.

ALES Westmann
1. Geschäft: Mohrenstr. 37a u. d. Kolonnenaden
2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 115 an der Andreasstrasse.
Kurz vor Schluss
des Saison- u. Inventur-Verkaufs
chiko Konfektion, herrlich-Kostüme
Tuch, Kammergarn, Bast, Seide, Leinen
teilweise für die Hälfte, Drittel
teilweise bis zum Sechstel
d. früh. Preise ermässigt!
(auch f. stückweise Figuren vorräthig)
früher teilweise bis
36-54 72 120 bis 400 M.
Jetzt teilweise anfangend von
6 12 15 18 24 30 bis 150 usw.
Reinwoll. Tuch - Kimonos
Jetzt von 20 M. an.
Grösste Eile geboten!
Der Saison-Ausverkauf geht zu Ende.
Sehr grosse Extra-Abteilung:
Trauer-Magazin.
Neue Herbst Modelle, Pelze etc.
Jetzt noch zu Sommerpreisen.
Sonnabends geöffnet 8-10, 12-2 Uhr.

Kranken- und Begräbniskasse der Seitensieder u. Berufsgen.
(S. S. 17 zu Berlin.)
Am 14. Juli 1910 verstarb nach langen, schweren Leiden unser
alles Mitglied
Georg Otto.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 5 Uhr, vom Triger Friedhof (Karlshagen) aus statt. 287/18
Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion d. Gips- u. Zementbranche.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Zementierer
Karl Lüttke
am 12. Juli im Alter von 48 Jahren an Blinddarmentzündung und Darmblutung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 17. Juli, nachmittags 4¹/₂ Uhr, von der Leichenhalle des Hondschießhofes (Hondschießhof) in der Bernauerstraße aus statt. 138/4
Der Sektionsvorstand.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. voraltet, zweifelhafte Fälle durch wissenschaftl. Untersuchung (sofort; desgl. Carn. (Spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen. Dr. Homoyor & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- und Wagenstraße), I. 8724. Verh. Röntgenbild. u. Injekt. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.
Wittne Johanna Wolf
nebst Kinder.

Wachet auf!
Worte eines Freundes der Naturheillehre (50 Pf.)
von Dr. med. Adolf Schlesinger, prakt. Naturarzt und Magnetopath in Berlin.
Kranken zum Trost!
Gesunden zur Belehrung!
Eine wahrhaft populär gehaltene, aus der Praxis geschöpfte 74 Seiten starke Streifenschrift, die mit unerhittlicher Schärfe und Logik, belegt durch zahlreiche Beispiele, zu den Streitfragen des Tages: „Der Schulmedizin“ - „Der Naturheillehre“ Stellung nimmt.
Zum Preise von 50 Pf. in jeder Buchhandlung erhältlich oder gegen Einzahlung von 60 Pf. direkt durch den Kommissionsverlag Otto Walter, G. m. b. H., Leipzig 5. 290/8*

Männerchor 61/9
„Vorwärts“ - „Borax“.
Übungsstunde Donnerstag 9 Uhr, „Raunpöste“, Raunpöste 6.
Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

H. Pfau, Bandagist
Berlin, Direksenstraße 20
C., zwischen Bahnhöfen Alexanderplatz und Politzprädium. - Am VII, 13799.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Land- u. Waldparzellen,
teils aus erster Hand, von 4 H. an pro O. A. nahe Bism. Friedhof gelegen.
Otto Bredse, Peteröbagen.

Obenan! steht die Gartenstadt Hohen-Neuendorf
(Nordbahn)
Wald - Wasser.
Billigstes, schönstes Gelände rund um Berlin.
Am Schützenhaus - Herrliche Hochwald-Landbaustellen. Rate 12 Mark an 10%, Anzahlung. Tilgung des Renten in 10 jähr. Raten.
Sommer- u. Ferienhäuser 300 Mark an.
Illustr. Broschüre gratis!
Wollenberg, BERLIN
Neue Königstraße 71.
Fernspr. 7. 3098

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstr. 37a (2. Haus von der Jerusalemstr. Straße).
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurt-Str. 115 (2. Haus von der Andreasstrasse).
Sehr gr. Answ. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleiher etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu außerordentlich niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung: Maßanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Land- u. Waldparzellen,
teils aus erster Hand, von 4 H. an pro O. A. nahe Bism. Friedhof gelegen.
Otto Bredse, Peteröbagen.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.

LEIPZIGER STR.



ROSENTHALER STR.

Versand-Abteilung Berlin W. 66.

ORANIEN-STRASSE

Saison-Verkauf

In allen Manufaktur-, Putz- u. Konfektions-Abteilungen zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Zum Verkauf kommen Restbestände, sowie eine grosse Anzahl anderer Artikel

Aussergewöhnlich preiswertes Angebot in bedruckten Seiden-Foulards

bedeutend unter dem regulären Wert.

Posten I	Bedruckt. Seidenfoulards in modernen Mustern	früherer Wert bis 1.50 Mtr.	85 Pf.
Posten II	Bedruckt. Lyoner Peau de soie und Twills	aparte Dessins, früherer Wert bis 2.25 Mtr.	1.35
Posten III	Bedruckt. Lyoner Peau de soie u. façonnés	eleg. bedruckt. Libertys u. Twills früherer Wert bis 2.75 Mtr.	1.65
Posten IV	Bedruckt. Lyoner eleg. Kleiderseide	auf besten Grundstoffen, ca. 100x110 cm breit . . . früherer Wert bis 6.50 Mtr.	2.75

Nur solange der Vorrat reicht: Verkauf im Parterre an besonderen Tischen

ca. 6000 Blusen	Seidene Blusen-Hemden, gestreift, gefüttert	4.75	Serie I	Serie II
			Batist- u. Stickerei-Blusen in verschied. Ausführungen	2.25 3.45

Prinzess-Kostümröcke	Serie I	In Alpaka oder Cheviot, reich soutachiert, Faltenrock	früherer Wert 25-28 Mk.	18.50
	Serie II oder	aus schwarz-weiss kariertem Wollstoff, Taille und Rock reich bekurbelt, Tunikarock mit Falten . . . aus gutem Woll-Popeline mit sehr reicher Seiden-Kurbelei, Faltenrock, früherer Wert 35-40 Mk.		21.00

Vorleger

China - Matten - Vorleger			
Grösse ca. 50x75 cm	45 Pf.	58 Pf.	1.10
Grösse ca. 70x115 cm	80 Pf.	1.20	2.00
Grösse ca. 80x140 cm	1.10	1.75	2.90
China - Matten - Teppiche			
Grösse ca. 140x185 cm	2.45	3.50	6.25
Grösse ca. 140x230 cm	3.00	4.50	8.00

Gardinen

Engl. Tüllgardinen weiss u. creme Fenster	3.50, 4.75
Engl. Tüllstores weiss und creme Stück	2.00, 4.85
Erbstüll-Bandgardinen ockerfarb., Fenst.	9.25
Erbstüll-Bandstores	3.50, mit Volant 3.90
Erbstüll-Bandbettdecken	
für 1 Bett 3.20, mit Volant 4.00, für 2 Betten 8.25, mit Volant 11.00	

Decken

Satin-Steppdecken	4.65, doppelseitig	6.85
Melierte Schlafdecken		4.45
Jacquard-Schlafdecken		5.85
Kamelhaar-Schlafdecken		9.75
Reiseplaids kariert		6.25
Wollene Reisedecken mit angewebtem Futter		7.25
Plüsch-Reisedecken	4.75, doppelseitig	7.75

Kostüme

Ein Posten	
Kostüme grau, engl. Geschmack, neueste Fassons	25.50
Ein Posten	
Gummi-Mäntel und Pelerinen	19.75 und 24.75

Reise-Schleier

Chiffon mit Bordüre, ca. 40 cm breit, 200 cm lang	1.15
Chiffon mit Bordüre, ca. 50 cm breit, 220 cm lang	2.25
Chiffon mit Bordüre, ca. 80 cm breit, 250 cm lang	4.75
Französ. Gesichtsschleier 1 1/2 Meter lang	Stück 32 Pf.

Knaben-Garderobe

Ein Posten	
Knaben-Pelerinen Glockenform, mit langen Trägern u. Kappe, marengo u. oliv, Strichlöden für ca. 6-8	6.00
9-11	7.00
12-14 Jahre	8.00
Knaben-Leibchen-Hosen aus blauem Kammergarn-Cheviot, gefüttert für ca. 3-5 Jahre	2.95, 6-9 Jahre 3.25
aus glattem, blauem Cheviot, f. ca. 3-9 J.	1.40, f. ca. 10-14 J. 1.95
Wasch-Anzüge, Blusen und Beinkleider	im Preise bedeutend ermässigt.

Schirme

Damen- u. Herren-Regenschirme	
Halbseide, mit Futteral	4.25, Seide, mit Futteral 4.50
Damenschirme farbig, halbseidener Taffel mit Futteral, gestreift oder kariert	5.50
Sonnenschirme weiss Batist mit Stickerei	3.75
weiss Batistu. Leinen 6.25, reiseidener Taffel m. Futteral, reich bestickt	7.25

Posamenten

Ein Posten Perl- u. Passementerie-Kleider-Garnituren schwarz und farbig, früh. Wert 2.25 bis 18.00	75 Pf. bis 6.50
Goldfrisé-Gummi-Gürtel mit Messing-schloss	1.25
Sammet-Gummi-Gürtel schwarz	1.10

Tischzeuge

Tischtücher reinleinen Jacquard, vollweiss, gestümt, Blumen- und Flächenmuster	
Grösse ca. 125/125 cm	2.70
Grösse ca. 150/170 cm	4.30
Grösse ca. 150/230 cm	7.00
Servietten gestümt, dazu passend, Grösse ca. 50/60 cm	
Tischgedecke mit 6 Servietten, Blumenmuster, reinl., gestümt, Grösse ca. 130/170 cm	
Kaffeegedecke mit 6 Servietten, farbig, mit Seidenglanz, lila, gold, blau	
Grösse ca. 130/130 cm	5.00
Grösse ca. 130/160 cm	6.00
Kaffeedecken farbig bedruckt Kretonne	
Grösse ca. 130/130 cm	2.35
Grösse ca. 130/160 cm	3.10

Handtücher

Stuben-Handtücher halbleinen Drill, gestümt und gebündert	
Grösse ca. 40/100 cm, Dtz. 4.30	Grösse ca. 48/110 cm, Dtz. 5.40
Stuben-Handtücher gestümt u. gebünd., Jacq., Grösse ca. 48/110 cm, Dtz. 5.80	
Stuben-Handtücher reinl. Drill, ges. u. gebünd., Grösse ca. 48/110 cm, Dtz. 7.00	
Küchen-Handtücher Gerstenkorn mit Kante, Grösse ca. 40/110 cm, Dtz. 3.15	
Küchen-Handtücher Gerstenkorn mit Kante, Grösse ca. 48/110 cm, Dtz. 4.30	
Küchen-Handtücher reinleinen, gestümt u. gebündert	
Grösse ca. 40/100 cm, Dtz. 5.00	Grösse ca. 48/110 cm, Dtz. 6.20

Einen Blick in das Berliner Wohnungselend

gestalten die seit 1902 alljährlich vom Vorstande der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker herausgegebenen, von Albert Kohn, dem Vorsitzenden der genannten Kasse, bearbeiteten Wohnungsenqueten. Diese Erhebungen zeigen schlagend, wie schlechte Wohnungsverhältnisse die Krankenhilfe ungünstig beeinflussen und zur Verbreitung von Krankheiten beitragen.

Die eben erscheinende, von der Ortskrankenkasse der Kaufleute usw. unternommene Wohnungsenquete für 1909 bietet gleich ihren Vorgängerinnen wertvolles Material zur Beleuchtung des Wohnungselendes der Berliner Proletarier.

Selbst eine sonst einwandfreie Wohnung muß für ihre gefunden, aber mehr noch für ihre kranken Bewohner ein Mißstand werden, wenn sie nicht genügend Raum bietet. Bekannte Hygieniker fordern als Mindestmaß der Bodenfläche 16 bis 20 Quadratmeter für Wohn- und 20-25 Quadratmeter für Schlafräume.

Die Berliner Baupolizeiordnung verlangt für Wohnräume eine Mindesthöhe von 2,80 Meter. Die Wohnungen von 1628 Männern und 1471 Frauen blieben hinter dieser Forderung zurück.

Als besonders erschreckender Zug in dem Glendebild ist hervorzuheben, daß 79 Patienten in Räumen ohne Fenster haften. Diese Verhältnisse sind also nicht nur von der frischen Luft völlig abgeschnitten, sondern sie entscheiden auch der belebenden Wirkung des Sonnenlichtes.

So zeigt uns die vorliegende Wohnungsenquete auf jedem Blatte, sowohl in Tabellen wie in Einzelschilderungen, wahrhaft betäubende Bilder aus der Berliner Wohnungsmisere. Und diese Bilder können noch nicht einmal die äußersten sein, welche das Wohnungselend liefert.

stellen im allgemeinen besser wohnen als ihre Vermieter, was sich daraus erklärt, daß Familien, die gezwungen sind, einen Teil ihrer Wohnung weiterzuvermieten, den besseren Raum ihren Untermietern überlassen und sich selbst auf engstem Raum zusammen-drängen.

Die Enquete bestätigt die bekannte Tatsache, daß die Wohnungen in den Hinterhäusern im allgemeinen hinter den Vorderwohnungen in hygienischer Beziehung erheblich zurückstehen, und daß die für Proletarier bestimmte Mietskategorie den Anforderungen, welche an eine in jeder Hinsicht einwandfreie menschliche Wohnstätte gestellt werden müssen, durchaus nicht gerecht wird.

Gewiß haben viele Mißstände im Wohnungswesen ihre Ursache nicht in der Beschaffenheit der Wohnung, sondern in dem Umstand, daß die Wucherpreise, welche für Arbeiterwohnungen verlangt werden, die Arbeiter zwingen, sich mit ihren Familien und in vielen Fällen noch mit Schlafgängern in kleinen Räumen zusammen-zudrängen.

Das aus diesen Ursachen resultierende Wohnungselend wird im wesentlichen bestehen bleiben, so lange die Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses ein Gegenstand kapitalistischer Spekulation und der Wohnungsuchende ein Ausbeutungsobjekt für den Bodenwucherer ist.

Aus Industrie und Handel.

Vom Kohlenyndikat.

Aus Essen wird telegraphiert: Aus dem der Besenbesitzerversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats erstatteten Bericht ist folgendes zu entnehmen:

Der rechnermäßige Absatz betrug im Juni d. J. bei 25% (im gleichen Monat des Vorjahres 24%) Arbeitstagen 5 601 853 (Vorjahr 5 341 211) Tonnen oder arbeitsmäßig 222 939 (Vorjahr 219 127) Tonnen.

Von der Beteiligung, die sich auf 6 562 585 (Vorjahr 6 337 718) Tonnen bezifferte, sind demnach 85,85 Proz. (Vorjahr 84,28 Proz.) abgesetzt worden.

Der Versand einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferungen der Häutungen an die eigenen Häutwerke betrug im Kohlen bei 25% (Vorjahr 24%) Arbeitstagen 4 562 832 (Vorjahr 4 539 874) Tonnen oder arbeitsmäßig 181 585 (Vorjahr 186 251) Tonnen; an Koks bei 30 (Vorjahr 30) Arbeitstagen 1 374 598 (Vorjahr 1 138 596) Tonnen oder arbeitsmäßig 45 820 (Vorjahr 37 953) Tonnen; an Breiweiß bei 25% (Vorjahr 24%) Arbeitstagen 275 264 (Vorjahr 244 500) Tonnen oder arbeitsmäßig 10 956 (Vorjahr 10 033) Tonnen.

Hierzu gingen für Rechnung des Syndikats an Kohlen 3 995 159 (Vorjahr 3 976 820) Tonnen, oder arbeitsmäßig 159 011 (Vorjahr 163 152) Tonnen, an Koks 834 339 (Vorjahr 715 351) Tonnen oder arbeitsmäßig 29 478 (Vorjahr 23 845) Tonnen, an Breiweiß 286 300 Tonnen (Vorjahr 236 620) Tonnen oder arbeitsmäßig 10 599 (Vorjahr 9 707) Tonnen.

Die Förderung stellte sich insgesamt auf 6 910 466 (Vorjahr 6 599 879) Tonnen oder arbeitsmäßig auf 275 043 (Vorjahr 270 784) Tonnen, und im Mai auf 6 562 909 Tonnen respektive 283 801 Tonnen.

In der Entwicklung des Kohlenabsatzes ist in den Monaten Mai und Juni dieses Jahres im Vergleich zu dem Ergebnis des Monats April kein Fortschritt zu verzeichnen. Der im Monat Mai erzielte Kohlenabsatz für Rechnung des Syndikats von insgesamt 3 826 814 Tonnen weist gegen den vormonatlichen Absatz einen Rückgang von 157 106 Tonnen auf.

Der Kohlenabsatz hat sich in beiden Berichtmonaten ohne größere Störungen vollzogen. Mitte Mai machte sich vorübergehend Wagenknappheit bemerkbar.

Der Schwindel pflegt. Noch nicht lange, nur etwa ein Jahr, ist es her, daß die Kolonialpapiere an den deutschen Börsen auf einen geradezu schwindelhaft hohen Kurs, bis über 2000 Proz., getrieben wurden. Es liegt auf der Hand, daß selbst die größte Ausbeutung der Kolonien das niemals bezahlt werden kann.

Es ist das ja immer noch enorm hoch, viel höher als irgendein vernünftiger Betrieb in den Kolonien rechtfertigen kann; aber man sieht doch, mit welcher Gewalt die Abwärtsbewegung einsetzt.

Vermischtes.

Wie die russische Postverwaltung recherchiert.

Die Geschichte eines Postpakets liefert ein drastisches Beispiel von der grenzenlosen Wammelei der russischen Postverwaltung. Nach dem „Berl. Tagebl.“ wurde am 4. November 1909 ein Postpaket von einem Berliner Kaufmann an einen Kunden nach Warschau gesandt; es blieb dort unbestellbar und bei der Postrevision in Alexandrowo war es gestohlen.

Der Kaufmann wartete geduldig bis zum 20. April auf eine Antwort. Als sie nicht eintraf, wandte er sich zum zweitenmal an die Oberpostdirektion und erhielt wenige Tage später folgenden Bescheid: Auf Ihre Eingabe wird Ihnen im Auftrage der kaiserlichen Oberpostdirektion ergebnis mitgeteilt, daß die von der russischen Postverwaltung eingeleiteten Untersuchungen noch immer nicht abgeschlossen sind.

Der Berliner Kaufmann wartete abermals einen ganzen Monat, da er annahm, daß eine einfache Untersuchung wegen Vererbung eines Postpakets unmöglich so lange Zeit in Anspruch nehmen könne. Aber er hatte sich getäuscht. Am 11. Juni erhielt er folgende trostreiche Antwort von der Oberpostdirektion:

Die russische Postverwaltung hat die Untersuchung wegen Vererbung Ihres Pakets immer noch nicht abgeschlossen. Es ist seitens der kaiserlichen Oberpostdirektion hier am 4. nochmals um baldige Mitteilung über das Ergebnis der Untersuchung und den Umfang der Ersatzpflicht gebeten worden.

Wieder ging ein Monat ins Land, aber der Kaufmann ruhte nicht und wandte sich zum vierten Male an die Oberpostdirektion Berlin. Am 13. Juli erhielt er folgenden Bescheid:

Auf das Ersuchen der kaiserlichen Oberpostdirektion vom 4. Juni an die russische Postverwaltung um Mitteilung über das Ergebnis der Untersuchung und den Umfang der Ersatzpflicht für das von Ihnen nach Warschau eingelieferte Paket ist bisher keine Antwort ertorgegangen.

Wie lange es nun noch dauern wird, bis der Berliner Kaufmann in den Besitz seines Eigentums gelangt, das steht in den Sternen geschrieben. Vielesicht nimmt die russische Postverwaltung an, daß der Berliner Kaufmann, der eine solche Fähigkeit entfaltet, schließlich doch erlahmen und sein Gutachten an die russische Postverwaltung in den Schornstein schreiben wird.

Blutiges Schiedrama in Kiel.

Der Produzenthändler Bartels aus der Wörthner Straße in Kiel lauerte Sonnabend früh seiner von ihm getrennt lebenden Ehefrau auf und machte ihr zuerst Vorwürfe über ihre Untreue, verlangte dann aber, daß sie wieder zu ihm zurückkehre.

Nach einem Telegramm aus Madrid ereignete sich gestern morgen ein folgenschwerer Eisenbahnunfall unter folgenden Umständen: Kurz vor der Ankunft im Bahnhof von Valladolid geriet die Achse eines Wagens III. Klasse des Expreßzuges Madrid-Hendaie in Brand.

Explosion auf einem englischen Kreuzer. Im Nord des Kreuzers I. Klasse „Sulph“ ereignete sich nach einer Meldung aus London bei dem geistigen Flottenmanöver eine Pulverexplosion, bei der fünf Leute der Besatzung schwere Brandwunden erlitten.

Kleine Notizen.

Ueberfall auf einen Briefträger. In der Nähe von Nireghaza (Ungarn) wurde der Briefträger Andreas Schlogl von unbekanntem Täter ermordet und beraubt. Die Mörder hatten die Leiche auf das Bahngleis gelegt, damit sie von dem in kurzer Zeit fälligen Zuge zerstampft würde.

Zugunfall in der Nähe von Landau. Bei einem starken Gewitter wurde gestern nachmittags in der Nähe von Landau der Tagelöhner Winkler, Vater von vier Kindern, vom Blitz erschlagen und der Tagelöhner Aringer, ebenfalls Vater von vier Kindern, schwer verletzt.

Neue Fälle von Typhus. Nach einem Telegramm aus Budapest waren gestern wiederum 15 Fälle von Typhuskrankungen zu verzeichnen, von denen 3 tödlich verliefen.

Zehe Personen getötet. Bei einem großen Brande, der in einer Mietskammer in Lombay ausbrach, sind sieben Eingeborene in den Flammen umgekommen. Drei andere Personen erstickten und wurden als Leichen geborgen.

Großfeuer. In Jula ist in vergangener Nacht eine Waggonfabrik durch ein Großfeuer zum großen Teil zerstört worden. Der Schaden ist sehr groß; so weit bekannt, sind Menschen nicht verunglückt. Der Brand dauert fort. Militär ist zur Abperrung aufboten worden.

Dynamit-Explosion. Bei Bauarbeiten in der Nähe von Vortz Bergpignau explodierte eine Dynamitpatrone. Fünf Arbeiter wurden durch die Sprengstoffe verletzt, darunter drei tödlich.

Theater und Vergnügungen

Lessing-Theater.
Täglich 8 Uhr:
Rasernenluft.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taufun.**
Morgen: **Taufun.**

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Sonntag nachmittags 3 Uhr zu ermäßigtem Preise: Die Dollarprinzessin.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!

In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene gesetzt vom Dir. Rich. Schults.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr: Das sensationelle Programm, u. a.:

Klassische Tänzerinnen vom königl. böhmischen Hoftheat.
Schimpanse-Orang-Utang als Tandemfahrer.
Operette - ohne Männer: Holland im Orient.
22 Holländerinnen 22.

WINTERGARTEN
La Tortajada

in ihrer neuesten Schöpfung:
„Abenteuer eines Toreros“.

Therese Renz
Schulreiterin

Chang Ching Hee-Truppe
Chinesische Zauberer u. Gaukler sowie die sensationellen Attraktionen des Juli-Programms!

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Zum letzten Male:
Der Gesundheitsbeter

Schönheit in 8 Akten von H. D. Weber.
Anf. 8 Uhr. Ende 1/11 Uhr.
Auf der Gartenbühne: Theater-Vorstellung. Spezialitäten. Gr. Konzert. Anfang 4 Uhr.

Voigt-Theater
Gesundbrunnen Badstr. 58.
Heute Sonntag, 1/8 Uhr:
Bineta.

Gr. romant. Lebensbild mit Gesang und Tanz in 3 Akten von G. Schulz.
Das große Juli-Programm.
Reflexion 3 Uhr. Anf. 4 Uhr.

Puhlmanns Theater
Schönh. A. 148 - Kastanien-A. 97/99.
Wenn schön - im Garten!
Wenn Regen - im Saal!
Abends 9 Uhr:

Berliner in Japan.
Operette v. Reisingen. Musik v. Kirchs.
Die brillantesten neuen Spezialitäten der zweiten Hälfte!
Anfang Sonntag 1/4, wochentl. 1/5 Uhr.
Mittwoch: Eine feine Familie mit Käse u. Karl Reich l. d. Hauptrolle.

Max Kilems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasehald 12/13, vis-à-vis v. Turmpf.
Täglich:

Große Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Gravenitz.
Kapellmeister: Max Wolfshalm.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochentl. 6 Uhr, Sonnt. 1/5 Uhr.

Volksgarten-Theater
früher Weimann.
Badstr. 8, Behm- u. Bismarckstraße.
Täglich: Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Das neue tiefen-Qualitäts-Programm. Zur Aufführ. gel.: **Der Goldentel.** Lebensbild mit Gesang u. Tanz in 3 Akten v. R. G. Gimar.
Jed. Donnerst.: Gr. Brillant-Feuerv.

Schweizer Garten
Am Königstor - Am Friedrichshalm.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Abend 1/10 Uhr:

Berliner Herzen.
Volkstheater mit Ges. in 2 Akt.
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.
Jed. Mittw.: Kinderfreudenfest.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute 8 Uhr:
Im Lande der Mitternachts-sonne.
Montag 8 Uhr:
Durch Dänemark und Südschweden.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Heute Sonntag:
Eintritt 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Ab nachmittags 4 Uhr:
Gr. Konzert
(3 Kapellen).
Morgen (sowie täglich): **Militär-Doppel-Konzert.**

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Str. No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
50 Pf.

Reichhaltigste Ausstellung der Welt an lebenden Säugetieren, Reptilien etc. 79/17

Passage-Theater.
Heute Sonntag: 2 Vorstellungen, nachm. 3-7 Uhr kleine Preise, abends 8 Uhr.

Der größte Theatererfolg der spanische Caruso
Senor Orduna.
Der stimmgewaltigste Tenor, der je gehört wurde, u. das große Juli-Programm.

Passage-Panoptikum.
Die zusammengewachsenen **Schwestern Blazek und ihr Kind.**
Von 11-1 Uhr mittags u. von 8-10 Uhr abends zu sehen.
Kein Extra-Entree!
Nur wenige Tage!
Eintritt 50 Pf., Kinder und Soldaten 25 Pf.

Folies Caprice
Anfang 9 1/2 Uhr.
Pariser Ehen.
Der Athlet.
Die heusche Coinette.
Das Verführungs-fest.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165 (Paschorrpal).
Größte Sehenswürdigkeit Berlins

Der Mann mit der eisernen Zunge.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.

Große Ausstellung für Banindustrie u. Feinkeramik
Baumschulenweg bei Berlin.
Stadtbahnstation, 25 Minuten vom Bahnhof Friedrichstraße.
Täglich von 10-8 Uhr geöffnet.
Eintritt 1 M., Sonntags 50 Pf.
Vereine erhalten Ermäßigung.
Letzte Woche.

Burgtheater-Kinematograph
vorm. Grotorjan, Inhab.: Rud. Herz.
Schönhauser Allee 149. Tel. 3. 9333.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur **Sonntags u. Montag.**
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anfang 7 Uhr. Vorzugskarten, nur wochentags gültig, 25 Pf. auf allen Plätzen. Stets werbl. Programm. Jed. Sonnt. 1. Oberaal: Künstlerkonzert. Entree 15 Pf. Garberode 10 Pf. R. d. Konzert: Familien-Kränzchen. Täglich: Freilichtkonzert.

Sommer-Theater Café Bellevue
am See und Bahnhof Stralau-Rummelsburg.
Täglich: Spezialitäten Theater, Konzert.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Gottschalk-Oper.
Sonntag, nachm. 3 Uhr bei ermäßigtem Preise:
Der Troubadour.
Sonntag, abends 8 Uhr:
La Traviata.
Montag, abends 8 Uhr:
Selbstmitleiche Vorstellung zu ermäßigtem Preise: **Fidello.**

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Aufspiel in 5 Aufzügen von Leo Walter Stein und Ludwig Keller.
Ende 10 1/2 Uhr.
Montag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die von Hochsattel.

Sung-Park
TERRASSEN HALENSEE
Größter Vergnügungspark des Kontinents.
Originelle Attraktionen. Die gr. Sehenswürdigkeit Berlins.
Täglich Translatoren- und Militärkapellen.
Eintrittspreis 50 Pf.

„Pharus-Sommer-Theater“
Besitzer: Max Ludwig. Art. Leitung: Max Reinhart
Berlin N., Mollerstr. 142.
Täglich: Im herrlichen Naturgarten Bei Regen im Theatersaal!
Konzert u. Spezialitäten-Vorstellung
20 Künstler-Attraktionen. Stets wechselndes Familien-Programm.
Außerdem jeden Freitag: **Die beliebten Apollo-Sänger.**
Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochentags 6 Uhr.

Achtung! Diez' nur Achtung!
Seeterrasse Sichtenberg
Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz.
Größtes und schönstes Hotel Berlins.
Bei ungünstiger Witterung Schutts für 8000 Personen. **Täglich:**
Ob schön! ob Regen: **Gr. Konzert.** Aufzutreten der **besten Turnfeilkünstler der Welt The Lipolla.**
The 3 Blackburns, phänomenaler Bassistler-Mitt. Gr. Lacherfolg:
Gustav Looser Comp. Semalens-Pantomime, ein Spas in einer höllischen Weltanschauung. **Quert Krill und Gustav Müller,** Original-Comoristen mit ihren wunderbaren aktuellen politisch-satirischen Schlägen und das neue beste Programm Berlin.
Jeden Sonntag: **Riesen-Feuerwerk und Ball.**
Land- und Wasser
Jeden Dienstag: **Großes Kinder-Freudenfest.**
Anfang 8 Uhr. Wochentags 4 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. Kinder frei. Um gütigen Zutritt bitten Louise und Waldemar Diez.

Spree-Garten Treptow.
Gegenüber der Sternwarte.
Erstklassiges und größtes Konzert-Etablissement Treptows.
Elegante Säle und Innenräume für ca. 3000 Personen.
Schultheiß-Biere Original-Pilsener Spaten-Bräu
Heute Sonntag, 17. Juli: **Großes Militärkonzert**
Kapelle des Inf.-Regts. v. Stülpnagel. Kgl. Obermusikmeister Ebert. Entree 20 Pf.
Im Riesen-Festsaal: **Großer Ball.**
2 Tanzmeister. Ballmusik der Hauskapelle. 2 Tanzmeister.
Voranzeige! Mittwoch, den 20. Juli, Donnerstag, den 21. Juli: **2 Extra-Tage Spree-Garten 2**

Reederei Kahnt & Hertzner
Tel. Amt VII. No. 2062.
Billige Dampfer-Exkursionsfahrten ab Kaiserbrücke:
Jeden Montag u. Donnerstag, Freibad Grünau u. Neue Mühle
Dienstag und Freitag nach Woltersdorfer Schleuse
Mittwoch nach Freibad Grünau und Ziegenhals
Mittwoch u. Teupitz, Lornoms Idylle, Abf. 7 1/2 Uhr morg.
Montag, Dienstag, Donnerstag u. Freitag n. Hassenwinkel und Neu-Zittau. Abf. 10 Uhr morg.
Achtung! Mittwoch, den 20., Donnerstag, 21. u. Sonnab., 22. Juli, nach Freibad Grünau, Ziegenhals u. Neue Mühle. Abf. 9 1/2, morg.
Abf. 2 1/2 Uhr nachm. mit Hin- und zurück 50 Pf. Hin u. zur. 2 Pf.
Otn u. zurück 75 Pf. Kinder die Hälfte.

Von der Michaelbrücke bill. Ferienfahrten.
Morgen Montag 9 1/2 Uhr nach Wernsdorf, Krampenburg und Schmöckwitz. Dienstag 9 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg und Schmöckwitz. Mittwoch 9 1/2 u. 2 1/2 Uhr nach Wernsdorf, Krampenburg und Schmöckwitz. Donnerstag 9 1/2 u. 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Freitag 9 1/2 u. 2 1/2 u. Wernsdorf, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Vorl. täglich **Doppel-Konzert.**
Eintritt: 10-6 Uhr 1 Pf., v. 6 Uhr ab 50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 Pf.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Täglich:
Im Reiche des Mars
Spezialitäten, Konzert u. Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Königstadt-Kasino.
Holtenauerstr. 72. Ede Wegandstraße.
(Inhaber: Max Schindelhauer.)
Im herrlichen Naturgarten (bei ungünstiger Witterung im Theatersaal).
Täglich: **Gund Konul** aus Holtenau ? ? ? **Wafel.** bester Entsehlungsstündl. u. Goldschmiede **Zocherlein,** Volldt. m. Gef. in 1 Akt. Anfang wochentl. 7 1/2, Sonnt. 5 Uhr.

Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: Festsäle
Gartenrestaurant
Konditorei und Café

Täglich Konzert
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

CIRCUS
Cyrril Hallé
Das Monstrum aller europäischen Zirkusse

Bestimmt nur wenige Tage.
Schöneberg, Ecke Haupt- und Mühlenstraße.
Tel. Amt 6. 129.

Sonntag, den 17. Juli, nachm. 4 u. abends 8 1/2.
2 Gala-Vorstellungen!
In den Nachmittags-Vorstellungen unter 12 J. alte Kinder u. Militär vom Feldwebel abwärts halbe Preise.
Morgen: **Sport-Abend.**

Walhalla-Variete Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthal, Tor.
Abends 8 Uhr:
Das großartige Variete-Programm.
Theater, ununterbrochen geöffnet.

Achtung!
Seebad Wilhelmsruh
Direkt an Schönholzer Heide.

Empfehle mein großes Sommerlokal, 3000 Personen fassend, bei ungünstiger Witterung große Halle. Volksbelustigung aller Art. Herren- und Damen-Gab.
Sonntags von 3 Uhr ab: **Großes Promenaden-Konzert** ausgeführt von Zivil-Berufsmusikern. Im Saale Gr. Ball.
Sonntags, den 22. Juli: **Italienische Nacht** (Veranstalt. v. dem Kab.-Duo „Solidarität“) in Entree frei! Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.
Richard Kollmann.

Schloß Weißensee.
Jeden Sonntag:
Großes Militär-Konzert.
Wasser- und Höhen-Feuerwerk.

Auffügen des Passagier-Schiffes „Deutschland“, früher Herr **Franz Branner.**
Große Gratis-Verlosung!
Jedes Musikprogramm hat eine Losnummer und kostet 10 Pf. Zur Verlosung gelangen wertvolle Gegenstände.
79/16
Entree 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr. Kinder frei!

Grand Elite-Ball.
Spezialitäten-Vorstellung.

Schwarzer Lichtenberg
Richard Arnholt

Jeden Sonntag **Gr. Künstler-Konzert** Jeden Sonntag
sowie das erstklassige Spezialitäten-Programm mit Franz Sebanski
Im **Gr. Ball.** Volksbelustigungen aller Art
3 verdeckte Kegelbahnen
Im prachtvollen Lindengarten
Täglich Künstler-Frei-Konzert - Kapelle Hoffelder

Schloßpark Wilhelminenhof
Ober-Schönweide.
Täglich:
Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.
Kritischer Leiter Paul Schönherr.
Angenehm er Familien-Ausenthalt.
Günstig an der Spree gelegen.
H. Nicke.

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Victoria-Brauerei, Lützowstr. 111/112
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gelangsvorträge, Theater und Variete-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstag, Donnerstag und Sonnabends: **Tanzkränzchen.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr. - Alle Bonds gültig.
Im Restau.: Mittags 75 Pf.
Gr. u. H. Säle zu Festlichkeiten aller Art.
Max Saeger.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten.

Das größte Kino-Theater Berlins.
Neues Programm.
Eintritt 30 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Zum Schluss:
Künstler d. Landstraße.
Urf. Burleske von Meyerol.
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Schloß Weißensee.
Jeden Sonntag:
Großes Militär-Konzert.
Wasser- und Höhen-Feuerwerk.

Auffügen des Passagier-Schiffes „Deutschland“, früher Herr **Franz Branner.**
Große Gratis-Verlosung!
Jedes Musikprogramm hat eine Losnummer und kostet 10 Pf. Zur Verlosung gelangen wertvolle Gegenstände.
79/16
Entree 50 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr. Kinder frei!

Grand Elite-Ball.
Spezialitäten-Vorstellung.

Schwarzer Lichtenberg
Richard Arnholt

Jeden Sonntag **Gr. Künstler-Konzert** Jeden Sonntag
sowie das erstklassige Spezialitäten-Programm mit Franz Sebanski
Im **Gr. Ball.** Volksbelustigungen aller Art
3 verdeckte Kegelbahnen
Im prachtvollen Lindengarten
Täglich Künstler-Frei-Konzert - Kapelle Hoffelder

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Schillingsbrücke
(am Schließchen Bahnhof).
Billige Dampfer-Ferienfahrten mit Musik.
Täglich früh 8 u. 9 Uhr, **Woltersdorfer Schleuse.**
mittags 2 Uhr nach **Neue Mühle.** Hin und zurück
täglich 10 Uhr, mittags 2 Uhr nach **Woltersdorfer Schleuse.** 50 Pf.
Jed. Sonntag früh 8 u. 9, 2 1/2 Uhr nach Neue Mühle, Krampenburg u. Schmöckwitz. Preis früh u. nachm. hin u. zurück 50 Pf. Abf. 25 Pf. G. Zachow. Tel. IV. 5821.

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises

Sonntag, den 24. Juli 1910, in „Schloss Weissensee“
(Fahrverbindungen mit der Stadtbahn (Nördring) und den Straßenbahnlinien 59, 60, 61, 62)

Grosses Sommerfest

bestehend in

Konzert, Gesang, Vorträgen und Feuerwerk

Mitwirkende: Gesangsvereine des Arbeiter-Sänger-Bundes — Freie Turner — Arbeiter-Athleten-Vereine — Arbeiter-Schwimmer — Humoristische und satirische Ensembles

Neu! **Raritäten-Kabinet!** Neu!

Billetts im Vorverkauf 20 Pfennig, an der Kasse 25 Pfennig
Anfang mittags 12 Uhr

In beiden Sälen TANZ

Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pfennig nach

Jedes Kind erhält zwei Bons; einer ist gegen eine Stocklaterne umzutauschen, der andere gilt zur einmaligen Benutzung der Schaukel oder des Karussells
Die Kaffeeküche ist von 3 Uhr ab geöffnet Das Komitee.

Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16-23.
Sonntag, den 17. Juli 1910:

Großes Sommerfest

veranstaltet vom

Verband der Bäcker und Konditoren (Berlin), Gesangsverein Morgenrauen (M. d. A.-S.-B.)
Im herrlich unmittelbar am **Konzert** ausgeführt v. d. Kapelle d. berühmten Berliner
Friedrichshain geleg. Garten Sinfonieorchesters, Kapellmeister Max Fischer.
Gesang x Spezialitäten-Theater unter Leitung des Direktors Lück.

Im großen Rissensaal **Ball** Herren, die daran teilnehmen,
von nachmittags 4 Uhr an zahlen 50 Pfennige nach.

Anfang des Gartenkonzerts nachmittags 4 Uhr.
Eintrittskarten 30 Pf. x Die Kaffeeküche steht von 3 Uhr an zur Verfügung.
Kindern unt. 14 J. in Begleitung Erwachsener Eintritt frei! Jedes Kind erh. 1 Stockl. grat.
Um zahlreiche Beteiligung bittet Das Festkomitee.

Alhambra

Wälfner-Theaterstraße 15.

Jeden Sonntag: Großer Ball

Großes Orchester, Anfang Sonntags
5 Uhr. A. Zammitat.

Carl Kellers

Neue Philharmonie
Köpenicker Str. 96-97
10 Säle (50-2000 Personen), zu
Versammlungen, Sommerfesten
und anderen Vergnügungen.
Im herrlichen Naturgarten
täglich: Konzerte
und Kinematograph.

Viktoria-Garten

in Wilmersdorf, Wilhelm-
aus 114/115, ca. 10 000 Personen
fassend, mit großer Kaffeeküche,
5 Regelpöhlen und sonstigen Ver-
anstaltungen. Täglich: Künstler-
Konzerte. Entree frei. 56244

Kreuzberg-Festsäle und Garten

Def. Otto Ernst, SW, Kreuzbergstr. 48
Jeden Sonntag: **Große**
Spezialitäten-Vor-
stellung (Paul Josephs
Ensemble). Entree frei. Pro-
gramm 10 Pf. — Jeden
Montag: **Hoffmanns**
Nord. Sänger. —
Jeden Freitag: Die lustigen
Kalauer, Vesp. u. Vorzugsl.
gültig. Einige Sonnabende
unt. auf. Heb. an Vereine zu vergeben.

Markgrafen-Säle

34, Markgrafen-Damm 34.
An der Stralauer Klise.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im Restaurant täglich musikalische
Unterhaltung. Verzügliche Küche,
ff. Bier u. Weine, Billard u. Regeltanz

Moepners Blumengarten

Ober-Schöneweide.
Gute Konzert- und Musikfeste
des Brandenb. Feld-Artillerie-
Regiments Nr. 8. Oberauf-
meister G. Schumann.
Gr. Garten und Wasser-
illumination und Ball.
Täglich:
Konzert und Ball.

Sophien-Säle

Sophienstraße 17/18

Querstraße der Rosenthaler Straße
am Hackeschen Markt

Inhaber: **Paul Baatz**
empfiehlt seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen,
Vorträgen u. Musikabenden usw. Verzügliche Küche, Entgegenkommen.

Etablissement Müggelschloßchen

vollständig renoviert.

Neu eröffnet.

Anerkannt vorzügliche Küche.
Oekonom Anton Giesholt.

Ober-Schöneweide. Ernst Höflichs

Waldstraße
73/74.

„Krug zum grünen Kranze“ (Mittelpunkt der Erde).
Garten, Restaurant und Gesellschaftssaal.
Etagen Cabarets und Nieder-Schöneweide-Johannisbad.

Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Küche und Keller in
bekanntester Güte.
Jeden Dienstag: **Großes Kinderfest.**
Vereine und Gesellschaften bestens empfohlen. **H. Höflich.**

Raucher bevorzugen

TUMA-Cigaretten

Sivri 3 S.

CIGARETTENFABRIK
TUMA
GEGR. 1875

Charlottenburg.

Großer Saison-Ausverkauf

von guter Herren- und Knaben-Bekleidung
zu enorm billigen Preisen der Firma
S. Hoffmann, Wilmersdorfer Straße 12
Ecke Schulstraße

Haß-Anzüge aus den modernsten Stoffen von 45.- M. an
in eigener Betriebswerkstätte.

Gesellschaftshaus,

Prenzlauer Straße 41.
Saal für Gesang, sowie andere Ver-
eine geeignet noch auf einige Tage zu
vergeben, ebenso Vereinszimmer
(50 Personen). 29408

Berliner Uk-Trio.

Felix Schöner Stralauerstr. 1

Landpartie-

Vereins-Verlosungs-Gegenstände,
Lampions, Papiermützen, Radau-
instrumente in herrlicher Ausw.
Außergew. billig u. B. feine bunte
Stocklaternen Dts. 35 Pf.

Bernhard Keilich

Größt. Spielwarengesch. d. Welt
Gr. Hamburgerstr. 21/23
Ecke Oranienburg. Str. 19 Schauf.

Ungarweine

der Firma **D. Leicht & Co.**
Berlin 50. — **Robor** (Ungarn)
vorzügl. Qualität, direkt bezogen, wie
Süßer Ober-Ungar,
Kuster,
Häneser,
Oedenburger,
Szamorodner,
Blutwein,

insbesondere **Medialinal-Ungar-**
weine, Gemisch unterfucht, empfiehlt
zu höchsten Preisen

Rudolf Görling,

Destillation und Restauration
Reichenberger Straße 152.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.

Nur 20 Pf. Fahrt. Zentrum Berlins,
trotzdem billig, als weiter. Berlin
gelegene Orte, wie Hoppegarten,
Neuenhagen usw. M.B. Anzahlung,
lang. Hypotheken. Pläne gratis.
Verkäufer ständig am Ort. Mahlsdorf
im Pavillon. J. Rieger, Gontardstr. 5.

+ Magerkeit +

schwindet durch **Haupe's** Nähr-
pulver „Thallosia“. Preisgekrönt
Berlin 1904. In 6 Wochen 24 Pfund
ärztl. kontrollierte Zunahme. Gar.
unschädlich. Viele Anerk. Karton
2 M., bei Postversand Porto und
Nachnahmespesen extra. H. Haupe,
Berlin N., Greiffenhagenstr. 70.
Depots in folgenden Apotheken:
Weissenburgerstr. 53, Leipziger-
str. 74, Friedrichstr. 100, Pots-
damerstr. 29, Köpenickerstr. 119,
Frankfurter Allee 74, Rosen-
thalerstr. 61, Reinickendorferstr. 1.
S p a n d a u: Potsdamerstr. 40.
Best.: Pfl. Eiw. Haemogl. Lecith.
Bism. Natronalk. Cac. Zucker.

„Schweizerhof“

Melerei und Milch-Kuranstalt

liefert

Vollmilch u. Kindermilch

zu jeder Tageszeit

frei Haus zu den üblichen Preisen.
Lieferant der Konsumgenossenschaft
Berlin und Umgegend.

Besichtigung der Melerei jeder-
mann Sonntags, nachmittags 2 bis
5 Uhr, gestattet.

Ungewitter's Kautabak

garantiert rein aus Kentuckytabak,
seit Jahrzehnten unübertroffen.

Niederlage:
G. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,
Gürtelstr. 1, Ecke Frank. Chaussee.

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. **Brunnenstr. 185**
Tor u. Invalidenstr. Zwischen Rosenthaler
Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergewerkschaft Berlins.

Empfehle
sich allen **Arbeitern, Parteigenossen**
und **Mitbürgern** zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.
Große Auswahl in

Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen
in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in
eigenen Betriebswerkstätten unter den von
unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten 100/1*
der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,
des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des
Arbeiter-Radfahrer-Bundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für
eigenen Bedarf fabricieren und unsere Waren in keinem
anderen Geschäft zu haben sind.

Im Juli und August bleibt unser Geschäft Sonntags nach
10 Uhr geschlossen.

Möbel, Spiegel Julius Krause

Kastanien-Allee
u. Polsterwaren **No. 40.**

Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen
Teilzahlung gestattet.

Reinigt Euer Blut im Frühjahr!

Die meisten Krankheiten haben ihren Ursprung im unreinen
Blute, deshalb reinige man sein Blut mit:

Reichel's Wacholder-Extrakt „Medico“

das vollkommenste und wirksamste Blutreinigungsmittel
zur Auffrischung des Blutes und der Gäfte. Er wirkt, die
Natur unterstützend und den Stoffwechsel mächtig anregend, nach
allen Richtungen hin und auf alle Teile des Körpers in milder,
nur wohltätiger Weise ein und ist gleichsam

ein Filter für den ganzen inneren Menschen.

Niemals löse, garantiert echt und unverfälscht nur in Flaschen
mit Marke „Medico“ à R. 0,75, 1,50 und 2,50.
In den meisten Drogerien erhältlich, wo nicht, direkt
zu beziehen durch

Otto Reichel, Berlin 43, P.-Hofstraße
Eisenbahnstr. 4. IV 4751, 4752, 4753.

Man verlange aber ausdrücklich Marke „Medico“ und nehme keinesfalls
andere Fälschungen.

50 Pl. wöch. Ohne Anzahlung

Bitte Spiegel, Bilder, Decken, Porzellan, Teppiche, Gardinen,
genau auf Steres; ferner mit kl. Anzahlung (1 Mk. wöchentlich)
Haus-Nr. Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe, Bett- und Leib-
achten! wäsche, Betten, Kinderbetten sowie einz. Möbel.
J. Antel, nahe Jannowitzbr. 1a erste Bitte Besuch
Etage, od. Postkarto.

Heinrich Franck

Tel.: Amt III, 4352. Brunnen-Str. 185. 8 bis 7 Uhr geöffnet.

Sumatra-Decke 220 Pfg. verz.

2. Länge Lochblatt, sehr blattig, edel, schönstes hell-
braun, zart, wunderbarer Brand, risig deckfähig.

W. Hermann Müller

Berlin, Magazinstr. 14.
Sumatra 6694 a 2.50 verzollt
II. Länge Vollblatt,
feiner Brand, schöne Mittelfarben.

Achtung!

Java-Einlage,
leicht u. zartblättrig,
viel Inhalt enthaltend,
per Pfd. M. 1.10.

Hamburger Rohtabakhaus
Filiale: Berlin N.,
Brunnenstr. 100.

Fremde!

laßt Euch nicht beeinflussen, die

Vorwärts

keine Ausstattung! Cigaretten Nur prima Ware!

sind an Qualität nicht zu schlagen.

Wir weisen alle Angriffe einzelner Konkurrenten
zurück und bemerken ausdrücklich, daß in unserem
Betriebe ausschließlich organisierte Arbeiter
x x und Arbeiterinnen beschäftigt werden. x x

Versuch überzeugt! Überall zu haben!



HERMANN TIETZ



LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE

Besonders preiswerte Angebote

Diese Woche

Damen-Konfektion

soweit Vorrat:

Ein grosser Posten	Seidene Blusen einfarbig und gestreift	4⁹⁰ 6⁷⁵
Ein grosser Posten	Zephir-Blusenhemden	1⁷⁵ 2⁹⁰
Ein grosser Posten	Farb. Leinen- u. Batist-Kleider moderne Fassons	9⁷⁵ 18⁷⁵ 29⁵⁰
Ein grosser Posten	Weisse Leinen- u. Batist-Kleider moderne Fassons	10⁵⁰ 18⁵⁰ 28⁵⁰

Damen-Wäsche

Damen-Hemden	1⁶⁵	Damen-Hemden	elegante Ausföhrung	1⁹⁵	Damen-Hemden	In hoch-eleganter Ausföhrung	2⁴⁵
Beinkleider		Beinkleider			Beinkleider		
Nachtjacken		Nachtjacken			Nachtjacken		
Ein Posten garnierte Kissen	95 Pf.	Ein Posten Untertaillen	75, 95 Pf.	1 ⁴⁵			
ca. 3000 Hemden, Beinkleider, Nachtjacken aussergewöhnlich billig durchweg 1³⁵							
Ein grosser Posten	Moderne Trapeztaschen aussergewöhnlich billig			2²⁵ 2⁸⁵ 3⁷⁵ 7⁵⁰	bis		



Brühl's
Kraffbrüh-Würfel
Marke "Ochsenkopf"
vorzügliche **5 Pfg.**
Bouillon

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbelfabrik unter 10jähriger Garantie **A. Schulz,** Reichenberger Straße 5.

Die teure Zeit

zwingt so manchen Herrn äusserst sparsam zu sein.
Wie kann man sparen?

Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59 finden Sie elegante, von feinsten Herrschaften nur ganz kurze Zeit getragene, vielfach auf Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.

Eine Quelle des Wohlstandes

erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Maß-Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt.

Ahonnements-Anzüge und Paletots M. 12.— 16.— 19.—
Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.—

Verleihhaus feiner Herrenmoden
Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.

Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate.

Sonntags geöffnet von 7^{1/2}—10, 12—2 Uhr.
Stets großes Lager von :: Gelegenheitskäufen ::
Anzüge und Paletots von 9.50 Mark an.

Kautabak

Marke **Grimm & Triepel Nr. 3** dick grüne Verpackung
 Marke **Grimm & Triepel Nr. 5** mittel Karton gelbe Farbe
 Marke **Grimm & Triepel Nr. 6** mitteldünn Kart. rosa Farbe
 Marke **Grimm & Triepel Nr. 7** dünn Karton blaue Farbe

Wir bitten darauf zu achten, dass jedes Pfund mit Original-Verschluss geliefert wird und warnen vor Nachahmungen.

Grimm & Triepel, Nordhausen.

Das seidene Braut-Kleid

und die herrlichsten Seiden kauft man am vorteilhaftesten direkt im Seiden-Engros-Haus Seiden-Herzog. Nach beendeter Saison werden zirka 25000 Meter kostbarer Seiden direkt an jede Dame verkauft. Diese Woche: Reste und Coupons wundervoller Seiden und Samte für Roben, Blusen, Jupons usw., darunter drei Serien à 1,00, 1,50, 2,00 per Meter, welche teilweise das Doppelte und Dreifache gekostet haben. Ferner: Vornehme Seiden für Braut- und Hochzeits-Roben. Aparte Blusen- und Jupon-Seiden, entzückende Sommer-Seiden, Foulards, Baute usw. von 1,50 an. 1 Posten Crêpes de Chine und Eolienne, doppeltbreit, für elegante Braut-, Gesellschafts- und Strassenröben 3,50, 4,50 usw. Reinsidene schw. Damaste, Merveilleux, Louisines etc. 18, 20, 30 per Robe. Viele Hundert schicke Blusen, darunter eine Serie, früher bis ca. 25,00, jetzt durchschnittlich 7,50. Jupons, elegante schwarze Kostümröcke in Seide, Tuch, Alpaka von Mk. 9,00 an. Änderungen sofort.

Seiden-Herzog, Berlin, nur Leipzigerstr. 79 — 1 Treppe — am Udenhofplatz.

Beginn des Verkaufs Montag 9 Uhr. Muster franko!

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. z. H. Unger, Gesundheitslehrer Berlin NW. Friedrichstrasse 91/9

J. Baer
Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
Herren- und Knaben-Moden, Berufskleidung, Eleg. Paletots.
Großes Stofflager zur Anfertigung n. Maß.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Zepernick-Bernau.
Bargelle von 390M. an (ca. 90 R.)
Kleine Anzahlung u. langjährige Hypothek. Güter gratis. Verkäufer ständig am Bhl. Zepernick. J. Rieger, Contardstr. 5.

Phänomen

Cigaretten
Qualitätsmarke
mit und ohne, auch mit Goldmundstück, St. 2, 3, 4 und 5 Pf.

Cigarettenfabrik **NAMKORI**



Verleih-Institut: Friedrichstr. 115/1, a. Orabg. 2. et. Elg. Prod. Gehrod 1,50, Dofe 1,00, Bette 50Bl.

Frack-Opera



spielt wie eine Militärkapelle singt u. lacht u. amüsiert alle!
Umsonst zu jed. Apparat

20 neue Stücke!

Raten-Zahlung Kein Preisaufschlag! Vertreter gesucht!
otto Jacobson
Friedenstr. 9 Berlin 605

Die Harnleiden
ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper,
BERLIN — Preis 1 Mark.
7tes Tausend. ■
Verlag Max Richter Frankfurt, Oder Buschstr. 11/12

Beste Bettenfüllung
sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen

Monopoldaunen
(grünl. gefärbt) Gewicht 2,25, 3-4 Pfund gemäss 1 gr. Oberbett. Best. geg. Nachnahme. Verpackung frei.

Gustav Lustig
Berlin S. 390 Prinzenstr. 46
Gedichtes Bettfedern-Spezial-geschäft Deutschlands.

Partei-Angelegenheiten.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Der unterzeichnete Ausschuss beschloß in der letzten Sitzung, die ohnehin reichhaltige Tagesordnung der sechs Berliner Kreisgeneralversammlungen zu teilen und statt wie ursprünglich bestimmt, in jedem Kreis nur eine Generalversammlung abzuhalten, nunmehr deren zwei zu veranstalten.

Eine außerordentliche Generalversammlung wird nunmehr am

Dienstag, den 26. Juli, 8 Uhr abends

stattfinden. Tagesordnung: Der Magdeburger Parteitag, Diskussion, Wahl der Delegierten und wenn möglich noch Brandenburgischer Provinzial-Konferenz nebst Delegiertenwahl.

Die zweite ordentliche Generalversammlung der sechs Kreise findet dann, wie angekündigt, am

Dienstag, den 2. August, 8 Uhr abends,

statt und wird als Tagesordnung enthalten: Vorstand-, Kassen- und Kommissionsberichte, Vorstandswahlen, die Verbands-Generalversammlung nebst Wahl resp. Bestätigung der nominierten Delegierten.

Die Kreisberichte für die Verbands-Generalversammlung müssen spätestens am 4. August an das Verbandsbureau gelangt sein.

Die Lokale für beide Tage, Referenten usw. werden noch wie üblich bekannt gegeben.

Wir bitten die Mitglieder der Organisation, schon heute von den abgeänderten Veranstaltungen Notiz zu nehmen und zahlreich zu erscheinen.

Der Aktionsausschuss.

Zur Lokalliste. In Säbende L.-B. sind die Lokale von Dohi und Schultze in der Richterfeldstraße streng zu meiden. Die wiederholten Verhandlungen mit den Inhabern sind ergebnislos verlaufen, die Herren sind nicht zu bewegen, ihre Räume der Arbeiterschaft zur Verfügung zu stellen.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 24. d. Mts., veranstaltet die „Freiwillige Feuerwehr“ von Wühlendes-Buchhorst in dem gesperren Lokal von Frh. Müller, „Gasthof zur deutschen Krone“ in Wühlendes ein Sommerfest, für das man unter der dortigen Arbeiterschaft eine lebhaft propagandistische Veranstaltung fern zu bleiben.

Das Lokal „Mägdelee-Strand-Restaurant“ am Mägdelee, Str. Friedrichshagen, steht der Arbeiterschaft von jetzt ab zu allen Veranstaltungen zur Verfügung.

Die Lokalkommission.

Fünfter Wahlkreis. Am Dienstag, den 19. Juli, 8 1/2 Uhr abends, findet in den Union-Sälen, Greifswalder Straße 228, eine kommissionierte Versammlung aller Zahlwähler der ersten Abteilung statt.

Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist notwendig. Der Abteilungsleiter.

Rixdorf. Bürger, Arbeiter, Kommunalwähler! Am Montag, den 18. Juli, und den darauffolgenden Tagen werden Petitionen zur Unterschrift vorgelegt, worin der Magistrat unserer Stadt aufgefordert wird, die diesjährigen Kommunalwählerlisten nach dem Prinzip der Steuerdrückung, dem Gesetz entsprechend aufzustellen. Fordert Euer Recht und gebt die Unterschrift ohne Unterschied auf die Parteirichtung.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Nieder-Barnim.

Die Generalversammlung des Kreises findet am Sonntag, den 24. Juli, vormittags 10 Uhr, in Rummelsburg, im Café Bellevue, Hauptstraße 2, statt. Die provisorische Tagesordnung lautet:

- 1. Tätigkeitsbericht vom 1. Januar 1909 bis 30. Juni 1910.
2. Wahl der Kreisleitung.
3. Die Provinzialkonferenz am 11. September und Wahl dreier Delegierten.
4. Der deutsche Parteitag und Wahl der Delegierten zu demselben.
5. Anträge und Vereinsangelegenheiten.

Der Kreisvorstand.

Borghagen-Rummelsburg. Den Parteigenossen und Genossinnen zur Nachricht, daß heute Sonntag, den 17. Juli, vormittags präzis 10 Uhr, im großen Saale des Café Bellevue, die Jahresversammlung des hiesigen Wahlvereins mit folgender Tagesordnung stattfindet: 1. Vorstandsbericht. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes und der sonstigen Funktionäre. 3. Stellungnahme zur Kreisgeneralversammlung. 4. Wahl von 14 Kreisdelegierten. 5. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet. Mitgliedsbuch ist zur Legitimation mitzubringen.

Der Vorstand.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Volkshaus“, Rosinenstraße 3, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen W. Siering: Der preussische Verfassungskampf. 2. Diskussion und Anträge. 3. Die Generalversammlung des Kreises (Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben). 4. Parteiangelegenheiten.

Brin-Budow. Dienstag abends 7 1/2 Uhr bei Hrn. Werder-Ede Rungiusstraße: Generalversammlung. 1. Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben. 2. Bericht der Gemeindevertreter. 3. Verschiedenes.

Lichtenberg. Am Dienstag, den 19. d. Mts., pünktlich 8 1/2 Uhr abends, findet im Lokal der Gebr. Arnold, Frankfurter Chaussee 5/6 die außerordentliche Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins, Kreis Nieder-Barnim, Bezirk Lichtenberg, statt. Tagesordnung: Bericht der Bezirksleitung und der Kommissionen und Neuwahl derselben. Das Mitgliedsbuch legitimiert.

Borsigwalde-Bittenau. Am Dienstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Bezirks in den Borsigwalder Festsälen statt. Am zahlreichem Besuch erfucht

Potsdam. Mittwoch, den 20. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, in den Bezirkslokalen: Zahlabend. — Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß am Sonntag, den 21. Juli, nachmittags, das 19. Stiftungsfest des Wahlvereins im Viktorien-Garten stattfindet.

Weissenhof. Morgen Montag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Prälator, Lehnstr. 122: Bezirks-Generalversammlung. Anlässlich der wichtigen Tagesordnung, wie Neuwahlen, Anträge usw., ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Bezirksleitung.

Pankow. Am Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet im Lokal von Großfurt, Berliner Str. 27, die Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen W. Kubig über den deutschen Parteitag. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Verbands-generalversammlung. 4. Ortsangelegenheiten. 5. Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Groß-Lichterfelde-Lankwitz. Am Dienstag, den 19. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet für die Orte Groß-Lichterfelde und Lankwitz eine öffentliche Protestversammlung gegen die Reichsversicherungsordnung im Kaiserhof, Kronoldplatz, statt.

Parteilosen, sagt für Massenbesuch! Die Vorstände.

Friedenau. Am Dienstag, den 19. cr., abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung des Wahlvereins bei Wehelle, Handwerkerstraße 60/61. Tagesordnung: Berichte. Neuwahl des gesamten Vorstandes. Kreis-generalversammlung. Anträge. Verschiedenes. Der Vorstand.

Behlendorf (Wannseebahn). Achtung! 4. Bezirk. Morgen Montag, den 18. d. Mts., findet für diesen Bezirk ein Extra-Zahlabend bei Venuo Rieley statt. Es ist Pflicht der Genossen zu erscheinen, da eine sehr, sehr wichtige Besprechung vorzunehmen ist. Der Vorstand.

Mierdshof. Dienstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr findet im Lokal von R. Kaul, Widmarstr. 16 Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Ober-Schneewitz. Dienstag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, bei Mörner: Generalversammlung. Tagesordnung: Neuwahlen der Bezirksleitung.

Spandau. Die außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr im Lokal von Gottwald, Schönwalder Straße 80 statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Stellungnahme zu der am 14. August in Spandau stattfindenden Kreisgeneralversammlung. 2. Anträge zu derselben. 3. Wahl von 3 Delegierten. 4. Neuwahl des Bildungsausschusses. 5. Verschiedenes. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Vorstand.

Karlshorst. Am Dienstag, den 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im „Färstebad“, Inhaber Bartels. Vortrag des Genossen Unger: „Christentum und Sozialdemokratie“.

Berliner Nachrichten.

Unrechtmäßige Kirchensteuererhebung.

Eine hiesige Korrespondenz schreibt über die Eingiehung der Kirchensteuer in Berlin: Es erscheint fast unglaublich, beruht aber auf Tatsachen, daß in Berlin alljährlich viele Tausende Mark an Kirchensteuern eingezogen werden, die von Rechts wegen nicht gezahlt zu werden brauchen.

In Berlin wird von der Stadtsynode von allen denjenigen Steuerzahlern Kirchensteuer erhoben, die ein Einkommen von mindestens 1500 M. versteuern. Bei den alljährlichen Veranlagungen wird der Synode von der Veranlagungskommission die Veranlagung im einzelnen mitgeteilt. Auf Grund dieser Angaben erfolgt die Festsetzung der Kirchensteuer und die selbstverständliche Eingiehung durch die Kirchenverwaltung.

Nun kommt es aber recht oft vor, daß gegen die Veranlagung Berufung eingelegt wird. In diesem Jahre geschah dies infolge allzu hoher Veranlagung von ziemlich der Hälfte der Genossen.

Von den Berufungsentscheidungen erhält die Synode aber keinerlei Benachrichtigung, auch wenn auf vollständige Befreiung von der Steuerzahlung erkannt worden ist. Wer also beispielsweise mit 21 M. veranlagt war, auf Grund seiner Berufung aber in eine Steuerstufe versetzt wurde, die einem Einkommen von weniger als 1500 M. entspricht, hätte eigentlich keine Kirchensteuer zu zahlen. Da aber die Kirchenbehörde selbst von der Herabsetzung keine Kenntnis erhält, so läßt sie die Kirchensteuer in der veranlagten Höhe eingiehung. In 90 von 100 Fällen wissen die Steuerzahler nicht, daß in Berlin bei einem Steuerfahre von 6 bis 18 M. Kirchensteuern nicht zu zahlen sind, und sie begehen demzufolge die von den Kirchenbeamten präsentierten Steuerquittung. Nur wer das Einkommensteuergesetz und die Synodalbestimmungen kennt und dem Kirchenbeamten die Berufungsentscheidung vorlegt, bleibt von der Zahlung einer Kirchensteuer befreit oder er wird zu einem geringeren Satze nachveranlagt. Von sadschverständiger Seite wird berechnet, daß die Kirche alljährlich durch diese Unkenntnis an 20 000 bis 30 000 M. Steuern einzieht, die ihr nicht zustehen. Es ist unstrittig ein dringendes Gebot der Gerechtigkeit, daß hierin eine Wandlung geschaffen wird und daß die Steuerbehörde von erfolgreichen Berufungen unerbittlich Kenntnis erhält, damit die Veranlagung geändert werden kann.

Daß die Behauptung der Korrespondenz, wonach die Kirchenbehörden von der eventuellen Steuerherabsetzung keine Notiz nehmen, richtig ist, haben wir wiederholt feststellen können. Ob es aber richtig ist, daß das an den städtischen Steuerbehörden liegt, darüber muß die verantwortliche Stelle sich öffentlich äußern. Gegen die städtischen Steuerbehörden muß man allerdings die größte Vorsicht walten lassen, denn die Wirtschaft der ungerechten Veranlagungen zur Zahlung von Kirchensteuern geht lustig weiter. Uns gehen fortgesetzt Beschwerden zu, nach denen zahlreiche Personen zur Kirchensteuer veranlagt werden, die seit Jahren aus der Kirche ausgestiegen sind.

Der verbotene „Apachentanz“.

Der „Apachentanz“ wird verboten! Der aus Paris übernommene wilde, sinnliche Tanz, dessen Vorführung in jüngster Zeit eine ständige Nummer des Programms der meisten Berliner Kabarettis und Varietés bildet, wird aber von diesem Verbot nicht betroffen. Der Verein der Saalbesitzer hat in seiner gestrigen Versammlung beschlossen, in allen Tanzlokalen den sogenannten „Apachentanz“, von dessen Einführung in Berlin sich die Stammgäste dieser Tanzlokale bemühen, zu verbieten, weil der Tanz unschön und unanständig wirkt. Der „Apachentanz“ in den Berliner Tanzlokalen hat allerdings mit der beliebten Kabarettnummer nur den Namen gemein. Was auf dem Berliner Tanzboden unter der Marke „Apachentanz“ auftritt, ist ein unfaßbar komisch wirkendes Auf- und Niederfahren der Tänzer zur Melodie aller möglichen Rundtänze. Dabei leisten sich die Tanzenden die unglücklichsten Gliederverrenkungen. Der Tanz wirkt weniger unästhetisch als unschön. Von wilder Grazie und bacchantischer Sinnlichkeit ist bei diesem Rundtanz nicht eine Spur zu finden. Die „Kaballere“ von Rundt und Bestmann haben nur einem plumpen Hexumhopsen einen interessanten Namen gegeben.

Unappetitliches aus dem Berliner Butterhandel.

Auf einen sehr unappetitlichen Gebrauch im Butter-Großhandel Berlins ist das Polizeipräsidium durch eine Anzeige aufmerksam gemacht worden. Die eingegangenen Buttersendungen werden nämlich in der Weise einer Probe unterzogen, daß mit einem Stechheber ein kleiner Teil der Butter entnommen wird. Rummel wird mit Recht über den Brauch geklagt, daß dann vielfach diese Probe am Stech-

heber von mehreren Personen berochen und bedekt wird, und daß endlich sogar der dann noch am Stechheber übriggebliebene Butterrest wieder der betreffenden Butterlieferung zugeführt wird! Auf Anfrage hat der Vertreter eines großen Buttergeschäftes der Polizei diesen „Brauch“ sogar als durchaus üblich bezeichnet. Die Polizei hat schon vor Jahren gegen diesen „Brauch“ Stellung genommen, als die Beamten des Gewerbekommissariats beobachtet hatten, daß die Butter mit den Händen vom Stechheber zur Kostprobe entnommen wurde.

Auf Grund dieser Angaben hat die Handelskammer Untersuchungen vorgenommen und es wird den in Frage kommenden Interessentenkreisen dringend empfohlen, von diesem ekelhaften Gebrauch Abstand zu nehmen, wo er noch geübt werden sollte. Polizei und Handelskammer stehen auf dem Standpunkt, daß die Butterprobe vom Stechheber nur mit kleinen Keilen aus Holz, Eisenblei oder anderen Materialien entnommen werden darf. Da die Polizei der Ueberzeugung ist, daß die gerügte Kostprobenentnahme mit dem Munde auf Grund des § 16 des Nahrungsmittelgesetzes strafbar ist, so kann es nicht schwer halten, dem auch von der Handelskammer als ekelhaft bezeichneten „Brauch“ ein schnelles Ende zu bereiten.

Falsche Zweimarckstücke sind seit einiger Zeit in den südöstlichen Vororten Berlins in größerer Menge in Verkehr gebracht worden. Die Falsifikate sind außerordentlich geschickt nachgemacht und sind als solche nur bei genauer Prüfung zu erkennen. Die Prägung ist sehr scharf ausgeführt und auch der Klang ist dem der echten Münzen fast völlig gleich. Die Nachahmungen haben eine kaum merkbare bläuliche Färbung und sind nur im Gewicht etwas leichter als die richtigen Geldstücke. Auch in diesem Falle ist anzunehmen, daß als Verfertiger und Verbreiter der Falsifikate eine wohlorganisierte Falschmünzergilde in Betracht kommt, die wahrscheinlich in Berlin oder in einem größeren Vororte ihren Sitz hat.

Der Typhus ist unter Beamten des Fernsprechamts in der Stadt Rixdorf in der Richardstraße ausgebrochen. In wenigen Tagen sind mehrere Beamten am Typhus erkrankt, eine Dame ist bereits der tödlichen Krankheit erlegen. Interessant ist die Tatsache, daß der Vorsteher des Rixdorfer Fernsprechamts folgende amtliche Auskunft:

Es ist richtig, daß drei Beamten im Rixdorfer Fernsprechamt am Typhus erkrankt sind, von denen eine leider verstorben ist. Die Erkrankungserscheinungen waren erst sehr einfacher Natur und waren Lungenentzündung und Influenza, erst später trat Typhusepidemie in die Erscheinung. Gleich nach Bekanntwerden der Epidemien sind die sanitären Einrichtungen des Fernsprechamts sehr sorgfältig ärztlich untersucht worden. Es wurde hier guter Zustand festgestellt. Im übrigen sind Maßnahmen durchgeführt, die zur Bekämpfung der Krankheit beitragen könnten. Am Freitag mußten zwei Fernsprechamtsbeamten wegen hochgradiger Erregung aus dem Dienst entlassen werden, von denen eine bereits gestern vormittag ihren Dienst wieder aufnehmen konnte. Grund zur Beunruhigung liegt nicht vor. Die in der Presse über die Angelegenheit verbreiteten Mitteilungen sind übertrieben. Die aufzufällige Erscheinung, daß die Nachricht von dieser Typhusepidemie eher in die Presse gelangte als sie zur Kenntnis der Rixdorfer Sanitätsbehörde kam, der sie nach den bestehenden sanitätpolizeilichen Vorschriften hätte gemeldet sein müssen, erklärt sich aus dem Umstande, daß das Rixdorfer städtische Krankenhaus, wozu die drei typhuskranken Damen gebracht wurden, nicht in Rixdorf, sondern in Rudow belegen ist und somit zum Bezirk Amstutzbezirk gehört. Die Typhuserkrankungen sind daher erst nach Rixdorf gemeldet worden.

Gestern vormittag begaben sich der Rixdorfer Polizeipräsident Dehner, der Deputierter der Rixdorfer Sanitätspolizei, Polizeirat Boaz, und der Kreisarzt Medizinrat Dr. Dietrich nach dem Rixdorfer Fernsprechamt und besichtigten daselbst in Gegenwart des Vorstehers. Die Feststellungen ergaben den Sachverhalt, so wie er vom Vorsteher mitgeteilt ist. Die sanitären Einrichtungen wurden in tadellosem Zustande vorgefunden. Im übrigen wurden die weitgehendsten Sicherheitsmaßnahmen angeordnet, insbesondere eine sofortige Desinfektion durch die städtische Desinfektionsanstalt wurde veranlaßt. Es dürfte bei den vorgekommenen Typhuserkrankungen sein Bewenden haben, da sie keinen epidemischen Charakter tragen, sondern als Einzelerkrankungen aufzufassen sind. Bei der gestern im städtischen Krankenhaus eingelieferten Telephonistin Gertrud Heier liegt nicht Typhus, sondern nur ein Fall von allgemeiner Blutarmut vor.

Heilbeerenfischer vom Blüschlage getroffen. Bei einem Unwetter, das gestern bei Färstebad tobte, schwebten zahlreiche Personen in größter Lebensgefahr. Im Hangelberger Forst waren während des Gewitters mehrere Frauen und Kinder beim Weeren suchen. Plötzlich schlug ein Blitzstrahl in eine Kiefer ein und sprang in eine an dem Baum angelehnte Kiefer über. Von der Kiefer nahm der Strahl den Weg nach den Weeren suchern. Die letzteren wurden sämtlich betäubt und durch den verursachten Luftdruck zu Boden geschleudert. Erst nach längerer Zeit kamen die Verunglückten wieder zu sich. Nachdem sich die Frauen wieder einigermaßen erholt hatten, nahmen sie sich der Kinder, die empfindlich geklitten hatten, an und brachten sie nach dem Orte zurück.

Einschränkung des Alkoholgenusses städtischer Beamten während des Dienstes. Der Oberbürgermeister hat den städtischen Beamten durch eine im heutigen Gemeindeblatt veröffentlichte Verfügung auf neue in Erinnerung gebracht, daß der Genuß alkoholischer Getränke während der Dienststunden nur ausnahmsweise mit Rücksicht auf die besondere Körperkonstitution des einzelnen gestattet werden kann und auch in diesen Ausnahmefällen möglichst zu beschränken ist. Zugleich werden die Beamten allgemein darauf aufmerksam gemacht, daß der regelmäßige Genuß von Bier oder anderen alkoholischen Getränken in irgend erheblichen Mengen während der Arbeit der Gesundheit, namentlich den Nerven schädlich ist und deshalb am besten im Interesse der Beamten selbst ganz unterbleibt.

Ein falscher Opernsänger ist durch die Kriminalpolizei verhaftet worden. Der Schwinder suchte besser stilisierte Mieter in den westlichen Stadtteilen auf und gab sich diesen gegenüber als Opernsänger aus. Er erzielte dann eine rührselige Geschichte, in der er durchblicken ließ, daß ihn das Schicksal hart mitgenommen und in die größte Notlage gebracht habe. Der Schlußeffekt bestand dann gewöhnlich in einem recht ansehnlichen Pump. Der „Künstler“, in Wahrheit war es ein Kaufmannsgehilfe, empfahl sich, sobald er seinen Zweck erreicht hatte, auf Zimmerwiebchen. In Charlottenburg konnte der Betrüger schließlich ertwischt werden.

Der gefüllte Briefkasten.

Die Verteilung der Postbriefkästen ist nicht immer so geregelt, daß auch das wirkliche Bedürfnis berücksichtigt ist. In einer ganzen Reihe von Fällen kann man zu bestimmten Zeiten die Beobachtung machen, daß der Briefkasten so gefüllt ist, daß beim besten Willen auch nicht ein einziger Brief hineinproffiert werden kann. Zeitweise kann man feststellen, daß die Füllung so stark ist, daß Briefkästen aus dem Entwurf herauszuheben und sehr leicht herauszunehmen sind. Das hat natürlich keine großen Gefahren. Die Postverwaltung möchte doch darauf achten, daß an den Stellen mit großem Briefverkehr Einrichtungen geschaffen werden, die diesen Verkehr bewältigen, ohne daß darum

Das Publikum nach dem zuständigen Postamt zu gehen benötigt ist. Uns wird berichtet, daß beispielsweise der am Gewerkschaftshaus angebrachte Briefkasten zu denen gehört, der an Ueberfälle zu leiden hat. Gestern stellte ein Leser unseres Blattes fest, daß um 10 1/2 Uhr der Briefkasten sich überfüllt zeigte, obwohl als nächste Abholungszeit 11 1/2 Uhr angegeben war. Das Gleiche war bei dem nächsten Briefkasten, Kollwitzstraße, Ecke Veltmanierufer, zu konstatieren. Auf diesem Gebiete Abhilfe zu schaffen, wäre für die Postverwaltung eine dankenswerte Aufgabe.

Wegen einiger Rechenfehler in den Tod gegangen. Aus übertriebenen Eifergefühlen hat der 24-jährige Buchhalter Rudolf Schmidt aus Erlener Selbstmord verübt. Er war in einem Fabrikbureau in der Ritterstraße angestellt. Er hatte sich das vollste Vertrauen seines Chefs erworben und hatte dies vor allem seinem genauen, zuverlässigen Rechnen zu verdanken. In den letzten Tagen unterließ ihm nun bei den Rechnungen einige an sich geringfügige Fehler. Es wurden ihm Vorwürfe deswegen gemacht und Sch. nahm sich dies demmaßen zu Herzen, daß er beschloß, seinem Dasein ein Ende zu bereiten. Der Unglückliche ertränkte sich bei einer Bootsfahrt im Müggelsee.

Durch die Explosion einer Kiste wurde am Sonnabend, nachmittags gegen 5 Uhr viel Unheil auf dem Ostbahnhof an der Warschauer Straße angerichtet. Ein beladener Kollwagen war auf dem Güterbahnhof außer mit Stückerzeugnissen, Butter, Käsen mit Käse, auch mit Möbeln beladen. Aus noch unbekannter Ursache explodierte eine Kiste mit Zelluloid. Die Flammen schlugen gleich hoch empor. Die Pferde vor den Kollwagen scheuten und mehrere gingen durch, darunter auch die der Firma Barz u. Co., welche leichte Brandwunden erlitten. Mit dem brennenden Wagen rasten die Pferde an dem langen Schuppen entlang, wobei das Dach des einen Schuppens in Brand geriet und der Kutscher Wilhelm Kosenberg aus der Franzosstraße 17 Brandwunden am Rücken, im Gesicht und an beiden Armen erhielt. Die Feuerwehr aus der Mauerstraße verband die Wunden und brachte den Verletzten nach dem Krankenhaus Veltmanier. Der Brand des Schuppens konnte bald gelöscht werden.

Der fromme Mörder.

Der Mörder Ditzganski, der kürzlich die Prostituierte Nissen erschoss und sich dann im Ziergarten selbst entleibte, hat, bevor er in den Tod gegangen ist, an einen Herrn, der früher verurteilt hatte, den D. wieder auf den rechten Weg zu bringen, einen Abschiedsbrief folgenden Inhalts geschrieben:

Sehr geehrter Herr!

Hiermit ersuche ich Sie verbindlich, meiner Schwester meine letzten Grüße zuzustellen. Meine Tat bereue ich sehr, zumal es gar nicht in meiner Absicht lag, das geliebte Mädchen zu töten. Ich hoffe im Jenseits Vergebung zu finden. Ich hoffe, mit meiner Geliebten vereint zu sein.

O. hatte, bevor er die Tat ausführte, seine Sachen gepackt, was darauf deutet, daß er die feste Absicht gehabt hatte, das Mädchen umzubringen und dann zu entfliehen.

Wasserversicherungen von Altkassendirektoren erfolgten nach dem „Total-Anzeiger“ auf der Straße Strausberg-Berlin, wo gestern nach Abhaltung der Wahlen ein starker Verkehr herrschte. Es war der Eisenbahnverwaltung seit längerer Zeit aufgefallen, daß an den Berliner Stationen beim Eintreffen der Züge so viel Wasserversicherungen abgegeben wurden. Infolgedessen wurden alle Züge, die von Strausberg kamen, auf den Zwischenstationen durch drei Beamte einer Revision unterworfen, wobei man etwa vierzig Personen anhielt, die nur Wasserversicherungen, oder unrichtige, billige Billets bei sich führten. Der Verkehr, sich auf diese Weise eine verhältnismäßig geringfügige widerrechtliche Vermögensbereicherung zu verschaffen, dürfte den Leuten teuer zu stehen kommen.

Aus dem Krankenhaus entlassen ist das Fräulein S., von dem wir vorige Woche berichteten, daß es sich im Balkon vergiftet habe. Wie uns der Beamtige des Mädchens mitteilt, habe es sich um keine Vergiftung gehandelt, sondern um hysterische Anfälle infolge eines Streites aus familiären Gründen.

Mit der Wassersperre bestraft der Hausbesitzer Schönsfeld in der Schlemmerstraße 22 Mieter, die mit ihrer Miete im Rückstande bleiben. Er sperrt ihnen das Wasser ab und verbietet Nachbarn, den in Acht erklärten Mietern Wasser zu verabfolgen. Neulich hat er einem Mieter das Wasser gesperrt, mit dem er Zeitungen vereinbart hatte und den er schließlich auf Räumung verklagte. Mit dieser Angelegenheit wurde der Mann aber abgewiesen. Die Wassersperre im vorliegenden Falle war also ganz und gar unzulässig.

Zeitkartenmarken der Straßenbahn. Bis auf weiteres können außer in den Ausgabestellen der Straßenbahn auch in den Warenhäusern der Firma Jandorf, im Kaufhaus des Westens, in den Warenhäusern von Joseph u. Co. in Niddorf, und Wilh. Stein, Berlin N., Chausseestraße 64-66, sowie im Bureau des Vereins junger Kaufleute von Berlin, Weußstraße 20, Zeitkartenmarken in den Werten zu 7,70, 10,20 und 20,40 M. gelöst werden. In den Freizeitsbüros der Berliner Palettsfahrt werden Zeitkartenmarken jetzt nicht mehr ausgegeben.

Arbeiter-Bildungsschule. Sonntag, den 24. Juli: Ausflug nach Friedrichshagen, Neu-Helgoland. Abfahrt Bahnhof Alexanderplatz 8,30, Schiffsfähre Bahnhof 8,35, bis Friedrichshagen. Treffpunkt im Restaurant A. Künisch am Bahnhof. Von 12,30 ab im Restaurant Neu-Helgoland.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die städtische Parkverwaltung zu Charlottenburg hat den Flächeninhalt der städtischen Parkanlagen im Verwaltungsjahre 1909 um 129 764 Quadratmeter vermehrt, so daß der Gesamtflächeninhalt sich auf 2 441 441 Quadratmeter beläuft. Hiervon entfallen auf die Baumschulen 139 115 Quadratmeter, auf Schmuckplätze 288 751 Quadratmeter, auf Schulgärten 165 026 Quadratmeter. Den Hauptanteil umfaßt der Stadtpark Jungfernhöhe mit 1 848 549 Quadratmeter. Die Unterhaltung der öffentlichen Anlagen erforderte im Jahre 1909 die Summe von 273 740 M. An Stelle der alten Baumschulen am Fürstenbrunner Weg und in der Jungfernhöhe wurde eine zweite große Baumschule auf dem Rieselfelde der Stadt in Gatow mit einem Flächeninhalt von 91 081 Quadratmeter neu angelegt, und zwar vorzugsweise zur Aufzucht von Alleebäumen. Der Baum- und Pflanzenbestand der Baumschulen beträgt 252 610 Stück. Der Bestand in den Gewächshäusern betrug Ende 1909 302 800 Pflanzen. Gärtnerei neu angelegt wurde der Kaiserdamm von der Badendallee bis zur Bemerkungsbrennerei. Eine Anzahl neu angelegter Straßen wurden mit Bäumen bepflanzt. Ein größerer schon angelegter Schmuckplatz wurde am Tegeler Weg zwischen der Königin-Luise-Straße und dem Bahnhof Jungfernhöhe fertiggestellt. Neu angelegt wurden ferner Schulgärten für mehrere Schulen. Ein großer Spielplatz von 5200 Quadratmeter Flächeninhalt ist in der Rognitzstraße fertiggestellt worden. Der Platz ist versuchsweise mit Rasen bepflanzt worden. Auf einer ganzen Reihe von Plätzen, auf den Spielplätzen und im Volkspark Jungfernhöhe sind bequeme und anmutig wirkende Ruhebänke aufgestellt worden.

Niddorf.

Baumfall. Gestern morgen um 9 1/2 Uhr stürzte auf dem Neuhau Lichterader Straße 47 zu Niddorf ein Teil des Gerüsts ein.

Der Bau ist im Keller und ersten Stock aufgeführt. Es war ein provisorisches Gerüst hergestellt, indem Bretter auf vier Stützen gelegt waren. Auf dem Gerüst befanden sich acht Arbeiter. Als die beiden Steintreger Karl Philipp aus der Pfaderstraße 16 und Richard Vogt aus der Finowstraße 10 mit ihren Steinen auf das Gerüst kamen, brach es zusammen und alle Personen fielen auf die Erde. Nur die beiden Steintreger trugen Verletzungen am Kopf, Armen und Beinen davon. Sie wurden nach der Unfallstation 12 gebracht, wo sich die Verletzungen der beiden als nicht lebensgefährlich herausstellten. Die Ursache des Unfalls ist darin zu suchen, daß das Gerüst nicht genügend besetzt war.

Der gemütsvolle Hauswirt, der kürzlich einigen Mietern seines Hauses per Trauerbrief kündigte, heizt nicht Ganzer, sondern Jänike, Pannierstraße 59, was wir hiermit als gewissenhafte Chronisten nachdrücklich feststellen möchten.

Köpenick.

Seht die Wählerlisten ein! Vom 15. bis 31. Juli liegen im Rathaus, 2 Treppen, Zimmer 28, wochentags von 7-1 und 2 1/2-4 1/2 Uhr, Sonntags von 9-12 Uhr die Wählerlisten zur Einsichtnahme aus. Eingetragen in die Liste muß jeder sein, der sein Bürgerrechtsgeld bis zum 15. Juli dieses Jahres bezahlt hat. Für diejenigen Genossen, welche keine Zeit haben sollten, selbst die Liste nachzusehen, haben sich folgende Genossen bereit erklärt, dieses zu tun: E. Wähler, Kleber Straße 6. G. Müller, Alter Markt 8. H. Werker, Rosenstr. 10. A. Hein, Rudowstraße 25. E. Weher, Bräunerstraße 1. A. Stippeloh, Schönwälder Straße 6. R. Jahn, Grünauer Straße 70. W. Walf, Glienicker Straße 83. F. Weber, Bahnhofsstr. 15. M. Joppich, Bahnhofstr. 2. J. Jauer, Kaiserin-Augusta-Viktoriastr. 22. M. Gohle, Kaiserin-Augusta-Viktoriastr. 18. A. Ringer, Pariserstr. 75. Schulz, Lindenstr. 6. Gierke, Kaulsdorfer Str. 8. D. Friedrich, Müggelheimer Str. 4. A. Tauchert, Müggelheimer Str. 4. E. Bauer, Müggelheimer Str. 42. W. Bole, Marienstr. 11. G. Schulze, Müggelheimer Str. 82a. W. Feiler, Müggelheimer Str. 29. Ehrenberg, Elisabethstr. 2. G. Pulack, Rich 23.

Da in diesem Jahre Erntewahlen stattfinden, ist es Pflicht, sich davon zu überzeugen, ob jeder Berechtigte eingetragen ist.

Schwabau.

In der öffentlichen Gemeindevertreterversammlung vom 15. d. M. wurde ein Brief an den Gemeindevorstand des hiesigen Gemeindegastwerkes vorgelesen, worin demselben bekannt gegeben wurde, daß für den Kirschengebrauch wie für den Privatgebrauch des Herrn Pastors ein Quantum von 500 Zentner Kirschen außerhalb der Gemeinde bestellt sei.

Genosse Weitz legte dar, daß die Herren Gemeindevorstand dieses „Entgegenkommen“ als „Dank“ hinnehmen sollten für die circa 4500 M. betragenden Kirchengeldesteuer, welche sie der Gemeinde gegen die Stimme unseres Vertreters aufgebürdet haben. Des weiteren wurden in dieser Sitzung unter anderem Beschlüsse gefaßt, die sich auf die Entwidlung des Ortes beziehen und von erheblicher Bedeutung werden können. Es wurde z. B. die Wertzuwachssteuerordnung in der Weise abgeändert, daß dieselbe anstatt 10 Jahre bereits 17 Jahre rückwärts wirkend sein soll. Ferner wurde dem Erlass eines Ortsstatuts im Sinne des § 9 des Kommunalabgabengesetzes zugestimmt. Ein Antrag unseres Vertreters auf Erhöhung eines Brausebades für die Gemeindegaststätte wurde einstimmig angenommen. In geheimer Sitzung wurde noch einem Wasserlieferungsvertrag zugestimmt.

Potsdam.

Vom Balkon gestürzt ist das 7/8-jährige Kind des Probiantenarbeiters L. aus der Neuen Luisenstraße 11 (Arbeiterkolonie). Die Eltern hatten es, während sie auf Arbeit waren, auf den Balkon gestellt, wo es beim Erweichen aus dem Wagen und damit vom Balkon stürzte. Auf dem Wege nach dem Krankenhaus verstarb es bereits.

Vollständig geräumt und abgebrochen wird das erst vor einigen Jahren erbaute dreistöckige Wohnhaus in der Kurfürstendamm 24, dem ehemals Stieffschen Wiesenterrain. Durch Bodensenkungen entstanden im ganzen Gebäude Risse und war es auch durch technische Hilfsmittel nicht zu erhalten.

Die neue Kanalisations- und Müllgebühr für Mieter zeigt sich bei ihrer Einführung als große Ungerechtigkeit. Sie beträgt 2 1/2 Proz. der Wohnungsmiete und ist infolgedessen für niedrige Einkommen höher als die übrigen Steuern. Besonders wird sie von denjenigen Personen als hart empfunden, die durch Abvermieten Einnahme erhoffen und infolgedessen eine größere Wohnung innehaben.

Der Fuß zerquetscht wurde dem 18-jährigen Sohn des Arbeiters Leuchtemann. Mit seinen Spielkameraden spielte er abends mit den beim Bau der städtischen Straßenbahn Viktoriastraße-Alte Luisenstraße auf den Schienen stehengebliebenen Arbeitslochern. Er geriet hierbei mit dem Fuß unter einen im Rollen befindlichen Wagen. Es erfolgte die sofortige Aufnahme des Verunglückten im St. Josephs-Krankenhaus.

Elektrische Feuermelder sind jetzt verteilt im ganzen Stadtgebiete, zur Alarmierung der Berufsfeuerwehr bei Feuergefahr resp. bei Menschenleben in Gefahr angebracht.

Jugendveranstaltungen.

Tegel. Der Jugendklub veranstaltet am Sonntag eine Partie über Waldmannstau, Niddorf nach Frohnau. Abmarsch früh 8 Uhr vom Bahnhofplatz. Hierzu sind alle Jugendlichen und deren Eltern sowie die organisierte Arbeiterstaffel freundlich eingeladen. Um zahlreiche Beteiligung bitten. Der Jugendklub.

Steglitz. Heute Sonntag, den 17. Juli, veranstaltet die feste Jugendorganisation eine Vadepartie nach Freibad Wannsee. Treffpunkt im Bahnhof Steglitz morgens 8 Uhr. Wir fordern die Jugendlichen von Steglitz und Umgebung auf, sich dieser Veranstaltung anzuschließen. Fahrgehalt beträgt 10 Pf. Vadeklub.

Gerichts-Zeitung.

u. Oben und die „Deutsche Fleischerzeitung“.

Die „Deutsche Fleischerzeitung“ ist in ihrer Wut gegen die immer wachsende Aufklärung unter den Fleischergesellen aus dem Häuschen geraten. Wie wir einer von übermühten Nummer dieses Publikationsorgans der Fleischerei-Verbandsvereinsgesellschaft entnehmen, heizt sie, um die Fleischergesellen vor der Sozialdemokratie zu warnen, auf den „Vormärz“. Zu diesem Behuf tiptelt sie eine „Veiledigung der Fleischergesellen“ aus unserer Vorsehung über der Allensteiner Standart heraus. Wir hatten über den Hauptmann v. Göben unter anderem geschrieben: „In den Durenkrieg zog er, nicht aus Vaterlandsliebe oder aus Idealismus, sondern so wie eine Art Fleischergeselle, dem das Morde von Menschen Spaß macht, weil es ihm von dem Gedanken an seine Impotenz oder andere unliebsame Erlebnisse befreit.“ Darin liegt nach der Behauptung der „Fleischerzeitung“ eine — schwere Veiledigung aller Fleischergesellen. Sie protestiert im Namen aller nichtsozialdemokratischen Fleischergesellen entschieden dagegen, daß um einen Schurken zu kennzeichnen, die Fleischergesellen herangezogen werden, und macht ihrem gepeinigten Herzen über die Erfolge des Zentralverbandes der Fleischergesellen und über den „Vormärz“ in weiteren Auslassungen Luft. Die „Deutsche Fleischerzeitung“ muß sehr begrifflos sein und das Begriffsverständnis der Fleischergesellen recht niedrig einschätzen, wenn sie eine derartige Auslegung unserer Darlegungen wagt. Mag sein, daß die unbedingte Schwärmererei der „Deutschen Fleischerzeitung“ für alles, was doppeltes Tusch trägt, sie zu der lächerlichen Deutung unserer Ausführungen veranlaßt hat. Einem vernünftigen Menschen kann

es nicht im Traum einfallen, eine Verabredung oder irgend eine Wertung der Fleischergesellen in den von uns über Göbens militärische Tätigkeit abgegebenen Urteil zu finden. Vielmehr findet die „Deutsche Fleischerzeitung“ eine Veiledigung der Fleischergesellen in folgenden Sätzen: „Man muß Soldat sein für sein Land oder aus Liebe zur Sache, für die geschrien wird. Ohne Absicht, heute hier, morgen da dienen, heißt wie ein Fleischergeselle reifen. Weiter nichts!“ Das istat mag die „Fleischerzeitung“ in Lessings Werken nachschlagen.

Luthers „Selbstmord“.

Die Zeitungen in der Reichspräsidentenwahl über „groben Unfug“ sind um einen sonderlichen Fall vermehrt. Ein Münchener Wochenblatt hatte eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, in denen der Verfasser nachzuweisen suchte, daß Luther Selbstmord verübte. In diesen Artikeln wurde ein grober Unfug erblickt und der Herausgeber des Blattes hatte sich daher vor dem Schöffengericht zu verantworten. Der Angeklagte wurde zu drei Tagen Haft verurteilt. Die Urteilsbegründung bezeichnet es als unzulässig, derartige Behauptungen in aufdringlicher und marxistisch-revolutionärer Weise in die große Menge zu werfen. Das konnte schon im Interesse des konfessionellen Friedens selbst dann nicht gebuldet werden, wenn die Wahrheit solcher Behauptungen feststünde. Der konfessionelle Friede sei ein viel zu kostbares Gut, als daß solche Angriffe auf ihn ungedacht bleiben dürften, die geeignet seien, in ungebildeten und leicht erregbaren Menschen die Flamme der konfessionellen Geißelhaftigkeit zu schüren und dadurch das friedliche Zusammenleben der Angehörigen der verschiedenen Bekenntnisse zu gefährden.

„Grober Unfug“ kann nach feststehender Rechtsprechung selbst des Reichsgerichts durch den Inhalt einer Prehnatiz überhaupt nicht begangen werden. Das Schöffengerichtsurteil wird in der höheren Instanz daher schwerlich Bestand haben. Interessant bleibt aber die Anklage und die Verurteilung des blöden Artikels trotz dem wegen des offenen Bekenntnisses: Wir würden auch dann verurteilt, wenn Luther wirklich Selbstmord begangen hätte, denn die Wahrheit darf nicht veröffentlicht werden, wenn nach Ansicht des Gerichts dadurch der konfessionelle Friede gefährdet würde. Das heißt, den Grobenunfugparagrafen als ein Mittel ansehen, das zur Verhütung der Verbreitung sowohl irriger geschichtlicher Auffassungen, wie wahrer Geschichtsbereinigungen benutzt werden dürfte. Solches Ansehen an die Gerichte geht noch weit über die Auffassung mittelalterlicher Rebergerichte hinaus.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus. Geschlossen.
Königl. Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues königl. Opernhaus. Sonntag: Die Meistersinger von Nürnberg. (Anf. 7 Uhr.) Montag: Götterdämmerung. (Anfang 6 1/2 Uhr.) Dienstag: Die Heldenmänner. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Mittwoch: Tristan und Isolde. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Donnerstag: Tannhäuser. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Freitag: Lohengrin. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Sonnabend: Tristan und Isolde. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Sonntag: Tannhäuser. (Anf. 7 1/2 Uhr.) Montag: Der Troubadour. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Deutsches Theater. Sonntag bis Freitag: Die Laune des Verliebten. Sonnabend, Sonntag, 24. Juli, und Montag: Dorotheys Rettung. (Anfang 8 Uhr.)
Deutsches Theater (Kammerspiele). Täglich: Liebeswälder. Anfang 8 Uhr.
Festung-Theater. Täglich: Kaspernkunst. Anfang 8 Uhr.
Kleines Theater. Täglich: Nur ein Traum. Anfang 8 1/2 Uhr.
Berliner Theater. Täglich: Tausend. Anfang 8 Uhr.
Neues Theater. Geschlossen.
Neues Schauspielhaus. Täglich: Der Pilger. Anfang 8 Uhr.
Festung-Theater. Täglich: Wenn gehört Helena? Spät. Anfang 8 1/2 Uhr.
Römische Oper. Täglich: Der Regimentspapa. Donnerstag und Freitag: Die Primadonna. Sonnabend: Der Regimentspapa. Sonntag, 24. Juli: Die Primadonna. Anfang 8 Uhr.
Thalia-Theater. Täglich: Charles Fante. Anfang 8 Uhr.
Schiller-Theater O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der Troubadour. Abends: La Traviata. Montag: Hecuba. Dienstag: Hippolyte. Mittwoch: Die Hölzer-Hölzer. Donnerstag: Ein Rosenkranz. Freitag: Martha oder Der Markt zu Richmond. Sonnabend: Ein Rosenkranz. Sonntag, 24. Juli, nachm.: Die Hölzer-Hölzer. Abends: Martha oder Der Markt zu Richmond. Montag: La Traviata. Anfang 8 Uhr.
Schiller-Theater Charlottenburg. Täglich: Die von Hochstadel. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus. Geschlossen.
Neues Operetten-Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Die Dollarprinzessin. Abends bis Sonnabend: Der Graf von Luxemburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Dollarprinzessin. Abends und Montag: Der Graf von Luxemburg. Anfang 8 Uhr.
Vulkan-Theater. Geschlossen.
Vulkan-Theater. Abends: Das Leutnantmännchen. Anfang 8 Uhr.
Rote-Theater. Täglich: Der Geländewärter. Anfang 8 Uhr.
Apollo-Theater. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Polite Caprice. Abends bis auf weiteres: Pariser Ehem. Vorstellungsfest. Anfang 8 1/2 Uhr.
Metropol-Theater. Abends: Hallo! Die große Reue! Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Wintergarten. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Süßgarten. Täglich: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen-Theater. Abends: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Karl Overland-Theater. Abends: Spezialitäten.
Waldfisch-Theater. Abends: Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Prater-Theater. Täglich: Im Reiche des Mars. Anfang 8 Uhr.
Urania-Theater. Laubstr. 48/49. Sonntag: Im Lande der Ritter-nachfolge. Montag bis Mittwoch: Durch Dänemark und Schweden. Von Donnerstag ab: Von Abdagja bis Corfu. Anfang 8 Uhr.
Sternwarte, Invalidenstr. 67-62.

Briefkasten der Redaktion.

Das Tier in der Kunst. Mit 130 Bildern. Von R. Eber. 101 S. Selbstverlag in München.
Die Erben von Gilda. Erzählung aus dem Mittelalter. Von Berner v. Helldam. 308 S. — Deißner. Von M. Dauschberg. 154 S. — A. Langen, München.
Im Ziergarten. Roman von G. Tieger. 194 S. — E. Fromm, Berlin.
Jahrbuch 1909 des Deutschen Holzarbeiterverbandes. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. 2 B., geb. 2,50 M. — Selbstverlag Berlin, Neue Friedrichstraße 2.
Die drabren Bayern. Eine Dorkomödie in drei Akten von Nikolaus Schmidt. (Verlag des Bureau für Hof- und Freudenbau.) 1 M.
Der „rote Kaplan“. Zum Andenken an Dr. H. v. Sauerland. Von M. Gering. 64 Seiten. Neuer Frankfurter Verlag, Frankfurt a. M.
Handbuch der sozialdemokratischen Parteitage von 1863-1909. Bearbeitet von Wilhelm Schärer, Leipzig 13-19. — Einzellerziehung 30 Pf. — G. Birk u. Co., Rümmlen.
Griechenland und Kunst der Weltkunst. Deutsch von H. Schopenhauer. 1 M. H. Kröner, Leipzig.
Der Mondismus. Nr. 49. Zeitschrift für einseitige Weltanschauung und Kulturpolitik. Herausgeber Dr. H. Koerber und Dr. J. Unold. Jahrg. 1,50 M. Selbstverlag, Berlin W. 57.

Witterungsbericht vom 16. Juli 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Stationen	Barometer-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.
Stettin	756,8	SW	3	bedeckt	17	Hannover	750,0	SW	6	bedeckt	18
Darmstadt	758,2	SW	3	bedeckt	15	Petersburg	760,0	SW	1	bedeckt	13
Berlin	757,2	SW	3	bedeckt	15	Stettin	765,0	SW	5	Dunst	11
Frankfurt a. M.	757,0	SW	2	mollert	19	Dresden	766,0	SW	2	bedeckt	14
München	758,0	SW	1	mollert	18	Paris	757,0	SW	1	bedeckt	18
Wien	757,0	SW	2	heiter	20						

Wetterprognose für Sonntag, den 17. Juli 1910.

Hemlich kühl und veränderlich, vorübergehend wolky bei mäßigen nord-westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, 19. Juli 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Viertels-Versammlungen

in den Lokalen:

Clytium, Landsberger Allee 40/41, **Bitfin**, Memeler Straße 67, **Boeker**, Weberstraße 17, **Graumann**, Naunynstraße 27, **Süd-Ost**, Waldemarstraße 75.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl der Viertelsleitungen. Referenten sind die Genossen **Beißl**, **Banmeister**, **Kloth**, **John**, **Louise Bieh**.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Der Vorstand.

219/10*

Sozialdemokratischer Wahlverein des VI. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, 19. Juli, abends 8 1/2 Uhr:



Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Abteilung: **Obiglos Festsäle**, Schwedter Straße 23/24.
2. Abteilung: **Berolina-Festsäle**, Schönhauser Allee 28.
3. Abteilung: **Konzerthallen Südmilch**, Bornholmer Straße 7.
4. Abteilung: **Wilkes Festsäle**, Brunnenstraße 188.
5. Abteilung: **Humboldt-Säle**, Sussitenstraße 40.
6. Abteilung: **Boekbrauerei**, Abt. II, Chausseestraße 64.
7. Abteilung: **Moabiter Gesellschaftshaus**, Wickestraße 24.
8. Abteilung: **Moabiter Bürgersäle**, Beuffelstraße 9.
9. Abteilung: **Funkes Gesellschaftshaus**, Triftstraße 41.
10. Abteilung: **Pharus-Säle**, Müllerstraße 142.
11. Abteilung: **Neues Klubhaus**, Schulstraße 29.
12. Abteilung: **Frankes Festsäle**, Badstraße 19.
13. Abteilung: **Swinemünder Gesellschaftshaus**, Swinemünder Straße 42.

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
2. Vortrag. 3. Diskussion.

Referenten: **Herm. Borgmann**, **Adolf Domnick**, **Karl Hetzschold**, **Fritz Kunert**, **Karl Leid**, **Wilhelm Paetzl**, **Wilhelm Pieck**, **Georg Schmidt**, **Max Schütte**, **Albert Störmer**, **Daniel Stücklen**, **Gustav Nathow**, **Georg Ueko**.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Verband der Sattler und Portefeuller.

Ortsverwaltung Berlin.

Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhaken“, Kommandantenstraße 59/60:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht.
2. Bericht und Abrechnung vom 2. Quartal 1910.
3. Bericht der Delegierten der Berliner Gewerkschaftskommission.
4. Aufnahmeversuche der Kollegen **D. Stroika** und **H. Götz**.
5. Verschiedenes.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. Die Ortsverwaltung.

Arbeiterbaugenossenschaft „Paradies“ Berlin

E. G. m. b. H.

Donnerstag, den 28. Juli 1910, abends 8 Uhr:

8. ordentl. Generalversammlung

in den Rittersälen, SW, Mitterstraße 75.

Tages-Ordnung:

1. Geschäftsbericht: Vorlegung der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung.
2. Bericht der Revisoren und Genehmigung der Bilanz sowie Beschlussfassung über die Verteilung des Gewinnes oder Verlustes.
3. Neuwahlen des Vorstandes.
4. Erklärungen zum Aufsichtsrat.
5. Eventuelle Anträge der Genossen.
6. Verschiedenes.

Genossen! Es ist Pflicht eines jeden, zu erscheinen!

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sind in der Geschäftsstelle Rittersäler Nr. 44 von 11-2 Uhr vorm., Sonnabend von 5-8 Uhr nachm. einzusehen. Eventuelle Anträge der Genossen müssen bis spätestens Freitag, den 22. Juli, schriftlich beim Vorstand eingegangen sein. Der Vorstand. **G. Dörner**, **S. Ervuidt**, **P. Müller**.

Krankenkassen- und Begräbnisverein gewerblicher Arbeiter zu Berlin.

Sonnabend, den 23. Juli 1910, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlung

in den „Arminhaken“, Kommandantenstraße 59/60.

Tages-Ordnung:

1. Massenbericht pro 2. Quartal 1910.
 2. Verschiedenes.
- Zahlreicher Besuch, auch Gäste, erwartet. 287/17

Der Vorstand.

A. A.: **Friedrich Freudenreich**, Vorsitzender, Wilmannsstraße 30 IV.

Bewilligte Bäckereien.

Teile dem verehrten Publikum und Nachbarn bekannt, daß die Differenzen, die durch mein Verschulden in meiner Bäckerei entstanden waren, jetzt beigelegt sind und von jetzt ab geordnete Zustände herrschen. Ich verblühte mich, wie immer gute und schmackhafte Ware zu liefern und jetzt den Tarif einzuführen. 299/26

Achtungsvoll

Max, Wilmannsstraße 20.

Große Einkaufsvorteile bietet

mein Sommer-Räumungsverkauf

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre

Berlin S. Seit 1882 nur Oranienstr. 158.

Riesen-Teppich-Lager

aller Größen und Qualitäten

Sofa-Größe a 5, 10, 15-40 M.
Salon-Größe a 15, 20, 30-150 M.
Saal-Größe a 45, 60, 75-800 M.
Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken, Gardinen, Stopp- u. Tüllbettedecken.

Spezial-Katalog

650 Abbildungen gratis u. franko.

Schneiderei für elegante

Herren-Moden

Fertig und nach Mass. - Garantie für tadellosten Sitz und beste Verarbeitung. Auf

Teilzahlung

Wochenrate von 1 Mk. an.

J. Kurzberg

Rosenthalerstr. 40

direkt am Hasen-See-Markt, im Laden u. L. Etage.

Im Bild: Ein Mann in einem Anzug, der einen Koffer hält.

Verband der Schneider und Schneiderinnen.

Filiale Berlin L.

Bureau: Sebastianstr. 37-38, D. r. II. Tel.: Amt IV. 9737.

Rixdorf!

Montag, den 18. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Hofegel, Rixdorfstr. 92:

Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Referent: Kollege **Heilmann**.
2. Diskussion.
3. Aussprache über die in Rixdorf herrschenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Kommission.

Zentral-Krankenkasse d. Tapezierer

(Filiale Berlin).

Freitag, den 22. Juli, 1910, abends 8 1/2 Uhr:

Quartals-Versammlungen.

Filiale I: bei **Reyer**, Dramenstr. 100. 177/9

Filiale II: bei **Reyer**, Elisabethenstr. 41.

Filiale III: „Gewerkschaftshaus“, Engelauer 15, Saal 8.

Tages-Ordnung:

1. Massenbericht vom 2. Quartal. Verschiedenes.
 2. Verschiedenes.
- Zahlreicher Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer.

Am Mittwoch, den 20. Juli, abends 8 Uhr, finden in Berlin und den Vororten in den bekannten Lokalen die

Bezirks-Versammlungen

statt und ersuchen wir die Kollegen pünktlich zu derselben zu erscheinen. Die Obleute.

Gleichzeitig werden die Kollegen, welche ihre Legitimationskarte in Ordnung haben, ersucht, ihr Verbandsbuch zwecks Einlieferung der Schutzmarke nach dem Bureau zu bringen.

Auch machen wir auf das am Sonnabend, den 23. Juli, d. J., in der Hasenheide bei **Alms** stattfindende

20. Stiftungsfest der Sektion der Putzer aufmerksam und bitten die Kollegen, recht zahlreich mit ihren Familien und Freunden daran teilzunehmen. Biletts sind bei sämtlichen Obleuten sowie Bezirkslokalen und im Bureau zu haben. Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Mitglieder-Versammlungen.

Tagesordnung:

1. Bericht vom Verbandstage. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Verbandangelegenheiten. 66/11

Tischler, Bezirk Südwesten.

Um 8 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) in **Sabels** Branntei, Bergmannstr. 5-7.

Klavierarbeiter.

Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „**Süde**“, Waldemarstr. 75.

Bodenleger.

Abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Eingang B, parterre, Zimmer 4.

Kisten und Koffermacher.

Um 8 1/2 Uhr, abends in den „**Andreas-Festsälen**“, Andreasstr. 21.

Korbmacher.

Abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 7.

Beinkranke

Dr. Strahl's Ambulatorium
G. u. L. H.

Operationslose Behandlung ohne Berufsberatung

Sprechzeit: 10-12 und 3-5 Uhr,
Sonntags nur Vorm.

Prosp. gratis!

Berlin N 24
Friedrichstr. 105a

Karow eine Station Buch

Schönst. Villenort, R. v. 12 M. an, 20 Pl. v. Stett. Bf., 25 Min. Fahrt, 10 Pl. v. Pankow-Schönh., 12 Min. Fahrt. Terrain unmittelbar am Hof. Bauzusage genehmigt. Pläne gratis. Mbl. Anz. u. langjähr. Hypotheken. Verkäufer ständig a. Bf. Karow. J. Kieger, Gestardstr. 5.

„Der olle Glassbrenner“

Sehr gold., Gefäße, Gummi, Waage, Gläser, Porzellan, etc. 1.1.12-7. IV 8500

Für Gartenstadt-Gesellschaften, Genesungs- und Erholungsheime, gemeinnützige Baugesellschaften etc.

Der Ort von jetzt 60 Morgen dauerhafter Parzellen an und auf dem Falkenberg in Alt-Hennicke (zwischen Bahnhofs-Kleeberg und Grünau) ist in größeren Teilen und bei größerer Ansammlung für zwei Drittel des regulären Preises zu verkaufen. Der Ort hat Wasserleitung, Kanalisation, elektrisches Licht und Kraft, demnächst auch Gas.

Täglich über 140 Büge, Stadt-, Güter- und Ringbahn (auch direkt zum Volkshaus, Badend). Fahrpreis 20 Pf., Fahrzeit 18 Min. Für vorerwähnte Zwecke besonders zu empfehlen, weil nicht überflüssig, wie die meisten Terrains im Berlin, sondern gesunde Höhenlage; reine trockene Luft, herrlicher Ausblick, vorzüglicher Baugrund. Die meisten Straßen gepflastert, Beseitigung stark vorgeschritten. Näheres durch den Liquidator **Hommel**, Alt-Glänke bei Berlin, Straße am Falkenberg 67, Preisprospekt **Adlerhof** 87.

Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.

Dienstag, den 19. Juli 1910, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal des „Volkshauses“, Rosinstraße 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der preussische Verfassungskampf. Referent: Gen. **W. Störing**.
 2. Diskussion.
 3. Die Generalversammlung des Kreises. (Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben.)
 4. Parteiangelegenheiten.
- Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen, zu dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen. Der Vorstand. **J. H.:** **A. Witt**.

Deutscher Kürschner-Verband.

Filiale Berlin.

Bureau: Arbeitsnachweis: NO. 43, Barnimstr. 21. Telefon: Amt 7, Nr. 6780. Mittwoch, den 20. Juli, abends präzis 8 1/2 Uhr,

General-Versammlung

im „**Alten Schützenhaus**“, Linienstr. 5.

Tages-Ordnung:

1. Lichtbildvortrag des Genossen **R. D. Saage**: „Allgemeine Entwicklungsgeschichte der Tiere“.
 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1910.
 3. Erwahlung des 2. Schriftführers. 4. Verschiedenes.
- Zum Beschluss der Mitgliederversammlung vom 15. Juni finden die Lichtbildvorträge am 20. Juli (Allgemeine Entwicklungsgeschichte der Tiere), am 17. August (Die Abstammung des Menschen), und am 14. September (Ursachen und treibende Kräfte der Entwicklung) statt.

Das Eintrittsgeld beträgt 15 Pf. 102/12

Im Interesse des hohen wissenschaftlichen Wertes, welchen diese Vorträge haben, ersuchen wir um zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Die Ortsverwaltung.

Gerichts-Zeitung.

Aufgehobene Einschränkung der Oeffentlichkeit.

In der Nr. 84 des „Vorwärts“ vom 17. März berichteten wir über eine Gerichtsverhandlung vor dem Lichtenberger Jugendgericht unter der Ueberschrift „Polizei und Gericht gegen die Jugend“.

Gefehes entsprechend — festgestellt, daß bei Gerichtsverhandlungen das Niederschreiben des Verhandlungsergebnisses nicht untersagt werden darf.

Entmündigungsverfahren gegen Frau von Schönebeck-Weber. Der Erste Staatsanwalt bei dem Landgericht III hat das Entmündigungsverfahren wegen Geisteschwäche gegen Frau Weber bei dem Amtsgericht Charlottenburg beantragt.

Das Muttermal des Pfarrers

Das Muttermal des Pfarrers. Vor dem Straubinger Landgericht mußte sich dieser Tage der Pfarrer Krossinger aus Gnaner bei Lindau an der Inn in Adamsloftum präsentieren.

gericht beschwor der Pfarrer, nie mit der Köchin geschlechtlich verkehrt zu haben. Die Köchin wurde darauf zu 6 Monaten Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die paradiesische Unschuld des Pfarrers dürfte demnächst vor den Geschworenen zu erscheinen haben, wenn er es nicht vorzieht, seinen Amtsbruder aus Kollmorgen in Amerika zu besuchen.

Ämtlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft ruhig, Preise unverändert.

Jeder ist zufrieden

mit

Leiser's Stiefel

für Gebirge, Wald und See.



Lepziger Strasse 65
Königsstrasse 34
Oranienstrasse 34
Oranienstrasse 47a
Müllerstrasse 3a
Rixdorf, Bergstr. 7-8

- Grav und weiss Segeltuch-Tennisschuhe mit Chromsohle und grauer Lederkappe ... Damen 2 75 Herren 3 25
Damen- weiss, grau und mode Linnenstiefel mit schwedischem Absatz ... 4 75 und 6 50
Herren- weiss Segeltuch-Schnürstiefel auf Rand gedoppelt und Absatz ... 7 50



Fahre wenig, denn nur Gehen erhält den Fuss kräftig! Am „Leiser's Gummischuhverlag“

An der See und in Gebirge überall herrscht der Kronen-Bouillon-Würfel



Jedes Wort 10 Pfennig.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wandlethaus Arebber, Rührerplatz 7, Sportbilliger Westenverkauf, Gardinenverkauf, Wäscheverkauf, Uhrenverkauf, Federverkauf, Schmuckwaren, Goldschmied, Silberarbeiten, verfallene Pländer. 2492R

Vorwärtsleier erhalten ausnahmsweise diese Woche 5 Prozent Extrarabatt selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas, Oranienstrasse 160, Oranienplatz. 894R

Wohnanzüge und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Dösen von 1,50, Gehrodanzüge von 12,00, Frack von 2,50, sowie für torpulenten Figuren, Reine Garderobe zu namment billigen Preisen, aus Wandlethaus verarbeitete Sachen taucht man am billigsten bei Rax, Rulackstrasse 14.

Leihhaus „Schöneberg“, gegenüber Bahnhof, Sedanstrasse 1, Telefon Amt 6, 15087, bietet stets Gelegenheitsläufe in verpachtetem Gewesenen und neuen Anzügen, Sommer- und Winterpaletots, einzelnen Dösen, goldenen, silbernen Herren- und Damen-Remonturen, Uhren, Ketten, 3,50 an, ferner goldene Ringe, Broschen, Ohrringe, Pianinos, Fahrräder, Freischwinger 10 Mark an, Richard Eichelmann. 200R

Singer A 75.00, Raumann-Hobbin, Schneidher, Adler, auch ohne Anzählung, 1,00 wöchentlich an, Anstaltigent erhält Käufer Provision. Postkarte erwünscht, Kollisch, Drummenstrasse 173, Bellealliancestrasse 4, Schauffstrasse 80, Beußelstrasse 15, Frankfurterstrasse 115, Oranienstr. 2a, Tauentzienstrasse 5, Frankfurter Allee 72, Charlottenburg, Scharrenstrasse 2, Rixdorf, Reuterstrasse 56. 773R

Tischdecken (reich gestickt), Viktoria-tuch 1,85 bis 10 Mark, Velvetpösch 4,85 bis 5,65, echt Kobaltpösch 6,75 bis 96. Teppichhaus Emil Reddere, Oranienstrasse 158. 589R

